

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M. 1 Juni 6/69 1,— DM

Lehrlinge:
**Oma, wir
kommen!**

„Für Ehre,
Freiheit, Deutschtum“:

**Wie man
Freicorpsführer
wird**

Hans-Jörg
Hennecke:
**Als „Gast-
arbeiter“
in der
DDR**

elan-international
**Griechenland
Frankreich
Nahost**



**Die Pille
macht das
L(i)eben
schön!**

ELAN
ist gefährlich!
(fragt sich
für wen)

GIFT ☠+++

Sonnabend 7. Juni Sternmarsch
der Lehrlinge und jungen Arbeiter nach B
**Für bessere Berufsausbildung und
Mitbestimmung der Arbeiterjugend
Gegen das Komplott von
Unternehmern und Bundestagsparteien.
Die elan-Leser sind dabei**



6/Juni '69

elbun

MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE



Liebe Leser, die Bundestagswahl 1969 rückt näher. Das Bonner Parteienkartell hat beschlossen, den Wahlkampf auf wenige Wochen zu begrenzen. Die entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes sollen nicht diskutiert werden. Der groß angekündigte politischste Wahlkampf seit Bestehen der Bundesrepublik fällt aus. Harmonie wird vorgegaukelt, als sei alles in Butter. Politik wird durch etwas Schau, etwas Hick-hack und einige persönliche Rängeleien um die Stimmfutterkrippe ersetzt. Ganz offensichtlich fürchten die etablierten Parteien eine politisch bewußte Wählerschaft, die den selbsternannten Staatsträgern auf die Finger sieht. Ihre Furcht ist begründet. Denn Bonns Politik ist gescheitert. Für die Mehrheit des Volkes ist sie fruchtlos geblieben. So erweist sich die hochgejubelte Überwindung der Wirtschaftskrise von 1966/

1967 als eindeutiger Gewinn des Großkapitals. Die Taschen aller Lohnabhängigen sind nicht voller, sondern leerer geworden. Schiller und Strauß haben ihr „Meisterstück“ im Interesse der Reichen vollbracht. Für die anderen bleiben Dinge, die in einem wirklichen Sozialstaat selbstverständlich sind, wie ein gesicherter Arbeitsplatz, der morgen schon wieder unsicher sein kann, übrig. Wunderdirigent Schiller hat eine soziale Dissymmetrie konzertiert. Die vielgerühmte Friedens- und Entspannungspolitik ist von der Großen Koalition gar nicht ernsthaft versucht worden. Sonst hätte man die richtige Reihenfolge gewählt. Verständigung mit den sozialistischen Staaten Europas läßt sich nicht durch die Hintertür erschleichen. Sie beginnt mit der Anerkennung der Realitäten. Das ist fast schon eine Plattitüde. Aber das Vernünftige muß in einem Land voll unvernünftiger Politik immer wieder ausgesprochen werden. Bonn drückt sich an diesem Punkt. Das Wutgeschrei über die beginnende weltweite Anerkennung der DDR ist entlarvend. Bonn geht es um Machtausdehnung, nicht um Frieden und Ausgleich.

Aber der Kalte Krieg ist immer noch Bonns liebstes Kind. Darum wird jede Chance genutzt, eine Krise zu entfachen. Die provokatorische Bundespräsidentenwahl ist noch in frischer Erinnerung. Eine solche Politik muß notwendig die reaktionärsten

Meinungen und Kräfte fördern. Wer nach außen anderen Völkern gegenüber Macht behaupten und erweitern will, tritt auch dem eigenen Volk hart und autoritär gegenüber.

Die NPD, Vorreiter demokratiegefährdender Politik, wird geschont und gehätschelt. Ja, ihr wird ein offizieller Jagdschein auf die Demokratie ausgestellt. Anders läßt sich die Weigerung der Bundesregierung, sie verbieten zu lassen, nicht bezeichnen. Aber schließlich kann man sich nicht selbst den Ast absägen, auf dem die Herrschenden aus Großkapital, CDU und SPD-Führung friedlich mit der NPD vereint sitzen. Diese Feinigkeit haben die NS-Gesetze bewiesen. Wer nun doch aufmuckt, soll wie Freiwillig in Vorbeugehaft geschleucht werden. Wer dagegen Völkermord begangen hat, kann mit dem Wohlwollen der Herrschenden rechnen. Nach draußen, zur Beruhigung der Weltmeinung, wird die Aufhebung der Verjährung von Mord und Völkermord aufs Papier gebracht. Nach innen ist den NS-Mördern schon zugewinkelt: es ist gar nicht so gemeint. Vielleicht will man sich ihre Erfahrung im Kampf gegen Demokraten sichern. Diese Annahme ist leider kein makabrer Traum. Die Bundesrepublik marschiert rechts ab. Was ist zu tun? Manche meinen, es lohne sich nicht mehr. Die Herrschenden sollten an ihren eigenen Widersprüchen verenden. Leider werden wir alle dabei die Opfer sein.

Auch die Nicht-Beteiligung an den Bundestagswahlen ist kein brauchbares Rezept. Das zeugt von Resignation. Das ist Verzicht auf demokratischen Kampf, der überall, bei Wahlen und in Parlamenten, ausgetragen werden muß.

Der Kampf wird schwierig sein. Er ist mit den Bundestagswahlen nicht beendet. Wir sollten sie vielmehr nutzen, um einen langen, disziplinierten Kampf zu beginnen. Noch sind die Kräfte der Demokratie schwach und gespalten. Darum ist es das erste Gebot, sie zu stärken und zu sammeln. Das ist der Sinn des Wahlbündnisses ADF. Sie ist der Treffpunkt für alle Demokraten über alle Unterschiede hinweg. Sie sollte Startblock für eine Erneuerung der Demokratie werden. Darum ist es wichtig, jetzt ohne Verzug auf die ADF als einzige Alternative aufmerksam zu machen. Die Gegenmacht gegen die Rechtstendenzen muß überall, in Betrieben und Schulen, in Familien und Nachbarschaften bekannt werden. Die ADF fordert die Eigeninitiative und -aktivität jedes einzelnen heraus. Nur wenn jeder mitkämpft, ist die Demokratie zu gewinnen. Sie fällt uns nicht vom Himmel in den Schoß. Darum möchte ich jeden zum Mitstreiten ermuntern.
Herzlichst

Horst Stuckmann

Horst Stuckmann

HERAUSGEBER
Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG
Jerken Diederich

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt / Kto.-Nr. 290 221
Postcheckkonto. Frankfurt/M. Kto.-Nr. 2032 90

FOTOS: AP / dpa / Udo Hoffmann / Helmut Mamczak / Klaus Rose / Manfred Scholz / Manfred A. Tripp / Helmut Westerdorf / Peter Herz / Erich Schreier

TITELFOTO: Peter Wiegand

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.





11. März 1969: Studenten und Arbeiter demonstrieren in Paris



Von Pierre Paul

Adieu, mon

Dieser Bericht will nicht die Ereignisse des Pariser Mai 1968 beschreiben; er will weiterhin nicht vorgeben, den „Prozess“ der französischen Linksparteien um ein weiteres „Beweismittel“ zu bereichern – das ist in zum Teil recht abenteuerlichen, weil verantwortungslosen Publikationen diesseits und jenseits des Rheins bereits zur Genüge getan worden. Es gab und gibt genügend „Superlinke“, die besser wußten und noch immer besser zu wissen sich den Anstrich geben, wie die Tage des Mai hätten ausgehen müssen: mit der „tabula rasa“ der Bourgeoisie, die mir-nichts-dir-nichts die Macht aufgegeben hätte.

Lag die Macht auf der Straße?

Daß eine solche Haltung in der Euphorie romantischer Revolutionäre zeitweilig möglich ist – das sei keinesfalls bestritten; doch wohin die mit letztlich sinnlosen Barrikaden verteidigte Auffassung von der „Regierungsmacht, die auf der Straße lag“ geführt hat, zeigt der A u s g a n g der Mai–Juni–Ereignisse.

Mehr als zehn Millionen Streikende – der größte Streik in der Geschichte der französischen Republiken –; weitgehende Aktionseinheit der Arbeiter und Studenten; ein Mißtrauensbeweis des französischen Volkes, wie ihn die Fünfte Republik unter ihrem „Souverän“ Charles de Gaulle noch nicht erlebt hat – woran lag es, daß die Veränderung, daß die Revolution nicht siegreich war?

Die Herrschenden lassen marschieren

Eben daran, weil die Bourgeoisie ganz und gar nicht bereit war, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht „der Straße“ zu überlassen; weil die Interessen der Arbeiter sich von denen der radikallinken Studenten entschieden trennten, und das von dem Augenblick an, als es nur die eine Alternative gab: das Beste aus der Streikbewegung zu machen oder in den unvermeidbaren Bürgerkrieg zu schlittern. Denn nicht erst am 30. Mai, als die de Gaulle unterstützenden kleinen und großen Bürger trikoloreschwenkend, die Marseillaise gröhnend und ihre verdienstvollen (?)

Indochina- und Algerienorden ansteckend die Avenue des Champs–Elysees heraufdefilierten – nicht erst in dem Augenblick wurde klar, daß der Gaullismus Verbündete hatte, die sich ihrer Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse, deren bester Interessenvertreter immerhin denn doch der General war, erinnerten: die extrem Rechten der ehemaligen Algerienfranzosen, deren Sturmabteilung OAS, die Indochina–Fallschirmjäger und Algerien–Tortur–Spezialisten. Wer diesem Zug der ewig Reaktionären, wer diese „jeunesse–doree“–Mitglieder aus den feinen Vierteln von Paris auf den Champs–Elysees hat defilieren sehen, der wußte, daß die Story von der „Macht, die auf der Straße lag“ romantisch verklärtes Wunschdenken war.

Das Wahlsystem des Charles de Gaulle

Freilich – es hätte, ein paar kurze Tage lang, die Möglichkeit des Wandels, einer Art Neuaufgabe der Volksfront von 1936 geben können: aber dafür hätte man nur unter einer Bedingung kämpfen können,



Mai 1968: Streik bei Renault

General

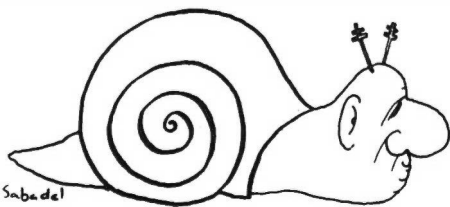
Mai 1968: Betriebe werden von Arbeitern besetzt



der der Aktionseinheit der sozialistischen und demokratischen Linken. Doch eine schlappe Sozialdemokratie mochte den Kommunisten nicht die Hand reichen, die Mitte schwankte zwischen Regimetreue und Sozialdemokratie, und die, die sich die „neue, spontane, unkonventionelle Linke“ nannten, sahen den zu bekämpfenden Feind mehr in den ihrer Meinung nach „verbourgeoisierten, bürokratisierten“ Kommunisten als im Regime de Gaulles, das solcherlei Querelen denn auch auszuweichen und auszunutzen verstand. De Gaulle hatte sich während einer Stippvisite per Hubschrauber der „Loyalität“ der Armee versichert – wofür er den Preis der Entlassung aller noch gefangenen Rechts-extremisten zahlen mußte –, denn nach dem Motto „Eine Krähe ...“ schreckt die herrschende Klasse im „Notfall“ nicht vor der extremen Rechten zurück. Weiter arbeitete man mit den Mitteln des bösesten aller Antikommunismen, gegen den der aus den Tagen des Kalten Krieges die reinste Idylle war; man gründete „Komitees zur Verteidigung der Republik“, die während des folgenden Wahlkampfes – auf den die verantwortlichen Linksparteien sich nur eingelassen hatten, um ein Blutvergießen zu verhindern – reichlich von ihren „demokratischen“ Revolvern Gebrauch machten. Die Wahl sah dann auch entsprechend ihr Ergebnis: mit Angstmachen, dem Kommunisten – mit dem – Messer – zwischen den – Zähnen, einem der „Stimme seines Herrn“ hörigen Rundfunk und Fernsehen, der übelsten Demagogie und ständiger psychologischer Bearbeitung erreichten die Gaullisten und deren „Bruderschaft“ der Unabhängigen Republikaner mit 43 % der Wählerstimmen mehr als 350 Abgeordnete, die Linksparteien mit 40 % allerdings nur 100.

Ein „triumphaler Sieg“ des Generals, der sich gleichzeitig für die Jungfrau von Orleans und Napoleon I. hält, ein „Sieg“, den man in Regimekreisen gebühlich feierte – und obendrein stolz war auf sein „geniales Wahlsystem, nach dem ein Kommunist gut dreimal soviel Stimmen braucht, um ins Parlament zu kommen, wie ein Gaullist. Jedem Regime seine Wertskala ...

Nun ging man kräftig daran, sein System, seinen Sieg, seinen „großen Stil“ weiterzuführen, als ob nichts gewesen sei, und natürlich daran, ihn zu konsolidieren. Zunächst „reorganisierte“ man die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten (ORTF), indem man eine Reihe unliebsamer weil streikender Journalisten hinauswarf; man erhöhte langsam aber sicher die Preise, so daß am Jahresende die gute Hälfte der von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhungen zwischen 6 und 10 % aufgeessen waren; man erfand weiterhin die „Universitätsreform“ und konnte so, wenn alles nach regierungsoffiziellem Wunsch verlaufen wäre, die „paritätischen Verwaltungen“ noch besser beaufsichtigen als je zuvor. Dann fand man heraus, daß das französische Verwaltungssystem, aus der Epoche Napoleons stammend, veraltet sei; daß



auch der Senat – der des öfteren, wenn auch in relativ bescheidenem Maße, gegen des Privatherrschers Entschlüsse opponiert hatte – dringend einer „Erneuerung“ bedurfte. Man ersann also das Prinzip der „Partizipation“ (Teilhabe) – das sich auf die Betriebe erstrecken sollte – und das Prinzip der „Regionalisation“. Dem Senat wollte man liebevoll „beratende Funktion“ zugestehen.

Die „Partizipation“ in den Betrieben hätte jedem neunten Arbeiter das Recht auf „Gewinnbeteiligung“ gebracht; das hätte bedeutet: zwischen 100 bis 600 Francs pro Jahr... Ein weiterer Blick auf die Verhältnisse zwischen Proletariat und Kapital in Frankreich erläutert ohne jeden weiteren Zusatz, wie man in Regierungskreisen um de Gaulle die „Partizipation“ verstand: seit 1945 sollte es nach der sich als demokratisch ausgebenden de-Gaulle-Parole in jedem Betrieb mit mehr als 50 Arbeitern einen Betriebsrat geben – heute, 1969 im Juni, hat in 16.000 von 25.000 Betrieben noch nie eine Betriebsratswahl stattgefunden. Zustände, bei denen dem Volksfront-Regierungschef von 1936, Leon Blum, die Haare zu Berge stünden – denn seine Regierung gab dem Betriebsvertrauensmann zum ersten Male Daseinsberechtigung. Unter der Regierung des Nachfolgers derer, die die Volksfront damals zugrunde richteten (die Rechten, die „Liberal-Konservativen“, die „Nationalen“) – unter der Regie-

rung de Gaulles fand dann in den Citroen-Werken ... dreißig Jahre später die erste Betriebswahl statt: 20 von 6000 Arbeitern „wagten“ zu stimmen – denn Citroen – „immer seiner Zeit voraus“ (?) – hat einen ganz besonders reaktionären Direktor, der die besten Beziehungen zu den „Partizipations“-Erfindern um de Gaulle unterhält. Die „Regionalisation“ hätte Frankreich in 21 Regionen unterteilt, der jeweils ein Präfekt – sprich: de-Gaulle-Statthalter – vorgestanden hätte.

Dieses Projekt legte der General dem französischen Volk vor – mit der drohend-lamentierenden Bemerkung, er werde sich zurückziehen, sollte man ihm widersprechen. In den dramatisch arrangierten Fernsehansprachen dessen, ohne den Frankreich seiner Meinung nach untergehen muß, kamen dann auch wieder die Begriffe „Chaos“, „kommunistische Tyrannei“, „Verschwörung“ und natürlich „nationales Schicksal“ zu Ehren.

Die Franzosen in ihrer Mehrheit jedoch haben – ohne zugrunde zu gehen, ohne großes Tränenvergießen, ohne Bedauern – dem General „Adieu!“ gesagt. Der zog sich schmollend, wie es sonst nur Brigitte Bardot so richtig versteht, in seinen Landsitz Colombey-les-Deux-Eglises zurück, reiste mit Gattin nach Irland – und scheint auf die „Sintflut“ nach ihm zu warten. Die tritt ganz bestimmt nicht ein – ob die ganze Referendums-Geschichte nur vor-

fabriziert war, um den Mann, den er im Juni 1968 „in die Reserve der Nation“ gestellt hatte, „aufzubauen“ (Pompidou), oder nicht. Warum er den Volksentscheid wollte und das Vertrauen des Volkes, wo er doch seine „Reformen“ bequem durch das Parlament hätte annehmen lassen können – was die Psychologie, die Psycho-pathologie, wie manche meinen, des Generals betrifft: diese Untersuchung überlasse ich anderen, den Feuilletonisten der Politik.

Was kommt nach dem General?

Was jetzt interessiert ist vor allem: was kommt nach ihm? „Adieu mon general!“ – doch alle Fragen offen.

Trotz der offensichtlich notwendigen Einheit der gesamten Linken, ohne die eine wirkliche positive Veränderung der Politik, des Regimes, der Regierung Frankreichs nicht möglich ist – auf der Linken hat trotz der dringenden Appelle der Kommunisten zu einem gemeinsamen Kandidaten die Sozialdemokratie schon vor dem Referendum von ihrer üblichen antikommunistischen Seite gezeigt: Guy Mollet fand schnell „Prag“, um mit der Mitte und der Rechten ins gleiche Horn zu stoßen: auf die „cocos“ könne man sich eben nicht verlassen! Und Prag, und überhaupt – Die KPF hat ihren eigenen Kandidaten aufgestellt, doch mit dem Hinweis darauf, daß sie noch immer auf eine gemeinsame Linkskandidatur hoffe. So sieht es Mitte Mai aus: auf der Rechten der Kandidat der „Kontinuität“ – das heißt der gleichen antisozialen, dem Kapital hörigen Politik –: Pompidou, einst Kronprinz des Generals; auf der Linken Duclos (KPF), Deferre („Sozialist“, dem neben Guy Mollet die größte Schuld am Scheitern der Einheit zufällt, Rocard (Vereinigte Sozialistische Partei, „linksradikal“), Mitterrand (Rechtssozialist, aber realistisch für die einheitliche Linksaktion eintretend) und Krivine von der „Kommunistischen Liga“ (trotzkistisch). Die vermeintliche „Vielfalt des linken Antlitzes“ ist nichts als ein Nachteil für Frankreich – ohne gemeinsames Programm, ohne gemeinsame Aktionen ist die Linke in Frankreich ein Spielball der politischen Situationen. Wie sie z. B. zwischen Pompidou und dem Kandidaten „der Mitte“, dem augenblicklichen Interimspräsidenten Poher, den Ausschlag wird geben müssen – sollte es zu einem „Kopf-an-Kopf-Rennen“ der beiden bürgerlichen Kandidaten kommen. Das ist eine der Linken unwürdige Rolle – sie hätte eine andere, bedeutendere zu spielen – aber dazu bedarf es einer klügeren, sozialistischeren Sozialdemokratie, die endlich verstünde, was die Wähler des „Nein“ von ihr erwarten. Zu wählen zwischen Pompidou und Poher – diese „Alternative“ wäre die zwischen Regen und Traufe. Sie sind – der eine wie der andere – Vertreter der Bourgeoisie, für die das Volk – nicht anderes als für des Gaulle (nachzulesen in seinen „Memoiren“) – nichts weiter als „eine Herde von Kälbern“ ist.



EIN JAHR DANACH

Im März dieses Jahres nahm ein ausländischer Freund mit mir an einer Kundgebung von 200.000 Arbeitern in Paris teil. „Frankreich ist ein unverständliches Land“ — sagte er zu mir — „im Monat Mai des letzten Jahres lähmte der Streik das nationale Leben, einige Wochen später wurden 350 gaullistische Abgeordnete ins Parlament gewählt; in den Monaten, die darauf folgten, schien alles wieder in Ordnung zu sein, aber heute wird wieder im ganzen Land gestreikt.“

Ich weiß nicht, wie seine Reaktion am Abend des Referendums gewesen wäre. Bis ein Uhr morgens feierten mehr als 3.000 Personen vor dem Gebäude der Humanite den Sieg des NEIN und den Abgang de Gaulles. In den Arbeitervororten wurden die ganze Nacht Versammlungen abgehalten unter den Klängen der Marseillaise und der Internationale. Und am anderen Morgen erwachte Frankreich volljährig: De Gaulle hatte demissioniert. Was hat sich in Frankreich während eines Jahres ereignet?

Mai 68: Der Streik

Im Mai 1968 legten 9 Millionen Arbeiter die Arbeit nieder. Warum?

Weil es polizeiliche Unterdrückung im Quartier Latin gegeben hat? Selbstverständlich hat dieses Ereignis Proteste ausgelöst. Ohne Zweifel hatte sich seit Monaten eine Opposition und eine latente Unzufriedenheit herauskristallisiert. Aber alles fing nicht an diesem Tag an.

Dies zu bestätigen würde bedeuten, die 192 Arbeitsniederlegungen der Renault-Werke allein während des Monats April 1968 zu vergessen. Es würde bedeuten die Streiks bei Dassault, Rhodiaceta, St. Nazaire und den großen Streik von einem Monat der Bergarbeiter im Jahre 1964 zu vergessen.

In Wirklichkeit waren die großen Streiks der Arbeiter vom Mai und Juni, der Ausbruch der Revolte in der Universität Zeichen einer tiefen Unzufriedenheit.

Frankreich zählte 500.000 Arbeitslose, die Jungen bildeten das Gros. Mehr als 4 Millionen Arbeiter verdienten keine 600 Francs monatlich. Der Arbeitstag war am längsten in Europa. 40 % der Studenten mußten „Schwarz-Arbeit“ verrichten, um ihr Studium fortsetzen zu können. Nur 10 % Arbeiterkinder hatten Zugang zur Universität... usw.

So hatten die „Unruhen“ von 1968 nichts mysteriöses an sich. Sie waren das Ergebnis von zehn Jahren gaullistischer Politik im Dienste der französischen Monopole.

Die Abenteurer der schwarzen Fahne

Die Bedingungen für linksradikale Gewaltakte wurden von den Gaullisten geschaffen. Man kann nicht genug den Schaden hervorheben, den diese Abenteurer vom Mai der Bewegung zufügten. Die schwarze Fahne, welche auf den Barrikaden der brennenden Autos wehte, wurde ein apokalyptisches Zeichen. Millionen Franzosen glaubten — und das Fernsehen, das Radio hat das zur Genüge wiederholt —, daß das Land sich am Rande des Abgrundes befand. Daß Paris in Feuer und Blut versank. Ein Haar breit vom Bürgerkrieg. In manchen Gemeinden von Maine et Loire ging eine Flüsterpropaganda um, daß im Falle einer veränderten Mehrheit die Kirchen geschlossen werden könnten. Anderswo machte man glauben, daß die Kommunisten die Klöster anstecken

Fortsetzung auf Seite 34

Ferienreise durch Polen

10- bis 12tägige Reise durch Polen

Rundfunkempfänger

Erzeugnisse der polnischen Volkskunst

und viele andere wertvolle Preise erwarten Sie im Wettbewerb veranstaltet vom POLNISCHEN RUNDFUNK unter Teilnahme des Reisebüros ORBIS und der Fluggesellschaft LOT zum

25jährigen Bestehen Volkspolens

Um an der Preisverlosung teilzunehmen, gilt es, zumindest eine der drei folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wann und wie bin ich zum erstenmal auf den Begriff „Polen“ gestoßen?
2. Welche Vorstellung verbindet sich mir mit dem Begriff „Polen“?
3. Was betrachte ich als das Interessanteste und Wichtigste in der 25jährigen Geschichte Volkspolens?

Die Antwort auf jede Frage sollte nach Möglichkeit 100 Worte nicht überschreiten.

Die Antworten sind bis zum **15. Juni 1969** — maßgebend ist das Datum des Poststempels — mit dem Vermerk „Wettbewerb“ an die Adresse:

POLNISCHER RUNDFUNK, WARSZAWA 1, BOX 46, abzusenden.

Die Ergebnisse des Preisausschreibens werden am **30. Juni 1969** in allen deutschsprachigen Sendungen des Polnischen Rundfunks bekanntgegeben:

um 8.30, 12.30, 16.00, 18.30, 20.00 Uhr auf Mittelwelle 200 Meter / 1502 kHz sowie auf Kurzwelle im 25, 31, 41 und 49 Meterband; um 22.00 Uhr auf Kurzwelle im 41 und 49 Meterband; um 0.03 Uhr auf Mittelwelle 200, 238 und 407 Meter / 1502, 1259, 737 kHz sowie auf Kurzwelle im 25, 31, 41 und 49 Meterband.

Die Reise der Hauptgewinner durch Polen findet zu einem vom Polnischen Rundfunk festgelegten Zeitpunkt statt.

Wir laden herzlichst zur Teilnahme am Wettbewerb ein und wünschen viel Glück bei der Preisverlosung!

POLNISCHES RUNDFUNK- UND FERNSEHKOMITEE



DIE PILLE MAGHT DAS LIEBESLEBEN SCHÖN

Stirbt die Liebe an der Angst?

Einer der Gründe, warum ein Junge und ein Mädchen, die sich gern haben, nicht miteinander zu schlafen wagen, ist die Angst, daß das Mädchen ein Kind bekommen könnte. In unserer Gesellschaft ist noch immer die Liebe „mit Folgen“ bei Unverheirateten Anlaß für schlimmste „moralische“ Strafen. Aber auch aus sozialen Gründen können junge Menschen an Babys nicht denken, solange sie noch nicht ihre Ausbildung beendet haben und die Gründung eines Haushaltes noch in weiter Ferne liegt.

Ihnen kann die sogenannte Anti-Baby-Pille helfen. Sie ist das bei weitem beste Empfängnisverhütungsmittel, einfach in der Anwendung, hygienisch und vor allem ästhetisch einwandfrei, verursacht keine nennenswerten Nebenwirkungen und ist 100% sicher.

Die Pille wird lebhaft diskutiert. Wir möchten zu dieser Diskussion für junge Leute die Informationen beisteuern.

Was ist die Pille?

Aufgrund ihrer relativ einfachen und bequemen Anwendungsweise, die zudem weder das Sexualverhalten noch das ästhetische Empfinden beim Geschlechtsakt negativ beeinflußt (wie Kondome z. B.) sowie ihrem enorm hohen Zuverlässigkeitsfaktor (bei richtiger Anwendung praktisch 100%) zählt die unter dem Begriff „Anti-Baby-Pille“ weltweit bekanntgewordene Methode der oralen hormonalen Antikonzepktion heute zu den populärsten empfängnisverhütenden Maßnahmen überhaupt.

Im Gegensatz zu den traditionellen Verfahren der Antikonzepktion, die nicht in die Funktion der Keimdrüsen eingreift, sondern das Zusammentreffen von weiblicher Eizelle und männlichen Samenfäden verhindern sollen, beruht die hormonale Empfängnisverhütung darauf, daß keine Eier im Eierstock der Frau heranreifen und somit keine befruchtungsfähigen Eizellen freigesetzt werden können.

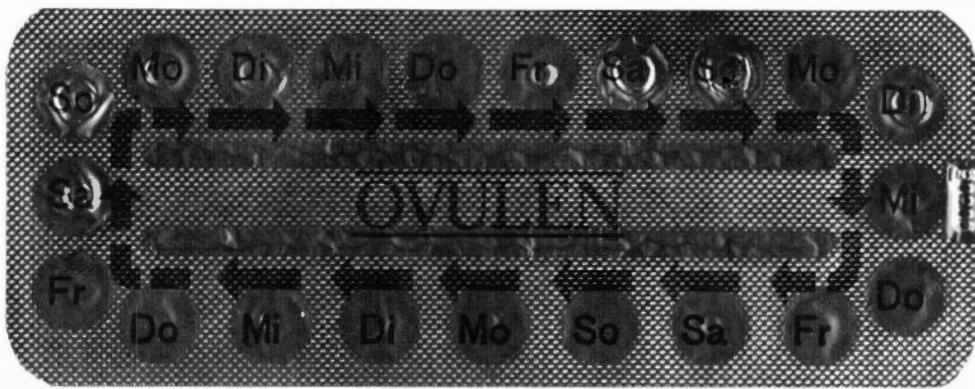
Erreicht wird dieser Vorgang durch die regelmäßige Einnahme von Substanzen, die ihrer Wirkung nach zu den weiblichen Geschlechtshormonen gehören. Es handelt sich hierbei um Stoffe, mit östrogenen und gestagenen Wirkung. Der erzielte Effekt ist als Unterdrückung oder Hemmung der Ovulation zu bezeichnen. Bei der hormonalen Antikonzepktion durch die Frau sind heute drei Formen zu unterscheiden:

1. die klassische Methode mit Östrogen-Gestagen Präparaten (kombinierte Ovulationshemmer genannt).
2. Die Zweiphasen-Methode (auch Sequentialmethode genannt).
3. die alleinige Verabreichung von kleinen Dosen Gestagen mit oder ohne Unterbrechung.

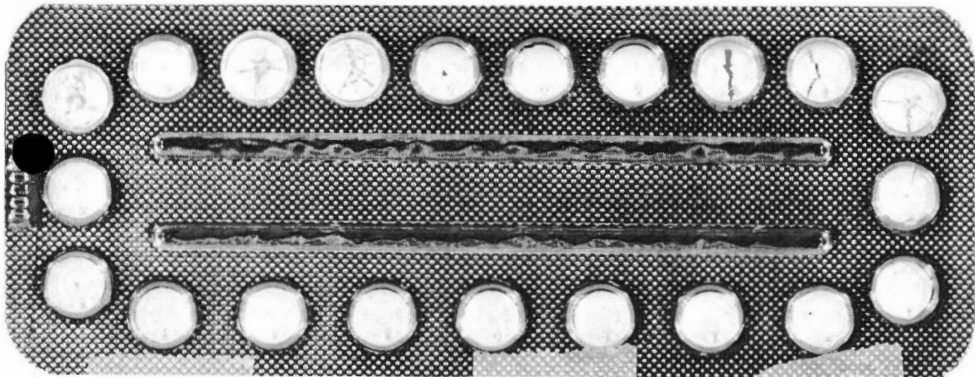
Da jedoch, jedenfalls bislang, der Nachteil der beiden letztgenannten Methoden gegenüber der ersten (geringerer Sicherheitsfaktor) bedeutsamer ist als ihr geringer und mehr psychologischer Vorteil (eine der Monatsblutung ähnliche Abbruchblutung) ist unbedingt zu der ersten Methode zu raten, zumal sich die wissenschaftlichen Untersuchungen, ebenso wie bei der sog. „Pille mit Langzeitwirkung“ oder der sog. „Pille danach“ hier im Gegensatz zur klassischen Methode noch im Anfangsstadium befinden.

Anwendung

Es stehen heute eine Reihe von Präparaten zur Verfügung, die sich vor allem durch die chemischen Besonderheiten sowie durch quantitative Variationen ihrer Gestagenanteile unterscheiden. (Während z. B. das erste in Europa eingeführte Präparat, das ANOVLAR



Vorder- und Rückseite einer Packung



der Firma Schering, noch 4mg Gestagen pro Tablette enthielt, beträgt der Gestagenanteil im neuen Präparat derselben Firma, dem EUGYNON, nur noch 0,5 mg pro Tablette). Selten variiert dagegen die Menge des Östrogens. Sie liegt durchschnittlich bei 0,05 mg pro Tablette.

Die praktische Anwendung ist einfach. Vom 5. bis 24. oder 25. Tag des Zyklus (je nach Präparat) wird eine Tablette täglich eingenommen. Der erste Tag nach der Monatsblutung zählt als erster Zyklustag. Wer sich zur Einnahme von Ovulationshemmern als empfängnisverhütendes Mittel entschließt, sollte am 5. Zyklustag — und nicht in der Mitte des Zyklus beginnen. Dieser Termin ist aber dann einzuhalten, wenn bei eventuellen, länger andauernden Monatsblutungen (z. B. 6—8 Tage) am 5. Zyklustag noch Blutungen bestehen.

Fortlaufend wird dann zwanzig oder einundzwanzig Tage lang eine Tablette eingenommen. Nach Ablauf dieser Zeit wird die Einnahme für sieben Tage unterbrochen. Am 8. Tag wird völlig unabhängig von etwa noch bestehenden Blutungen erneut über 20 oder 21 Tage mit dem Einnehmen begonnen. Es ergibt sich also der leicht einprägsame Rhythmus: drei Wochen Einnahme — eine Woche Pause.

Innerhalb von zwei bis drei Tagen nach Beendigung der Phase des Einnehmens kommt es zu einer menstruationsartigen Abbruchblutung. Diese tritt auch ein, wenn vorher ein unregelmäßiger Zyklus bestand. Ovulationshemmer dienen also auch gleichzeitig zur Zyklusregulierung.

Unbedingt wichtig ist die regelmäßige Einnahme der Tablette, da sonst der Zuverlässigkeitsfaktor abnimmt. Es empfiehlt sich daher, besonders für Vergeßliche, von Anfang an eine bestimmte Tageszeit für die Einnahme festzulegen, am besten vor oder nach einer Mahlzeit. Zwischen der Einnahme der Tabletten darf niemals ein Zeitabstand liegen, der 36 Stunden überschreitet. (Bis zu einem Zeitraum von 12 Stunden kann also bei eventuellem Vergessen die Einnahme noch ohne Auswirkungen auf den Sicherheitsfaktor nach-

geholt werden). Im übrigen sind auch alle gängigen Präparate mit einer Unterteilung in Wochentage versehen so daß kontrolliert werden kann, ob die Tablette für einen bestimmten Tag genommen wurde oder nicht.

Sollte dennoch einmal der Zeitabstand von 36 Stunden überschritten werden, ist trotzdem die Fortsetzung der Einnahme zu empfehlen, um einen zyklusgerechten Ablauf beizubehalten. Dasselbe gilt, wenn aus anderen Gründen die Behandlung kurzfristig unterbrochen werden mußte. (Die von den ausgefallenen Tagen übriggebliebenen Tabletten werden natürlich nicht zusätzlich eingenommen.) Da allerdings in einem solchen Fall der Empfängnischutz nicht mehr gewährleistet ist, müssen im Falle eines beabsichtigten Geschlechtsverkehrs während dieses Zeitraumes unbedingt zusätzlich andere antikonzeptionelle Maßnahmen angewandt werden (z. B. Scheiden-Sprays oder Kondome).

Zuverlässigkeit

Sie beträgt, wie schon erwähnt, bei regelmäßiger Einnahme praktisch 100%. Die in der Fachliteratur häufig angegebene Versagerquote von 0 bis 1 ungewollte Schwangerschaften auf 100 Anwendungsjahre läßt sich immer durch falsche Einnahme der Tabletten erklären. Somit ist diese Methode in der Zuverlässigkeit allen anderen empfängnisverhütenden Methoden eindeutig überlegen.

Nebenwirkungen

Vereinzelt kann es zu Zwischenblutungen kommen, die etwa um den 10. Tag nach Einnahmebeginn auftreten. Meistens handelt es sich um Schmierblutungen, sogenannte Durchbruchblutungen von Regelstärke sind jedoch möglich. (Die Tabletteneinnahme braucht jedoch nicht abgesetzt zu werden.)

Noch seltener kann es zum Ausbleiben der Abbruchblutung in den Einnahmepausen kommen. Kommt eine Schwangerschaft nicht in Frage, so ist trotz nicht eingetretener Abbruchblutung sieben Tage nach Beendigung der Behandlungspause erneut mit der Einnahme der Tabletten zu beginnen.

Besonders in den ersten Monaten können gelegentlich allgemeine Beschwerden auftreten (Übelkeit, Sodbrennen, Kopfschmerzen), die meist jedoch einige Zeit später wieder verschwinden. Nachweislich beruhen sie außerdem zu fast 90% nur auf psychologisch bedingten Faktoren (mor. Schuldkomplexe etc.). Nötigenfalls muß das Präparat gewechselt werden, bis ein am besten verträgliches gefunden ist. Die Wahl sollte dann auf ein solches mit niedrigem Gestagen-Anteil fallen.

Die von einigen Ärzten heraufbeschworene und von der Boulevard-Presse hochgespielte Behauptung, die „Anti-Baby-Pille“ sei bei andauernder Einnahme krebserregend, hat sich inzwischen als wissenschaftlich nicht begründet erwiesen.

Wer die Pille nicht nehmen darf

Ärztlich abzuraten von der Einnahme der Pille ist dagegen bei folgenden Fällen:

1. bei wiederholter Gelbsucht in Schwangerschaften
2. beim Verdacht auf eine Schwangerschaft
3. unmittelbar nach einer Fehlgeburt oder einer Entbindung (hier sind vor der Einnahme von Ovulationshemmern zwei Monatsblutungen abzuwarten)
4. bei einer nachgewiesenen Lebererkrankung
5. bei einer angeborenen oder erworbenen Erhöhung des Gallenfarbstoffes Bilirubin im Blut
6. bei Neigung zu rezidierenden Embolien oder Thrombophlebitiden (Blutpfropfen)

Anwendungsdauer

Mehrjährige Beobachtungen bei der Anwendung kombinierter Ovulationshemmer haben ergeben, daß die oft früher von Ärzten ausgesprochene Empfehlung, den Anwendungszeitraum spätestens alle vier Jahre zu unterbrechen, unbegründet ist. Lediglich jüngere Frauen mit stark unregelmäßigen Regelblutungen sollten die Anwendung von kombinierten Ovulationshemmern nach einiger Zeit (ca. 6—12 Monate) unterbrechen, um zu überprüfen, inwieweit die Zyklen sich einreguliert haben.

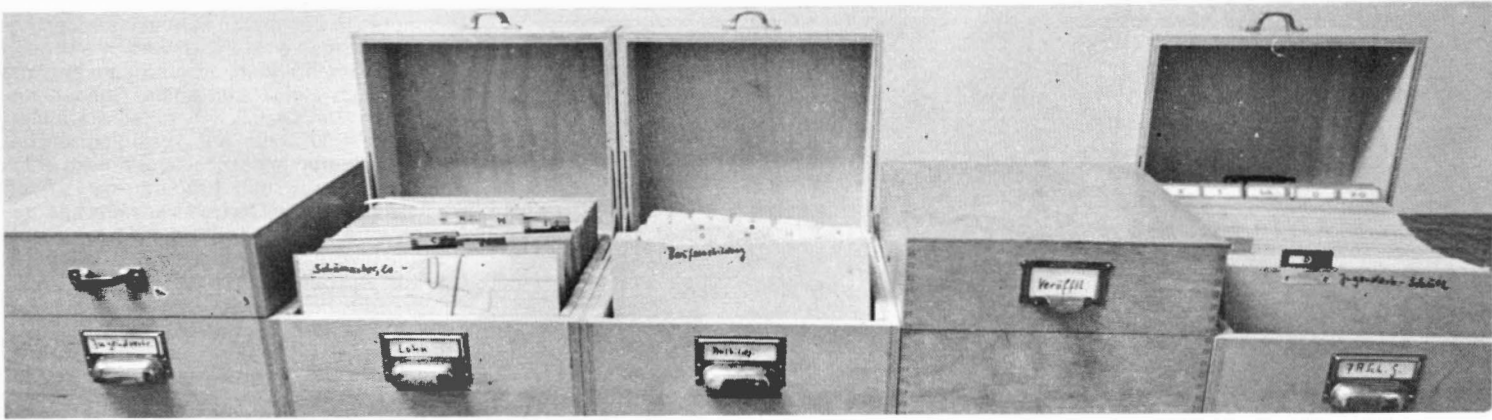
Wo gibt's die Pille?

Während in der DDR jedes Mädchen ab 18 Jahren, ob verheiratet oder nicht, die Pille ohne Diskriminierungen erhalten kann, sind hierzulande die Schwierigkeiten noch groß, die jungen Menschen gemacht werden.

Nicht alle Ärzte sind bereit, auch Unverheirateten Hormontabletten zu verschreiben. In den nachfolgenden Universitäts- und Hochschulstädten gibt es als Auskunftsmöglichkeit die „Allgemeinen Studentenausschüsse“ (ASTA). Wer ein Rezept für Hormontabletten braucht, kann sich an das Sozialreferat des jeweiligen ASTA wenden. Dort wird man entsprechende Hinweise erhalten. Die Sozialreferate sind im Allgemeinen auch bereit, nicht nur Studentinnen, sondern auch Arbeiterinnen, Angestellten oder Schülerinnen Adressen zu vermitteln. Anschrift oder Telefonnummer der Studentenausschüsse findet man im Telefonbuch.

Aachen, Berlin, Bochum, Bonn, Braunschweig, Erlangen, Essen, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Konstanz, Marburg, München, Münster, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen.

Als Grundlage für diesen Artikel, den wir mit Genehmigung der Redaktion der Kieler Schülerzeitung „forum“ entnommen haben, diente das Buch „Empfängnisverhütung“ von Doz. Dr. H. Frahm (RoRoRo Sexologie Nr. 8003, DM 2,80).



Zwei Verletzte

Polizei
brutal gegen Lehrlinge

Wuppertal. Betriebsräte, Jugendvertreter und Mitglieder der Ortsjugendausschüsse von IG Metall und IG Chemie riefen zum Vorabend des 1. Mai zu einer Lehrlingsdemonstration für bessere Berufsausbildung auf. Konkreter Anlaß: die Junggewerkschafter Klein und Wildhirt waren von ihrer Firma Herberts fristlos entlassen worden, weil sie für die gleiche Forderung eintraten. (elan berichtete darüber in der letzten Ausgabe). Die 150 Demonstranten wurden nach Abschluß der Aktion vor der IHK von Polizei brutal auseinandergetrieben (unser Bild). Vier Demonstranten wurden verhaftet, zwei verletzt.



Marsch zur IHK

Dortmunder Lehrlinge
beerdigen
„Oma Gewerbeordnung“

Dortmund: Am 25. April gingen 300 Dortmunder Stifte auf die Straße. Sie trafen sich auf dem Alten Markt, wo Doris Wichard, Lehrling und Betriebsjugendvertreterin, erklärte: „Die Gesetzentwürfe zur Berufsausbildung, die im Moment im Bundestag behandelt werden, können wir Lehrlinge nicht billigen, da sie nur die bestehende Berufsausbildung legitimieren. Sie sind eine Neuauflage der alten Gewerbeordnung.“ Doris Wichard war die Initiatorin der Aktion, zu der über 100 Lehrlinge, Betriebsjugendvertreter, Betriebsräte, Vertrauensleute, Mitglieder gewerkschaftlicher Jugendausschüsse und SDAJ-Jugendleiter in einem gemeinsamen Flugblatt aufgerufen hatten. Rolf-Jürgen Priemer, SDAJ-Bundesvorsitzender und ADF-Bundestagskandidat, setzte sich in seiner Rede besonders mit dem Springer-Blatt „Welt am Sonntag“ auseinander,

das der Öffentlichkeit das Bild vom „König Lehrling“ weismachen will, der bis zu 600 DM verdiene. Nicht erschienen waren Vertreter der Industrie- und Handelskammer, die es vorgezogen hatten, vier Vertreter der Versammlung zu einer internen Beratung in ihr Büro einzuladen. Das wurde von der Versammlung abgelehnt, die öffentliche Diskussion verlangte. Nach der Kundgebung demonstrierten die Lehrlinge durch Dortmund, um mit einem Sarg „Oma Gewerbeordnung“ zu Grabe zu tragen. Als Grabstätte wurde die Industrie- und Handelskammer ausgesucht. Mit aktuellem und lokalem Bezug waren die Sprechchöre der Demonstranten: „Euroflor ist großer Mist, wenn du ausgebeutet bist“, Industrie- und Handelskammer verwaltet unsern Bildungsjammer“ und an einer der sieben Dortmunder Brauereien: „Auch in der Kronenbrauerei – Unternehmertyrannie“. Von einer Schlußkundgebung vor der IHK wurden die Dortmunder Lehrlinge zur Teilnahme an der zentralen Aktion „Geburtstagsfeier in Bonn“ aufgerufen. Die teilnehmenden Dortmunder Lehrlinge wollen jetzt weiteres Material über den Lehrlingsmißbrauch in den Betrieben sammeln und der Öffentlichkeit vorlegen.

Unternehmer Sündenregist

Lehrlinge
in Aktion

Warum Hermann Pohl starb

„Betriebsunfall“ bei
Opel-Hiergeist

Plattling/Bayern: Lehrling Hermann Pohl ist tot. Verstorben an den Folgen eines „tragischen Unglücksfalls“, wie es im Nachruf seiner Ausbildungsfirma Opel-Hiergeist OHG in Plattling (Bayern) lakonisch hieß. Im Gegensatz zur Betriebsleitung betrachtete der Arbeitskreis Münchner Lehrlinge den Fall damit nicht als erledigt. Nach Mitteilung des Arbeitskreises ist folgendes geschehen: Lehrling Hermann Pohl (15) mußte — wie üblich — nach Feierabend den Waschraum der Firma reinigen. Es war bereits 17.30 Uhr. Um nicht ihre ganze Freizeit für die Tätigkeit in der Firma geben zu müssen, arbeiteten die Lehr-

linge mit einem Hilfsmittel: für Reinigungszwecke verwendeten sie Benzin (obwohl das offiziell natürlich verboten ist). Während Hermann Pohl reinigte, begann im gleichen Raum ein Kollege zu schweißen. Es kam zur Explosion, Hermann Pohl stand sofort in Flammen. Einen Tag später erlag er seinen Verletzungen.

Nach Aussage von Hiergeist-Lehrlingen ist es durchaus üblich, daß sie abends vor 18.00 Uhr bis 18.30 Uhr nicht aus der Firma kommen.

In einem Flugblatt erklärt der Arbeitskreis Münchner Lehrlinge: „Wo bleibt bei Opel Hiergeist eigentlich der Jugendsprecher, den es ab 5 Lehrlingen schon geben müßte? Dessen Recht und Pflicht es ist, die gesetzlich garantierten Rechte der Jugend im Betrieb zu verwirklichen. Ein Jugendsprecher, von den Lehrlingen gewählt, der ihr Vertrauen besitzt, hätte auch bei Opel-Hiergeist durchsetzen können, daß nicht nach Feierabend, sondern vor Feierabend geputzt wird, und zwar nicht mit Benzin, sondern mit einem ungefährlichen Spezialputzmittel.“

CAJ in Bonn

Bonn. Rund 3 000 Mitglieder der Jungen Christlichen Arbeitnehmer (CAJ) demonstrierten am 1. Mai in Bonn für ein modernes Berufsausbildungsgesetz. Auf dem Münsterplatz formulierten Sprecher der CAJ zum Abschluß des Demonstrationmarsches die Forderungen der jungen christlichen Arbeiter, die aus der ganzen Bundesrepublik nach Bonn gekommen waren.

Über die Vorbereitung der zentralen Aktion in Bonn für eine bessere Berufsausbildung berichtet regelmäßig der Sonderinformationsdienst „elan extra“. Er ist erhältlich in der Redaktion elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel.: 57 20 10.



München. Mit diesem Oldtimer-Modell demonstrierten Lehrlinge vor der Firma Opel-Häusler. Sie protestierten dagegen, daß die Erziehungsbeihilfe bei Opel-Häusler einbehalten wird, wenn Lehrlinge das Berichtsheft nicht oder schlecht führen; daß es keine Jugendvertretung gibt, obwohl mehrere hundert Jugendliche beschäftigt werden; daß ohne Bezahlung Samstags Strafarbeit verrichtet werden muß.



Frankfurt, Freisprechungsfeler im Palmengarten: Ein Lehrlingsausbilder bei der Arbeit . . . (SDAJ und Gewerk-

schaftsjugend hatten Flugblätter verteilt, die IHK rief die Polizei und half sich selbst . . .)

7. Juni: Sternmarsch der Lehrlinge

Bereits am 13. Juni wollen die Bundestagsparteien einen mit Hilfe der Konzernvertreter im Geheimen erarbeiteten Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes im Schnellverfahren verabschieden. (Der Bundesvorstand der SDAJ veröffentlichte den Entwurf inzwischen auf einer Pressekonferenz.) Nur wenige Stunden stehen zur Beratung im Bundestag zur Verfügung. Eine Analyse des Gesetzentwurfes (siehe Seite 23) zeigt: die Bonner Parteien wollen Oma Gewerbeordnung durch die Jungmühle drehen. Mehr nicht.

Rechtzeitig vor der Bundestagsdebatte, am 7. Juni, wollen junge Arbeiter und Lehrlinge gegen ein Gesetz protestieren, das ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen im Interesse der Unternehmer erarbeitet wurde. Die Gewerkschaftsjugend will am 7. Juni einen Sternmarsch veranstalten. Im Raum Bonn findet eine Großkundgebung statt. Oma Gewerbeordnung, die am 21. Juni ihren Hundertsten feiert, wird nun bereits am 7. Juni endgültig pensioniert. Durch die Arbeiterjugend. Dies ist nötig vor der Bundestagsdebatte.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, die bereits vor Wochen zu einer Kundgebung in Bonn aufgerufen hatte, unterstützt den Aufruf der Gewerkschaftsjugend: „Wir dürfen nicht zulassen, daß der gegenwärtige Bundestag uns kurz vor Toresschluß ein Gesetz gegen die Jugend beschert.“ Die 12. Bundeskonferenz der SJD – Die Falken forderte alle Gruppen und Gliederungen des Verbandes auf, am Sternmarsch teilzunehmen. „Mit diesem Sternmarsch soll gegen die veraltete und autoritäre Lehrlingsausbildung protestiert werden.“

Auch die Lehrlingsausschüsse für eine bessere Berufsausbildung, Gruppen der Naturfreundejugend, der Jungsozialisten und anderer Jugendorganisationen bereiten sich auf den Sternmarsch vor. Informationen über den 7. Juni sind in allen Geschäftsstellen des DGB und der einzelnen Gewerkschaften, in den Büros der „Falken“ sowie beim Bundesvorstand der SDAJ (43 Essen, Bersonstraße 11, Telefon: 23 23 27) und bei der Redaktion e lan in 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel. 57 20 10 zu erhalten ■

Bildungskommission contra Bundestag

Harry Liehr (SPD) ist Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für das Berufsausbildungsgesetz. Unter seiner Regie wurde hinter verschlossenen Türen ein Gesetzentwurf zusammengezimmert, dem das Wohlwollen von Unternehmensebene ebenso sicher ist, wie die Ablehnung von Seiten der Arbeiterjugendverbände.

Zur gleichen Zeit legte die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates ihre Empfehlungen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung vor. Im Gegensatz zum Ausschuß des Herrn Liehr hatte die Bildungskommission vorher auch die Lehrlinge zu Wort kommen lassen.

Der Gesetzentwurf des Bundestages kann getrost als Neuaufuß der allseits bekannten Gewerbeordnung von 1869 bezeichnet werden. Er sieht keine Mitbestimmung der Arbeitnehmer vor. Die Berufsausbildung soll weiterhin allein in den Händen der Kammern (der Unternehmer) bleiben (§ 71). Arbeitnehmervertreter werden lediglich in einzurichtenden Institutionen geduldet, die beratende, nicht aber bestimmende Funktion haben.

Kurz gesagt: wenn diese Zumutung Gesetz wird, bleibt alles beim alten! Veränderungen sind nur in den Formulierungen zu finden.

Ganz im Gegensatz dazu argumentiert die Bildungskommission: „Solange eine . . . Kontrolle über die Lehrlingsausbildung der einzelnen Betriebe allein bei den Kammern liegt, die von denselben Betrieben getragen und in den Berufsausbildungsausschüssen von ihnen weitgehend beeinflußt werden, kann diese Funktion nicht mit der notwen-

digen Unabhängigkeit ausgeübt werden. Aus diesem Grunde ist es nötig, die Gremien zur Organisation und Kontrolle der Berufsausbildung um Vertreter der Arbeitnehmer, der Berufsschullehrer und der Lehrlinge zu erweitern . . .“

Die Unternehmerverbände erwiderten die unwillkommenen Vorschläge der Bildungskommission mit Scharfschüssen. Wen wundert es? Doch was sich die Experten der Koalitionsparteien als Antwort leisteten, kann nur als unverschämter Verschleierungsversuch gewertet werden.

Heinrich Köppler (CDU), Staatssekretär, richtete eine „Dankadresse“ an den Bildungsrat. Und Harry Liehr meinte in einem Vergleich zwischen Gesetzentwurf und Empfehlung der Bildungskommission, „das hohe Maß an sachlicher Übereinstimmung sei bemerkenswert. Die Beratungen im zuständigen Parlamentsausschuß hätten durch die Empfehlung der Bildungskommission ihre unvorhergesehene Bestätigung erhalten“ (Handelsblatt, 1. 4. 69). ■

Alternative ADF

Die SDAJ wollte es genau wissen. Ihr Bundesvorstand richtete an die Parteien einen Offenen Brief, in dem Forderungen der Arbeiterjugend zur Berufsausbildung formuliert sind. Dazu wurden die Parteien um ihre Meinung gebeten.

Die CDU und die CSU schrieben: Wir werden prüfen. SPD und FDP hielten eine Stellungnahme für überflüssig. (Keine Antwort ist auch eine Antwort.) Was die Bundestagsparteien wirklich vorhaben, zeigt ihr Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz. (S. 23) Nur die DKP und die ADF haben den Forderungen der Arbeiterjugend zugestimmt und eigene neue und progressive Gedanken zur Berufsausbildung beigesteuert. Die Antwort von ADF, DKP und den Bundestagsparteien veröffentlichte die SDAJ in einer Dokumentation (zu erhalten unter Anschrift: 43 Essen, Bersonstr. 11). Die Antworten der Bundestagsparteien und ihr Gesetzentwurf zeigen, daß sie ihre jugendfeindliche Politik fortsetzen. Wer eine Politik für die Jugend anstrebt, dem kann nur die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) empfohlen werden. Sie tritt mit zahlreichen jungen Kandidaten und einer neuen Pointe zum Wahlkampf an. ■

**Er läßt sich
nicht manipulieren.
Er liest**



Dr.-Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck,
Pothmannstraße 12

Bestellkarte

Senden Sie bitte an meine nachstehende Adresse unverbindlich und kostenlos eine Ausgabe

Ich bestelle hiermit die Sozialistische Volkszeitung „UZ“ (Unsere Zeit) zum Bezugspreis von DM 2,60 pro Monat für mindestens 6 Monate.

Zustellung erwünscht ab: _____

Vor- und Zuname _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Straße und Hausnummer _____

Datum _____

Unterschrift des Abonnenten _____



Wer von
Leipzig aus in
Richtung Süden fährt
– über Karl-Marx-Stadt
in das Erzgebirge hinein –,
denkt normalerweise nicht
an Arbeit. Reisende auf dieser
Strecke sind eher glückliche
Besitzer eines Urlaubsschecks.
Beim Blick aus dem Zug kamen
auch mir Urlaubsgedanken.
Aber mein Ziel war kein
Ferienheim, sondern das
Motorradwerk in
Zschopau, kurz MZ
genannt. Ich wollte
zwei Wochen mit
Arbeitern leben, die
Rennmaschinen bauen,
die auf Six-Day-Siege
abonniert sind.

In Reportagen haben
wir über junge Ar-
beiter in der Bundes-
republik berichtet,
über ihre Situation
im Betrieb. Was
liegt also näher als
im zwanzigsten Jahr
der Existenz beider
deutscher Staaten
an Ort und Stelle
zu untersuchen,
wie junge Arbeiter
in der DDR leben.
Welche Probleme
sie haben.
Wer im Betrieb
was zu sagen hat.
Wie das mit der
Ausbildung
aussieht.

Hans-Jörg Hennecke:

Als „Gastarbeiter“ in der DDR



schopau mit seinen 11.000 Einwohnern ist durch seine Motorräder weltbekannt geworden. Schon auf dem Bahnhof „riecht“ es nach großer Welt. Verpackte Motorräder, eben vom Fließband, füllen die Laderampe. Ich lese: Thailand, Sowjetunion, Irak, Ungarn; Länder, die diese Maschinen importieren. Hergestellt in einem Werk, das bis 1945 zur Auto-Union, dem DKW-Konzern gehörte. Statt DKW stehen heute drei andere Buchstaben vor dem Firmennamen: VEB – Volkseigener Betrieb. Was sich mit dieser Umbenennung verändert hat, sollte ich noch ausgiebig kennenlernen.

Hotelzimmer sind in diesen Tagen ausgebucht. Die Stadt rüstet sich zum Europameisterschaftslauf für Geländemaschinen. So lerne ich Max Schreiter (43) kennen, Reparaturschlosser bei MZ, Mitglied der SED. Er nimmt mich in seiner Wohnung auf. Mir ist das nur lieb, ich möchte Menschen kennenlernen, Menschen aus dem Werk. Max kennt hier bei MZ alles, er war schon zu DKW-Zeiten dabei.

„Nach 1945 Wiederaufnahme der Produktion in einer alten Halle, ohne Heizung, ohne Fenster und Türen, kein Wasser, nur Notlicht. Glaslose Fensterrahmen mit Pappe vernagelt. An Blechtonnen mit Koksfeuer wärmten sich die Männer, die an den paar Drehmaschinen und Bohrmaschinen arbeiteten, zwischendurch die klammten Finger“, lese ich in einer alten Ausgabe der Betriebszeitung.

Max erinnert sich an die Stunde Null, als Arbeiter Hämmer, Zangen und Schublehren von zu Hause mitbrachten, um einen neuen Anfang zu setzen.

Hauptwort Qualifizierung

Morgens um 6,30 Uhr gehen wir los. Gemeinsam mit hunderten ziehen wir über die Zschopaubrücke zum Werk. 3.200 arbeiten hier. Viele von ihnen kommen aus den umliegenden Dörfern per Bus oder Zug.

6,55 Uhr. In der Montagehalle laufen die Bänder an. Freundschaftlich nehmen mich die Kollegen von der Jugendbrigade „Wilhelm Pieck“ auf. Auf ihrem Band entstehen in 22 Arbeitstakten die 250er MZ. Alle vier Minuten rollt eine fertige Maschine vom Band auf den Prüfstand.

„Das ist die einzige Kontrolle. Mehr brauchen wir nicht mehr. Jeder einzelne Kollege kontrolliert seine Arbeit selbst“, erklärt mir der Brigadeführer Joachim Meißner (28). Er hat hier als Bandarbeiter begonnen, qualifizierte sich zum Springer (Arbeiter, der alle Arbeitstakte am Band beherrscht, also für jeden einspringen kann) und wurde dann Brigadeführer. Im Moment bereitet er sich auf einen Meisterlehrgang vor. Qualifizierung – das ist eines der Hauptworte in der DDR. In „unserer“ Brigade arbeiten elf Frauen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das ist für sie längst Wirklichkeit. Konkret heißt das: 650 Mark netto monatlich, was nichts aussagt über die reale Kaufkraft. Sie wird bestimmt von niedrigen Mieten, niedrigen Preisen für Lebensmittel und vorbildlichen sozialen Leistungen. Gleichberechtigung wird hier überall praktiziert. Das bedeutet natürlich nicht, daß Frauen dementsprechend auch Schwerstarbeit leisten müssen. Laut Gesetz dürfen sie nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, bei denen Gewichte von mehr als 15 kg gehoben werden müssen.

Schwere Arbeiten sind ohnehin nahezu verschwunden. Hier knobelt jeder einzelne, wie er sich die Arbeit leichter machen kann. Solche Neuerervorschläge – wie man hier sagt – werden außerdem noch prämiert. 10 % des materiellen Nutzens in bar. Es soll Kollegen im Werk geben, die dadurch mehr verdienen als durch ihre reguläre Arbeit.



Joachim Meißner (28),
Leiter der Jugendbrigade
„Wilhelm Pieck“.



Gisela Schreiter (17), Lehrling
in der Elektronischen Datenverarbeitung:
„Ich bin stolz auf die DDR,
weil bei uns nicht der etwas gilt,
der Geld hat, sondern wer etwas leistet.“



11,40 Uhr in der Kantine Mittagspause. Für 70 Pfennig bekomme ich Leber mit Salat.

Wir unterhalten uns über Mietpreise, Neubauwohnungen usw. Mein Gegenüber hat eine Neubauwohnung.

„Monatsmiete 60 Mark. Das sind drei Zimmer, Küche und Bad. Ich habe die Wohnung über die AWG (Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft) bekommen. Dafür mußte ich 520 Aufbaustunden leisten und 2700 Mark als Eigenleistung einzahlen. Wenn ich ausziehe, bekomme ich das Geld zurück.

Mieten um 35 Mark für ältere Wohnungen sind nicht nur bei meinen Kollegen die Norm. Man wohnt billig in der DDR.

Keine Entscheidung ohne Gewerkschaft

Regina Arndt (19) gehört seit einem Jahr zur Brigade. Sie ist verheiratet, daher steht ihr ein monatlicher bezahlter Haushaltstag zu. Doch gerade damit hat sie heute Schwierigkeiten.

„Ich war im März drei Tage krank. Ausgerechnet in der Zeit hätte ich meinen Haushaltstag gehabt. Jetzt komme ich wieder, da heißt es: der Tag ist verfallen.“ Regina ist damit überhaupt nicht einverstanden. Sie ruft den Springer an ihren Takt, der löst sie kurz ab. Und jetzt erlebe ich, welche Rolle die Gewerkschaft im Betrieb spielt. Regina wendet sich — wie sie sagt — an den „BGL-er“. Sie erklärt mir: „Wir haben in jeder Brigade

einen gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensmann. Außerdem in unserem Bereich (zu dem mehrere Brigaden gehören) eine AGL (Abteilungsgewerkschaftsleitung). Das sind die gewerkschaftlichen Einrichtungen im Betrieb, die von uns Gewerkschaftsmitgliedern gewählt werden.“ Regina erscheint mit ihrem BGL-er beim Brigadeführer. Wenige Minuten und sie kehrt triumphierend ans Band zurück. „Meinen Haushaltstag kriege ich!“ — Bei dieser Gelegenheit treffe ich den Kollegen Orgis.

Orgis ist stellvertretender Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung. Für seine gewerkschaftliche Tätigkeit ist er freigestellt. Von ihm höre ich einiges über die Rolle des FDGB im Betrieb.

„Es gibt keine Entscheidung über personelle Fragen oder die Arbeitsleistung im Betrieb ohne Zustimmung der Gewerkschaft. Wir schließen den Betriebskollektivvertrag mit der Werkleitung ab. In diesem Vertrag ist festgelegt, wie die Erfüllung unseres Produktionsplanes im einzelnen aussehen soll. Alle einzelnen Positionen und der Gesamtplan werden von den betroffenen Arbeitern diskutiert und beschlossen. Unter unserer Regie laufen auch alle sozialen Einrichtungen des Betriebes, von der Kinderkrippe bis zum Urlaubsscheck. Wir kontrollieren die Berufsausbildung. Sie können nehmen, was Sie wollen, Mitbestimmung ist bei uns in allen Bereichen längst Wirklichkeit geworden.“

Am Band erlebe ich immer wieder, daß die

Gewerkschaft als Interessenvertretung eine wesentliche Rolle spielt. Wer Schwierigkeiten hat, wendet sich an die Gewerkschaftsvertreter.

Samstagabend im „Stern“

Wer jung ist, geht Samstagabend in den „Stern“. Wenn die Band mit ihrem Einsatz beginnt, ist der Saal immer überfüllt. Als ich mit Jördis Löschner erscheine, befinden sich bereits 700 Jugendliche im Saal. Keine Chance mehr, auch nur den Bruchteil eines Quadratmeters in Anspruch zu nehmen. Resignierend ziehen wir uns zu den älteren Semestern ins „Stadt-Cafe“ zurück.

Das Mädchen mit dem seltenen Namen Jördis ist 1. Sekretärin der Zentralen FDJ—Leitung im Motorradwerk. 22 Jahre alt, selbstbewußt im Auftreten, stolz auf den Staat, in dem sie lebt. Ein sympathisches junges Mädchen, mit dem an meiner Stelle jeder andere gern ausgegangen wäre. Doch mit Ausgehen ist für Jördis nicht viel drin. Seit vier Jahren macht sie Abendstudium in Karl—Marx—Stadt. Noch ein Jahr und sie hat ihren Abschluß als Ingenieurin.

Diese Art von Freizeitbeschäftigung ist in der DDR absolut nicht ungewöhnlich. Die meisten jungen Menschen, die ich nach Freizeitbeschäftigung fragte, studieren oder qualifizieren sich in ihrem Beruf.

Jördis hält das für ganz normal: „Der Betrieb gibt uns doch alle Möglichkeiten. Natürlich ist es hart, nach Feierabend noch regelmäßig zu studieren. Aber wir haben überhaupt keinen finanziellen Aufwand. Der Betrieb zahlt alles, wir werden für das Studium auch von der Arbeit freigestellt, soweit das erforderlich ist. Selbstverständlich ohne Lohnausfall.“

Großzügig gibt sich der Betrieb nicht nur bei der Bildung. 10.000 Mark werden jährlich in einen Fonds für Jugendförderung im Betrieb gezahlt. Die große Antriebskraft für Qualifizierung und Studium liegt im sozialistischen System begründet. Es gibt keine Position im Betrieb oder darüber hinaus, die nicht auch für einen Arbeiter vom Band erreichbar ist. Die junge Führungsgarde bei MZ ist der beste Beweis. Fast alle haben im Betrieb gelernt, nebenbei studiert und leisten heute verantwortungsvolle Arbeit in der Werkleitung.

In „unserer“ Brigade „Wilhelm Pieck“

In diesen Tagen gibt es in unserer Brigade erhebliche Schwierigkeiten. Infolge Grippe sind mehrere Kollegen ausgefallen. Arbeitskräftemangel ist ohnehin eines der größten Probleme in der DDR. Jetzt hat jeder einzelne den Ehrgeiz, den Plan trotz allem zu schaffen. Der Plan, zu dessen Erfüllung sich die Brigade verpflichtet hat, steht im Mittelpunkt der Überlegungen.

Die Kollegin neben mir zieht mit einem Elektroschrauber den Lichtmaschinendeckel und die Verkleidung an. Durch meine ständige Neugier habe ich sie von ihrer Arbeit etwas abgelenkt. Auf dem Prüfstand klappert an einer Maschine der Lichtmaschinendeckel, sie hat vergessen ihn anzuschrauben. Als sie nach vorn läuft, um das nachzuholen, springt sofort eine Kollegin von der anderen Bandseite ein, macht ihre Arbeit nebenbei weiter. Anderen zu helfen, ist hier vollkommen selbstverständlich. Darüber spricht niemand. Die Leistungen der Jugendbrigade „Wilhelm Pieck“ können sich sehen lassen. Weil sich jeder dieser Gemeinschaft verpflichtet fühlt, wird auch unter ungünstigen Bedingungen der Plan erfüllt. Alle Mitglieder der Brigade beherrschen mindestens drei Arbeitstakte am Band. Jeder ist also vielseitig einsetzbar.

FDJ-Sekretärin Jördis Löschner (22): „Qualifizierung ist unser Hauptwort“



Jugendbrigade „Wilhelm Pieck“:
Alle vier Minuten eine MZ



Fortsetzung auf Seite 34

DAS GESICHT



Aus dem Munde des Chefs der Athener Junta, Georgios Papadopoulos, hörte man in den seit der Putschnacht vom 21. April 1967 vergangenen zwei Jahren wiederholt Sätze, in denen er die in Griechenland herrschenden Verhältnisse und die Absichten der Junta mit Begriffen aus dem medizinischen Bereich umschrieb. Erst Ende des vergangenen Jahres erklärte er: Der „Gipsverband des Belagerungszustandes und der Einschränkung der Grundrechte und politischen Freiheiten“ sei in Griechenland weiterhin notwendig. Eine „Modernisierung“ des Gesetzes über den Belagerungszustand hänge davon ab, ob „der Patient (ein Begriff, den Papadopoulos bereit kurz nach dem Staatsstreich zum ersten Mal als Synonym für Griechenland gebrauchte) wieder gehfähig werde“. Die „Decke des Gipsverbandes“ solle den „jeweils herrschenden Bedingungen“ angepaßt werden.

Möglicherweise erinnerte sich die Junta Anfang April dieses Jahres an diese Ankündigung, als ihr Chef bekanntgab, daß drei durch eben seine Junta aufgehobene Artikel der Verfassung wieder in Kraft gesetzt werden sollen. Auf alle Fälle aber offenbart sich dieses Versprechen auf „Liberalisierung“ als plumper Trick, mit dem die Junta ihr Prestige sowohl nach innen als auch dem Ausland gegenüber aufpolieren will. Den „schwarzen Obristen“ ist es nämlich bisher nicht einmal gelungen, ihre westlichen Verbündeten davon zu überzeugen, daß Griechenland seit der „nationalen Revolution“ vom 21. April 1967 „demokratisch“ regiert wird. Das politische Bild, das Griechenland in diesen Tagen bietet, ist nach wie vor von jenen barbarischen Auswüchsen einer faschistischen Militärdiktatur geprägt, die an die Greuel der Naziherrschaft erinnern.

Tausende im KZ

Mehrere tausend Patrioten schmachten noch heute in den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Junta. Berüchtigt

sind die Lager auf den Inseln im Ägäischen Meer. Aus den Lagern auf Jaros (Jura), Leros und Naxos drangen mehrmals verzweifelte Hilferufe der Häftlinge an die Weltöffentlichkeit. „Die 46 Punkte der geltenden Lagerordnung erinnern an die von Dachau“, heißt es in einem aus dem KZ Lakkion auf Leros hinausgeschmuggelten Brief. „Wir befinden uns hier inmitten von Latrinengräben, die offen und voll sind. Wir schlafen auf Feldbetten, die immer feucht sind“, schreiben die Patrioten.

Mit brutalen Foltermethoden versuchen die Asphalia (Sicherheitspolizei) und die Militärpolizei, jeglichen Widerstand gegen die Junta zu brechen bzw. im Keim zu ersticken. Am meisten wird in den Lagern und Gefängnissen die „Falanga“ angewandt: Nachdem der Häftling auf eine Bank gefesselt wurde, schlagen die Folterknechte – in der Regel sind es fünf bis sechs – mit Stöcken oder Rohren auf seine Fußsohlen. Zwischendurch wird er wieder losgebunden und muß unter einem Hagel von Hieben um die Bank laufen. Oft wird Waschpulver in Augen, Mund und Nase eingestreut. Komplettiert wird die „Falanga“ dadurch, daß der Kopf des Häftlings gegen die Bank, die Wände oder den Fußboden gestoßen wird. Wer nach all diesen Torturen immer noch ungebrochen ist, muß gewärtig sein, daß er an den Geschlechtsorganen oder mit Elektroschocks gefoltert wird. Ein Heer von 200000 Spitzeln, die seit der Putschnacht jeden auch nur potentiell Andersdenkenden verfolgen, liefert immer wieder Nachschub für die Folterkeller der „schwarzen Obristen“. Doch Koordinationsminister Makarezos versichert im Namen der Junta: „Wir schaffen den neuen Menschen!“ Wie dieser „neue Mensch“ aussehen soll, läßt sich aus den Sätzen des Chefsensors Brionis ablesen. Im November vergangenen Jahres publizierte er folgende Thesen: „Für die nationale Propaganda gelten drei Kriterien: 1. Sie führt ihren Kampf gegen die intellektuelle Minderwertigkeit der

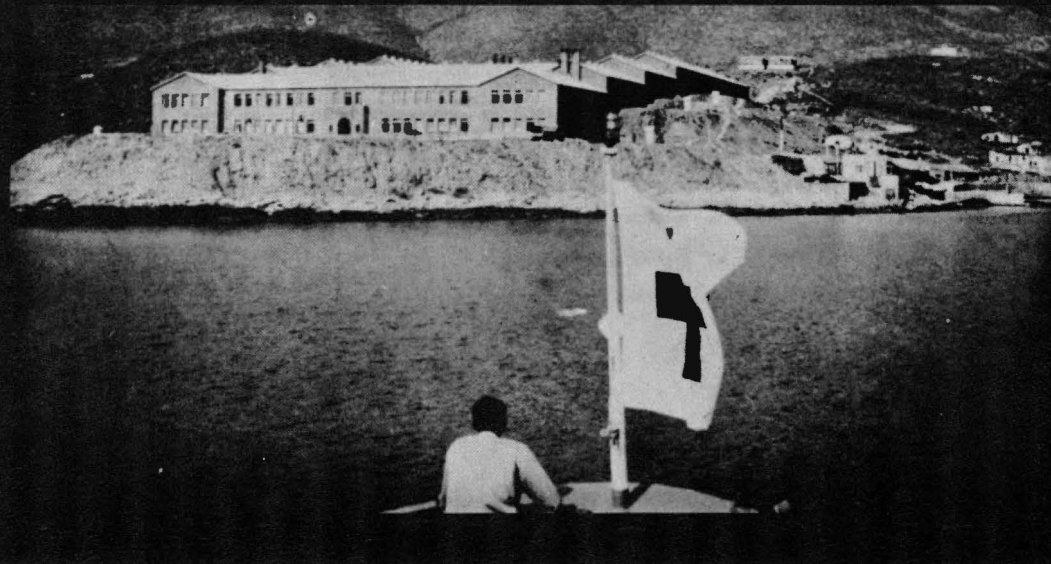
Masse durch das Ansprechen der Gefühle nicht der Logik; 2. sie bekämpft die halbherzigen Gefühle und 3. sie kämpft gegen die objektive Wahrheit und für die totale Anwendung der subjektiven Wahrheit.“ Ein maßgeschneidertes Kleid für jede Art Willkür, die im Sinne der Junta liegt! Eine in jeder Hinsicht total manipulierte und geknechtete Gesellschaft als Ideal der „nationalen Revolution“ vom 21. April 1967!

Genauso sieht denn auch die Praxis im Lande aus. Tausende aufrechte Menschen wurden ohne Gerichtsurteil eingesperrt. Die Militärtribunale tagen zeitweilig fast ohne Pause. Seit zwei Jahren wird das gesamte Leben in Griechenland im Belagerungszustand erstickt. Alle politischer Parteien und Organisationen, ja selbst ganz harmlose Vereinigungen sind aufgelöst. Das geistige Leben ist völlig verödet. Ioannis Ladas, ehemaliger Sicherheitschef, weiß sich völlig konform mit der Linie der Junta, wenn er in einer Rede an der Athener Universität das Verbot der Lehren von Galilei und Montesquieu fordert (und das mit der Begründung, daß die Griechen alles als erste entdeckt hätten!). In diesen zwei Jahren erschien in Griechenland kein nennenswertes Buch. Selbst Klassiker wie Aischylos und Aristophanes sind verboten!

„Mein Kampf“ auf Griechisch

Dafür jedoch beglückte der Junta-Chef und ehemalige Gestapoagent Papadopoulos, von dem nicht einmal das genaue Geburtsjahr bekannt ist, die etwa 9 Millionen Griechen mit einem eigenen Buch, das er in zwei Millionen Exemplaren drucken ließ. Es trägt in offensichtlicher Anlehnung an Hitlers „Mein Kampf“ den Titel „Mein Credo“. Dieses Buch, so wird im Vorwort betont, „muß zu einem Lesebuch für jung und alt werden“. Und was legt der Führer der „nationalen Revolution“ und der „neuen griechischen Gesellschaft“ den Griechen ans Herz? „Hütet

DER JUNTA



euch vor der Begierde“, so schreibt er, „materielle Güter zu erwerben. Das ist die Schwäche unseres Zeitalters, die Schwäche der Menschheit. Befreit euch vom Wurm des Egozentrismus“. Die geistigen und moralischen Ansprüche von Papadopoulos offenbaren auch die ideellen und ethischen Werte, für die die Junta ficht. Es ist ein Aufguss jener nazistischen Ideen, deren Umsetzung in die Praxis Millionen Menschen das Leben kostete. Dieses Buch sei „auf Verlangen ganz Griechenlands“ geschrieben worden, behauptet das Vorwort!

Gerade mit dem Schlagwort, daß die Junta ganz Griechenland vertrete, gehen die „schwarzen Obristen“ mit Vorliebe hausieren. Bereits knapp vier Wochen nach dem Nacht-und-Nebel-Putsch behauptete Innenminister Pattakos: „Das Volk hat die Revolution gemacht.“ Nach vorsichtigen Schätzungen wurden jedoch schon in den ersten Tagen der Junta-Herrschaft etwa 40 000 politische Gegner — von bürgerlichen Zentrumspolitikern über linksliberale patriotische Menschen bis zu Führern der seit 22 Jahren in der Illegalität kämpfenden KP Griechenlands — verhaftet, in die Gefängnisse gesperrt, in überfüllte Konzentrationslager gepfercht oder in öde Gegenden verbannt, wo sie durch unsagbare seelische Martern zugrunde gerichtet werden sollen. Und beim Referendum über die von der Junta aufgesetzte Verfassung am 29. September vergangenen Jahres stimmten etwa 25 Prozent aller wahlberechtigten Griechen entweder mit „Nein“, oder sie blieben der Abstimmung fern. Auch das Begräbnis des ehemaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou im November 1968 gestaltete sich durch die Teilnahme von etwa 300000 Athenern zu einer beeindruckenden Manifestation des Volkes gegen die brutale Willkürherrschaft der faschistischen Obristen.

Was ist es, so fragt man sich angesichts all dieser Tatsachen, das die Offiziersverschwörer immer noch an der Macht hält?

Es gibt außer ebenso verschwommenen wie schwülstigen Thesen in beträchtlicher Zahl keinerlei Programm, das auch nur den leisesten Hauch einer ideologischen Plattform für die regierende Junta aufweist (bis heute vermochten die Obristen nicht, sich parteilich zu konstituieren). Um so weniger vermögen die Junta-Ideen, breite Schichten des Volkes für die Ziele der „nationalen Revolution“ zu gewinnen. Was sie an der Macht hält, ist die Unterstützung durch die NATO-Partner, in deren Interesse der „Prometheus“-Plan in der Nacht des 21. April 1967 in Szene gesetzt wurde. Sehr bald nach dem Putsch offenbarte sich, daß die anfänglich beispielsweise von den USA geheuchelte Unterstützung über die Herrschaftsmethoden der Junta nur ein Trick war, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Dean Rusk bestätigte das selbst. Als er noch Außenminister war, erklärte er im US-Senatsauschuß für Auswärtige Angelegenheiten: „Die Vereinigten Staaten werden Griechenland unter keinen Umständen verlassen. Wir haben in diesem Land große wirtschaftliche und militärische Interessen. Griechenland ist ein wichtiger strategischer Stützpunkt, und wir wollen es auf dem Niveau sehen, auf dem es fähig sein wird, seinen Verpflichtungen als NATO-Mitglied nachzukommen.“

Das Mittelmeer umspült die Küsten von 17 Staaten mit insgesamt etwa 260 Millionen Einwohnern. Wer dieses Meer beherrscht, besitzt nach imperialistischer Denkart den Schlüssel zum Nahen Osten, zu Europa und Afrika. Zudem ist es eine Quelle wirtschaftlicher Macht. Mindestens 1500 Handelsschiffe kreuzen Tag für Tag auf dem Mittelmeer, und durchschnittlich weitere tausend ankern in seinen Häfen. Damit ist die für eine imperialistische Macht- und Eroberungspolitik überragende strategische Bedeutung dieses Gewässers offensichtlich. Der Putsch vom 21. April 1967 hatte kein anderes Ziel, als zu verhindern, daß Griechenland nach den für Ende Mai des gleichen Jahres angesetzten

Wahlen, bei denen — wie die Entwicklung zeigte — die linken Kräfte gesiegt hätten, als wichtigster Partner an der Südostflanke des Nordatlantikkpakt ausfallen könnte.

So haben denn die USA ihre Unterstützung für die Junta faktisch niemals eingestellt und im Februar dieses Jahres mit der Lieferung von fünf Düsenjägern des Typs F-104 Starfighter auch ihre Militärhilfe (sie beträgt jährlich 70 bis 80 Millionen Dollar) wieder aufgenommen.

Auch Bonn hilft den Faschisten

Auch die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland verhehlen nicht ihre Sympathie für die „schwarzen Obristen“ und greifen ihnen tatkräftig unter die Arme. 20 Prozent des gesamten Außenhandels wickelt Griechenland mit der Bundesrepublik ab. Neben Waffenlieferungen in Höhe von 200 Millionen DM stellte Bonn der Junta noch einen Regierungskredit von ebenfalls 200 Millionen DM zur Verfügung. Verschiedene bundesdeutsche Konzerne investierten bisher insgesamt über 120 Millionen DM in Griechenland.

Die Junta zeigt sich erkenntlich. Die junatetreue Zeitung „Estia“ schrieb unlängst, die USA besitzen in Gestalt der Junta „den vom Standpunkt der antikommunistischen Moral und Ideologie einzig kampffähigen Verbündeten im Mittelmeergebiet“. Ein Bekenntnis, das in einem Bericht des USA-Ausschusses für Angelegenheiten der Streitkräfte mit der Bemerkung bekräftigt wurde, Griechenland sei eines der wenigen Mittelmeerländer, „in denen die 6. Flotte gastfreundlich aufgenommen wird“.

So wäscht eine Hand die andere, und im Interesse der imperialistischen Globalstrategie errichtete eine Handvoll Offiziere mit Billigung der führenden NATO-Kreise im Geburtsland der Demokratie eine Diktatur, die an finsterste Zeiten der Menschheitsgeschichte erinnert.

„Für Ehre, Freiheit, Deutschtum“:

WIE MAN FREIKORPSFÜHRER WIRD

Peter Maiwald



Nationalsozialistischer Deutscher
NACHRICHTENDIENST

Bund Deutscher National-Sozialisten-BDNS - 2000 Hamburg - Postfach 7

2. Ausgabe

15. NR

Nationalsozialisten in Deutschland

Zu einer Zeit, als die junge nationalsozialistische Generation noch mut, opferbereitschaft, Ehre und Vaterland träumte, sprachen die ser und volker-indischen Kräfte von einer nationalsozialistischen Gefahr, den potentiellen Mördern von morgen. Ungeachtet der 1 schswieten mitten in Deutschland stehen, malte man ei gar nicht existierte. Aber damit nicht genug. Komman Westdeutschland ansetzen, unterstützt durch SPD und gibt Auskunft, wie man von einer als verfassungswi zu einer legalen ansteigen kann. Gans einfach: De lionen Andersdenkender getränkte kommunistische Mär lösen demokratischen Phrasen geschmückt und schon eitlich demokratischen Grundordnung gebogt und ge keine Rolle. Schließlich sind ja Charakterlamp Menschen. Für ein solches Verhalten könnte man elten Gesellschaftsordnungen noch Verständnis besitzen die unverrechtete Freiheit, uns Hat nd Nachkriegszeit schwer geprüften, zu beschi aber der Augenblick gekommen, in dem unsere nicht länger gefallen. Sohnß jetat mit de uheres Volkes, mit dem Terror auf der Str von politischen Versammlungen, mit der Ber er und dem Meinangeterror in der Presse. aufgenungen wird: Der Feind steht rechts

NATIONAL-SOZIALISTEN ruft alle Deutschen uch für die Zukunft etwas bedeuten, at chen der Wahrheit, Freiheit und des L ch nicht durch die systematische Ve Stet ist, wessen Wille noch nicht d d durch feige Gewöhnung gelähmt is lem dem Anruf des Schicksals Folg ur National-Sozialisten

sungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten“) aufge löst. Nicht zur Verbotsbegründung herange zogen wurde Artikel 139, der die zur „Be freiung des deutschen Volkes vom National- sozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften zu geltendem Recht er klärt. Bonn will diesen Artikel des Grundge setzes nicht zur Kenntnis nehmen, geschwei denn anwenden, weil er uns alle Neo- Nazi-Organisationen und -Parteien vom Hals schaffen könnte. Weil dies Nachfolgeorga nisationen der Naziverbände sind. Die Be hörden begünstigen somit das Anwachsen des Neonazismus und die Schaffung neuer Nationalsozialisten. Im „Bund Deutscher beiter umgesehen.

Anfang Mai hat sich Bonn dazu aufgegriff, eine der vielen neofaschistischen Gruppen zu verbieten. Was der größeren NPD mit Hilfe der großen Koalition erspart bleiben soll, traf den kleineren „Bund Deutscher Nationalsozialisten“. Er wurde auf Grund von Artikel 9 des Grundgesetzes (Verbot von Vereinigungen, die sich „gegen die verfas-

Die Anzeige

„Antikominternbund sucht Freunde“ lautet die chiffrierte Anzeige in der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG vom 15. November 1968. Ich melde mich. Zehn Tage später, am 26.11., erhalte ich Antwort. (Gestempelte Absenderangabe auf dem Briefumschlag: BUND DEUTSCHER NATIONAL-SOZIALISTEN (BDNS), Hamburg, Postfach 730 349). Der „Nachrichtendienst“ des Antikominternbundes teilt mir mit: „Die Zeit des Waffenstillstandes ist vorbei; die Roten setzen erneut zum Angriff an. Die KP ist aus dem Untergrund aufgetaucht, um gemeinsam mit den Einpeitschern des SDS Furcht und Schrecken unter die Bevölkerung zu tragen. Die Ereignisse in den letzten Monaten zwingen uns, den Schutz unserer Frauen und Kinder selbst in die Hand zu nehmen. Die Verantwortlichen in der Besatzungsregierung haben kläglich versagt. Unsere Söhne können nicht mehr zu politischen Versammlungen gehen, ohne damit rechnen zu müssen, an Leib und Leben bedroht zu werden. Den Roten ge-

hört wieder die Straße. Wir haben uns deshalb schweren Herzens entschlossen, mit dem Aufbau eines Freikorps Großdeutschland zu beginnen. Hierfür suchen wir noch Freiwillige. In der Weimarer Zeit hat sich das Freikorps Großdeutschland hervorragend bewährt und auch ihm, neben der nationalsozialistischen Bewegung haben wir es zu danken, daß die Roten Deutschland nicht in Blut und Tränen erstickten. Wieder ist es soweit, daß die Not uns zu den Waffen ruft. Wenn Sie unser Volk achten und lieben, so arbeiten Sie gemeinsam mit uns für die Erhaltung unseres Volkes.“ Auf meine „Antwort wartend“ grüßt mich „mit deutschem Gruß“ ein gewisser Wolf-Dieter Eckart.

Der „Führer“

Der 29-jährige Hamburger Hochfrequenz-Ingenieur Wolf-Dieter Eckart („Wir identifizieren uns mit der Ideologie Hitlers“) ist der Gründer des BDNS. Wie Dutschke-Attentäter Bachmann ist Eckart neben vielen anderen nur Opfer eines Sy-

stems, in dem unter dem Deckmantel des Antikommunismus ein penetrant faschistoides Klima gefördert wird. Aus den (immer noch) legalen Brutstätten des Neofaschismus wie dem „Bund Heimattreuer Jugend“ (1000 Mitglieder) kommend, begann sich Eckart schon mit 17 Jahren für den Nationalsozialismus zu interessieren. Einschlägige Illustrierte, das Deutsche Fernsehen und Kurse der Volkshochschule brachten ihm, wie er es einem Reportage-angab, das Dritte Reich näher. Der Buchdienst der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG lieferte ihm letztlich das Schulungsmaterial: „Die Reden des Führers von 1932 bis 1945“. Ein Studium von Hitlers „Mein Kampf“ tat ein übriges. Ende 1968 machte sich dann das CDU-Mitglied Eckart „selbständig“, sammelte zehn Gesinnungsfreunde um sich, („Das Durchschnittsalter unserer Freunde liegt bei etwa 30 Jahren“), kannte nur noch ein Ziel („Kampf dem Kommunismus“) und rief den BDNS ins Leben, den er wie folgt definiert: „Der Bund Deutscher National-Sozialisten (BDNS) ist erst im Aufbau begriffen und konnte durch die

Änderung der Strafgesetze in diesem Jahr seine Tätigkeit aufnehmen. Er ist keine politische Partei und keine Organisation. Deshalb gibt es keine Mitgliedschaften, außerdem werden keine Beiträge und Spenden erhoben.“

Die Aufgaben eines National-Sozialisten

Am 26. November schreibe ich Herrn Eckart, daß ich bereit bin, „Pionierarbeit zu leisten“, frage nach dem Verhältnis von BDNS und NPD und danach, „was ich aktiv tun kann.“ Postwendend wird mir am 13.12.1968 die „Leitung des Antikominternbundes für den Raum München übertragen“. Von einer Mitgliedschaft in der NPD wird mir jedoch abgeraten: „Eine Mitgliedschaft unsererseits in der NPD ist nicht zu empfehlen. Sie ist zwar eine Partei, die unseren Vorstellungen entspricht, aber gegen uns ist. Die NPD ist zu sehr äußeren Einflüssen unterworfen, weil sie eine Organisation ist und mit Verbot rechnen muß. Außerdem muß sie auf ihre Abgeordnetenmandate Rücksicht nehmen. Solche Hindernisse kennen wir nicht.“ Ich erhalte ein 7-Punkte-Programm, das sich wie folgt darstellt: „1. Aufnahme von freundschaftlichen Verbindungen zu nationalen Gruppen im Raum München, zwecks Zusammenarbeit unter der Bezeichnung Antikominternbund-München. – 2. Aufstellung von Argumenten zur Abwehr des Kommunismus. – 3. Besuch von KP-Versammlungen und Aufklärung der Anwesenden über die wahren Absichten der KP. Erstellung von Erfahrungsberichten. – 4. Kontaktaufnahme mit Gleichgesinnten. – 5. Entwurf eines zeitlosen Flugblattes. – 6. Schriftverkehr mit Interessenten am Antikominternbund. – 7. Aufzeigen des geschichtlichen Werdegangs der kommunistischen Internationale.“ Gemäß Eckarts Wahlspruch „Wir müssen Kräfte gewinnen“ legt der BDNS seinen Schwerpunkt auf die „Jugendarbeit“. Es gilt, so Eckart, die jungen Nationalsozialisten mit „Rechtsschutz“ und „Aufklärung über die gesetzlichen Bestimmungen“ zu betreuen.

Vorsichtsmaßnahmen

Ab 1. März 1969 gibt Eckart einen „Nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtendienst“ (Auflage 80 – 100 Exemplare) heraus, von dem bis jetzt 3 Ausgaben erschienen sind. Er enthält neben faschistoiden Gedichten und Sprüchen, Hitlerreden, auch in mangelhafter Sprachkenntnis gefertigte „Informations“, meistens Grußbotschaften an die Naziparteien in Europa und Amerika. Eckarts „Nachrichtendienst“ führt im Kopf zwei rote Felder mit weißem rundem Feld: Das Hakenkreuz fehlt. Eckart erklärt das seinen „Kameraden“ so: „Auch für den BDNS gilt das Hakenkreuz als Symbol der Bewegung. Gemäß § 86a StGB ist es uns unter-

sagt, dieses öffentlich zu verwenden. Wir bitten hierfür um Verständnis.“ Des weiteren erfahre ich, was man als guter Nationalsozialist vorläufig noch nicht in der Öffentlichkeit verwenden sollte: „Parteiabzeichen der NSDAP, das Braunhemd der SA“ sowie altbekannte Parolen („Heil Hitler“). Und persönlich teilt mir Eckart noch vertraulich mit: „Sie brauchen keine Angst oder Sorgen zu haben, etwas niederzuschreiben. Sind Sie der Meinung, daß eine schriftliche Äußerung Sie mit den Strafgesetzen in Konflikt bringen könnte, so versehen Sie den Text mit folgender Erklärung: Bei dieser Studie handelt es sich um ein Gedankenexperiment. Sie dient nur zur Information.“ Den Tarnnamen „Antikominternbund“ (von Eckart auch Antikominternbund geschrieben) benötigt Nazi-Eckart, wie er meint, seit der Gründung der DKP nicht mehr. „Ich kann jetzt alles frei sagen.“

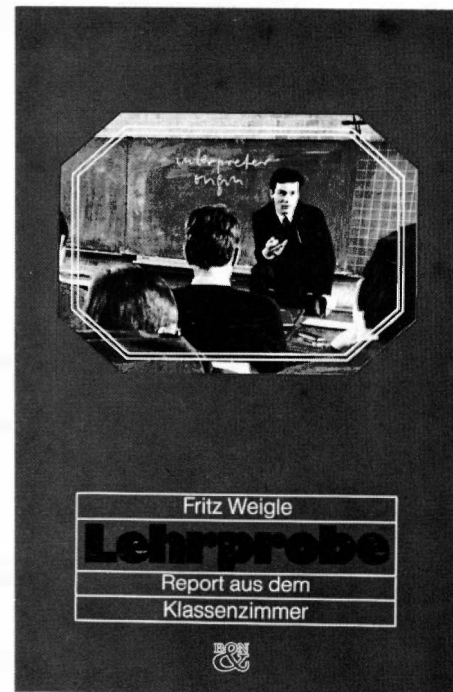
Die Kameraden

Während meiner dreimonatigen „Tätigkeit“ als Neonazi erfahre ich, daß der Kamerad Scheufele „zur Zeit an einem Projekt, das unter der Bezeichnung „Allgemeine Flugobjekte Gesellschaft“ (AFOG) läuft, arbeitet. Die Finanzierung erfolge „durch die Mitarbeiter und Freunde“. Und Kamerad P. aus Unterobland schreibt mir: „Ihr Wollen ist lobenswert... Die kommende nationale Bewegung wird aller Männer und Frauen bedürfen, um die ihrer harrenden Aufgaben meistern zu können. Mögen alle heute bestehenden nationalen, völkischen und vaterländischen und rechten Gruppen dereinst den Weg finden zu diesem großen Strom und aufgehen in ihm – um unseres Volkes willen.“ Aus Pforzheim schreibt mir ein D. von S., der es gar nicht erwarten kann, mit mir den „Kampf gegen den Kommunismus“ zu führen, da er besonders „auf diese Dinge spezialisiert sei“. Der BDNS hat nur wenige Mitglieder. In Hamburg dürften es um Eckart etwa 10 sein. Zur Gründungsversammlung und „Eintragung ins Vereinsregister“ am 1. – 4. Mai in Hamburg hatte Eckart etwa 100 in der BRD versprengt lebende Nationalsozialisten eingeladen. Sein Reservoir in diesem Land dürfte weit größer sein.

Wehret den Anfängen

Bei Bekanntwerden der Existenz des BDNS haben die Verantwortlichen und die bürgerliche Presse Eckart zunächst in die „Spinner-und-Irren-Ecke“ verwiesen. Linksradikal ist staatsgefährdend, rechtsradikal nur harmlos wirrköpfig. Diese Argumentation kennt man schon. „Es handelt sich um einen Einmannbetrieb“, sagte der Hamburger Senat. Im Jahre 1919 wurde ein unbekannter Reichswehragent Mitglied Nr. 7 bei der „Deutschen Arbeiterpartei“. Ein Hitler war genug.

Unruhige Schule. Wer ist dafür verantwortlich zu machen? Gleichgültige Eltern? Autoritäre Lehrer? Aufmuckende Schüler?



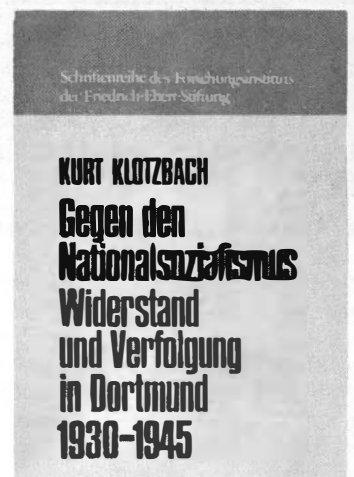
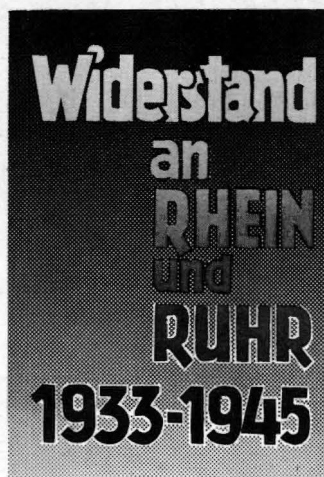
Lehrprobe

Report aus dem Klassenzimmer

Am 12. Oktober 1966 tritt Fritz Weigle in einem Frankfurter Gymnasium seinen Dienst als Studienreferendar an. Es beginnen für ihn 2 Jahre Schulalltag, über die er gewissenhaft Rechenschaft ablegt: konservative und fortschrittliche Lehrer, die Mühle der Schulbürokratie, die Reaktionen der Schüler und Eltern auf die Mängel im Erziehungssystem. Fritz Weigle beobachtet kühl und scheinbar unbeteiligt. Unter seinem kritischen Blick entsteht das Bild des Erziehungssystems, das gleichsam einen Staat im Staate bildet, eines Systems, das seinen eigenen oft unzeitgemäßen Gesetzen folgt und eine Mechanik entwickelt hat, die nicht mehr den einzelnen, den Schülern nützt, sondern autoritären und restaurativen Konventionen. Das Buch ist als Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über Schulsysteme und Bildungsreform zu sehen, als Dokument eines Pädagogen, der sich verantwortlich fühlt gegenüber seinen Schülern und der Gesellschaft.

Fritz Weigle: Lehrprobe
Report aus dem Klassenzimmer
Engl. Broschur, 168 Seiten, 10,- DM.

BÄRMEIER & NIKEL



Bernd Schönauer Dokumente des Widerstandes

„Widerstand an Rhein und Ruhr“. In diesem vom Landesverband NRW der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) veröffentlichten Buch gibt Karl Schabrod eine gute Übersicht über den antifaschistischen Widerstand im Rheinland und im Ruhrgebiet. Karl Schabrod selbst hatte am Widerstand aktiven Anteil und verbrachte mehr als elf Jahre in KZs und Zuchthäusern.

Es ist ihm der Nachweis gelungen, daß von den Kommunisten bis zur katholischen Jugendbewegung Antifaschisten ihren Kampf gegen das Hitlerregime führten. 97 registrierte Todesurteile und Freiheitsstrafen in einer Höhe von insgesamt 17951 Jahren wurden verhängt. Diese Zahlen vermitteln einen Eindruck vom Umfang der Widerstandsbewegung.

Das Buch „Widerstand an Rhein und Ruhr“ ist durch den Landesvorstand der VVN zu beziehen. Düsseldorf, Kirchfeldstraße 149, Preis: 10 DM.

„Stuttgart geheim“. Die Arbeit des Verfassers Willi Bohn kann als gelungen bezeichnet werden. Gegenüber allgemeinen Darstellungen des Widerstandes hat es den Vorzug, den Widerstand nicht nur in Berlin zu suchen, sondern auf regionaler Ebene, hier im Stuttgarter Raum. Die Darstellung beginnt mit dem 30. Januar 1933, als nach dem Bekanntwerden der Einsetzung einer „Regierung Hitler“ in Stuttgart von KPD und SPD gemeinsame antifaschistische Demonstrationen durchgeführt wurden. Anschaulich schildert Bohn, wie sich die Formen des Widerstandes den Bedingungen anpassen mußten.

Am 15. Februar beginnt Hitler seinen Wahlkampf mit einer Großkundgebung in Stuttgart. Mitten im Satz bricht Hitlers Rede ab. Antifaschisten unter der Leitung des kommunistischen Funktionärs Kurt Hager schlugen mit einer Axt das Übertragungskabel durch. Die Rede Hitlers konnte im Rundfunk nicht übertragen werden.

Interessant ist auch die Schilderung des Aufbau eines Transportnetzes zur Einschleusung antifaschistischer Schriften, bei dem Gewerkschaftsführer und SPD-Mitglied Karl Molt entscheidenden Anteil hatte. Das Buch ist mit einer Fülle von Dokumenten ausgestattet. Angefangen von antifaschistischen Flugschriften (zum Teil mit harmlosen Umschlägen getarnt) bis zu Geheimberichten der württembergischen Gestapo über die politische Stimmung und Fragebogen der NSDAP zur Anleitung für die Bespitzelung von Sportvereinen. Mit diesem Buch wurde ein wertvoller Beitrag für die Geschichte des Widerstandes geliefert.

„Stuttgart geheim!“ Röderberg-Verlag Frankfurt/Main, Bibliothek des Widerstandes, 288 Seiten, Paperback, 9,80 DM.

„Weiße Rose contra Hakenkreuz“ von Karl-Heinz Jahnke ist ein Versuch, mit Mythen und Fehleinschätzungen über den Widerstand der Münchner Studenten aufzuräumen. Der Widerstand der Studenten begann mit der selbstkritischen Auseinandersetzung mit Ideologie und verlogener deutscher Tradition, die im 3. Reich „geboten“ wurden. Auch die Geschwister Scholl waren nicht unbeeinflusst von der faschistischen Ideologie

geblieben. Nach kurzem „Dienst an der Ostfront“ trat im Bewußtsein von Alexander Schmoreil und Hans Scholl eine starke Veränderung ein. Sie hatten gesehen, daß der Antikommunismus, den sie gepredigt bekamen, mit der Realität in der UdSSR nicht das geringste zu tun hatte. Zurückgekehrt, organisierten sie an der Münchener Universität eine Widerstandsgruppe, die „Weiße Rose“.

„Glaubt nicht der Nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat,“ heißt es in einem von Hans Scholl verfaßten Flugblatt. Jahnke setzt mit diesem Buch jener Geschichtsschreibung ein Dokument entgegen, die als einzigen Widerstand den des 20. Juli 1944 gelten läßt. Das Ziel eines General Beck unter den Männern des 20. Juli war aber wiederum ein antikommunistischer Separatfrieden mit den Westmächten gegen die Sowjetunion.

„Weiße Rose contra Hakenkreuz“, Röderberg-Verlag, Frankfurt, Paperback, 96 S., DM 9,—

„Gegen den Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung in Dortmund“. Aus dem Material, das Kurt Klotzbach im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung über den Widerstand in Dortmund 1930—45 zusammengetragen hat, hätte man sicher ein Buch mit objektiver Berichterstattung erstellen können. Statt dessen rechnet Klotzbach mit dem Kommunisten ab. Der Vorwurf einer Aktionseinheit der Kommunisten mit den Faschisten steht im Raum und wird nicht begründet, wozu allerdings auch die Fakten gefehlt hätten. Analysiert wird nicht, warum sich

die SPD-Führung gegen ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterparteien gegen die NSDAP gewehrt hat. Das Buch hinterläßt trotz der Fleißarbeit im Zusammentragen von Fakten und trotz des nicht bestreitbaren dokumentarischen Gehalts einen bitteren Nachgeschmack, zumal das Niveau der Auseinandersetzung mit steigender Seitenzahl sinkt. Der aktive Kampf der Kommunisten wird als Verheizen auf Befehl der KPD-Führung dargestellt. Den späten und schwächeren Widerstand der SPD erklärt der Autor mit der Taktik, so wenig Menschen wie möglich zu opfern. Der Widerstand gegen ein faschistisches Regime erfordert aber von den Menschen, die die Unmenschlichkeit und Brutalität des Regimes erkannt haben, jeden Einsatz, auch den Einsatz des Lebens. Anstatt die Lehren aus Fehlern von KPD und SPD zu ziehen und einen Weg des gemeinsamen Kampfes gegen den Neofaschismus von heute aufzuzeigen, übt sich Klotzbach im Antikommunismus.

„Gegen den Nationalsozialismus“, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, Preis 25 DM.

Im Juni bzw. Oktober dieses Jahres erscheinen die beiden Bände der „Streiflichter“ aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945“ von Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer. Das Werk wird bisher unbekannte Forschungsberichte, Dokumente und Fakten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

„Streiflichter“, Röderberg-Verlag Frankfurt am Main Bibliothek des Widerstandes, 620 bzw. 300 Seiten, ca. 27,— DM bzw. ca. 14,— DM.

blätter

Bundeskonzferenz:

Falken am 7. Juni dabei

Nur Ansätze zu Selbstverständnis und Aktion

Von Ulrich Sander

Die Falken sind am 7. Juni beim Sternmarsch auf Bonn gegen die veraltete und autoritäre Lenringsausbildung dabei. Dies beschloß die 12. ordentliche Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken — Mitte Mai in Dortmund. Sie ließ damit die Bitte Willy Brandts unbeachtet, der vor den Delegierten erklärte, man solle „jetzt unter Dach und Fach bringen, was entscheidungsreif ist, auch wenn es unvollkommen und deswegen unbefriedigend bleibt“.

Das höchste Organ des Verbandes wünscht keine Fortsetzung der Großen Koalition: „Eine neuerliche Regierungsbildung mit einer Partei, die grundlegende Veränderungen unserer Gesellschaft verneint, ist abzulehnen.“ Die Delegierten forderten die „Anerkennung der DDR als zweiter Staat deutscher Nation“, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Erklärung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Beginn an. Sie wünschen die unverzügliche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, Vorschläge Bonns für die kontrollierte Abrüstung, Gewaltverzichtserklärungen und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems.

Die Falken wollen ein „fortschrittliches, demokratisches und soziales Bildungswesen“, zu dem sie die integrierende Gesamtschule in der Form der Ganztagschule zählen. Sie sind solidarisch mit den streikenden Studenten der Ingenieur- und höheren Fachschulen. Gefordert wird der gesetzlich garantierte Bildungsurlaub, der auch für Veranstaltungen in Einrichtungen der freien Jugendhilfe gewährt werden soll. Noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages soll eine Herabsetzung des Wahlalters erfolgen; auch „eine Herabsetzung des Volljährigkeitsalters ist anzustreben“.

Der Verband will von der Bildungsarbeit anderer Jugendverbände lernen und prüfen, ob diese Bildungsarbeit für die Falken brauchbar ist. Bei positivem Ergebnis soll ein Rahmenprogramm beschlossen werden.

Eine Arbeitskonferenz zur Bildungs- und Schulungsarbeit des Verbandes ist noch für 1969 geplant.

Soweit die Beschlüsse dieser Bundeskonferenz. Die Problematik der Konferenz lag woanders.

„Dieser Verband muß mit dem Widerspruch leben“, meinte ein Redner. Er meinte den Widerspruch in zwei angenommenen Anträgen, die Westberlin einmal als Bestandteil der BRD und ein andermal nur als dem Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes zugeordnet verstehen wollen. Der Widerspruch lebt in diesem Verband, nicht nur in den beiden Beschlüssen.

Die Bundeskonferenz hatte sich das Motto gewählt: „Vom Selbstverständnis zum Handeln — Für Demokratisierung und Mitbestimmung“. Man arbeitete ein wenig am Selbstverständnis — zum Handeln kam man nicht. Auch das Selbstverständnis — so beschlossen die 150 Delegierten — soll erst in einer Grundsatzdebatte zum Thema „Möglichkeiten zur Entwicklung sozialistischen Bewußtseins in der Jugend“ erarbeitet werden. Zur Mitbestimmung in der Wirtschaft konnte die Konferenz ebenfalls nichts endgültiges sagen. Nun muß sich der Bundesausschuß, das höchste Gremium zwischen den Bundeskonferenzen, dieser Aufgabe widmen.

Nicht nur die Mitbestimmung, sondern auch über die Hälfte der politischen Anträge — mit Themen wie Sozialpolitik, Pressekonzentration, Dritte Welt, Verjährung, Griechenland, NATO — werden die nächste Sitzung des Bundesausschusses beschäftigen. Zur Unruhe der Jugend, zum Verhältnis der Falken gegenüber den Gruppen der APO, zum Ordnungsrecht an den Universitäten und zur Hochschulreform — keine Aussage der Konferenz, sondern Überweisung an den Bundesausschuß: Nur zur Frage der Gewalt gegen Sachen und Personen legte sich eine Mehrheit fest; die Gewalt sei abzulehnen, allenfalls „legitim, wo sie als letztes Mittel der Notwehr für die Gesellschaft und den einzelnen unvermeidbar ist.“

Obgleich vier Tage für die Konferenz zur Verfügung standen — ein Zeitraum, der Vertreter jeder anderen Arbeiterjugendorganisation vor Neid erblassen läßt —, konnten nur wenige der Anträge behandelt werden. Lebhaftige Geschäftsordnungsdebatten, unverbindliches Wahlkampfgerede Willy Brandts, stundenlange Wiederholung bereits vorgetragener Argumente hemmten den Fortgang der Konferenz.

Wo liegt der Widerspruch dieses Verbandes? Da wird einerseits ein Unbehagen an einer SPD-Führung artikuliert, die sich als Retter der CDU/CSU und der Konzernprofite erwies, auf Notstandskurs gegangen ist, die DDR nicht anerkennen will, gewerkschaftliche Vorstellungen zur Mitbestimmung verwirft und zugleich den Millionär Rosenthal als neuen Genossen präsentiert. Aber andererseits wird von der Konferenzmehrheit nicht nur die SPD als „Führungskraft“ der sozialistischen Bewegung bestätigt, sondern auch die Rolle des Verbandes als „Partner“ der SPD beschlußmäßig festgestellt. Dieser Partner SPD hat es seinerseits aber nicht einmal für nötig befunden, die SJd an Vorbereitung und Durchführung des SPD-Jugendkongresses zu beteiligen. Obgleich Falken im jugendpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes vertreten sind, ist ihr Einfluß dennoch so gering, daß der wiedergewählte Falken-Vorsitzende Klaus Hiegel vor der Konferenz die Forderung aufstellen mußte, die gesetzliche Regelung der Berufsausbildung lieber noch zu vertagen, als daß man dem vorliegenden — unter Federführung von SPD-Abgeordneten entstandenen! — Entwurf zustimmt. Richtig Partner dürfen die Falken nur sein, wenn sie Willy Brandts angeblich neue Ostpolitik bei ihren internationalen Kontakten propagieren. Recht hochstaplerisch berichtete der SJd-Pressedienst während der Konferenz, daß polnische Jugendfunktionäre bei internationalen Begegnungen eine „neue Ostpolitik Bonns erkannt hätten. Die anwesenden Jugendfunktionäre aus Polen verwahrten sich während der Konferenz gegen diese Darstellung, so daß der Pressedienst berichtigt werden mußte: „... daß die Auffassungen unseres Verbandes und der polnischen Jugendorganisationen über die Ostpolitik der Bundesregierung nicht voll übereinstimmen“.

„In zehn Jahren wird man nur noch von denjenigen Jugendverbänden sprechen, denen es gelungen sein wird, aktiv an den Aufgaben des jungen Menschen im politischen und gesellschaftlichen Raum mitzuarbeiten.“ (Bericht zur 12. Bundeskonferenz) Wird es dem Verband gelingen? Wie dem Bericht zu entnehmen ist, besteht die Ge-

fahr, daß die politisierte Sozialistische-Jugend-Ring-Arbeit (der Älteren) zum Anhängsel eines Kinderverbandes wird. Kritische Delegierte bemängelten, der Bundesvorstand habe zur Studentenbewegung und zur Lehrlingsausbeutung nie inhaltlich Stellung bezogen. Er habe in Resolutionen hin und wieder verbale Radikalität an den Tag gelegt, aber die Mitglieder zu keiner entsprechenden Aktion aufgerufen.

Die Dortmunder Konferenz hat keine Antwort auf diese brennenden Fragen gegeben. Obgleich diese Konferenz — die Diskussionsreden und die Anträge zeigten es — bereit gewesen wären, eine sozialdemokratische Alternativpolitik à la SPD Hessen-Süd, zu beschließen, konnten die Flügel des Verbandes nicht zueinanderkommen. Die einen meinten, sich zu „diesem Staat“ und „diesem Grundgesetz“ bekennen zu müssen, obgleich da ein Unterschied besteht zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit und obgleich dieser Staat sogar vom sogenannten Pluralismus längst Abschied genommen hat, um sich zum monopolkapitalistisch formierten Staat zu entwickeln. Die anderen wollten nicht sehen, daß das Ziel der demokratischen Umwandlung dieser Gesellschaft strategische Haupt-

aufgabe des Verbandes sein muß. Sie riefen nach Zerschlagung des Kapitalismus, nach Revolution und sofortigem Aufbau des Sozialismus, was die Genossen mit dem Hessen-Süd-Konzept erheblich irritieren mußte. Einige „Linke“ im Verband haben den gleichen Mangel an Diskussionsbereitschaft, an gemeinsamem Aktionswillen gezeigt wie die Rechten. Der trotzkistische Flügel der Linken, der sich erstmals offen zu erkennen gab und durch einige Delegierte aus Köln und Westberlin repräsentiert wurde, unternahm alles, um Vorstellungen zu propagieren, die niemand außer ihre Urheber selbst verstehen und unterstützen mochte. Als sie einen Beschluß durchsetzten, der eine Solidaritätsaktion für den peruanischen politischen Gefangenen Hugo Blanco vorsah, erwähnten sie nicht, daß Blanco Trotzkist sei, den zu unterstützen wegen des Verdachts individuellen Terrors nicht einmal Amnesty International sich entschließen kann. So kam es, daß die konkrete Aktion für den Gefangenen von einer durch rechte Leute emotional aufgeladene Mehrheit wieder abgesagt wurde.

Die Diskussion hatte ihre Stärke, wo Delegierte aus Hessen, Baden-Württemberg,

Westfalen-Ost und anderen Bezirken den Aufbau einer demokratischen Gegenmacht gegen das Monopolkapital und eine sozialistische Erziehung der Kinder, ausgehend vom Klassenstandpunkt und unter Parteilnahme für die Arbeiterklasse, forderten. Die Gedanken dieser Delegierten werden sicher auf den beiden geplanten Arbeitskonferenzen und auf der erweiterten Bundesausschußsitzung zur Beschlußfassung über die Anträge eine besondere Rolle spielen. Die Chance, die diese Konferenz zur Durchsetzung dieser Vorstellungen schon jetzt geboten hatte, ist jedoch vertan worden. Bei den künftigen Arbeitskonferenzen zur Festlegung der Verbandspolitik sollten auch die Angebote der Gewerkschaftsjugend und der Naturfreundejugend zur Zusammenarbeit und Absprache berücksichtigt werden. Die Bundessekretäre dieser Organisationen, Walter Haas und Werner Geprägs, sprachen sich unter starkem Beifall der Delegierten für diese Gemeinsamkeiten der Arbeiterjugend aus. Das Motto der Konferenz ist auch das Jahresthema des Verbandes: „Vom Selbstverständnis zum Handeln! — Für Demokratisierung und Mitbestimmung.“ Trotz vieler offener Fragen — eine Lösung, die hoffen läßt.

Jugendinformationen:

Info von rechts

Als er 1960 erstmals erschien, füllte er eine Marktlücke. Wenn er heute die Jugendfunktionäre erreicht, entlockt er nur noch ein Gähnen. Gemeint ist der JW-Jugendinformationsdienst, den Armin Neliba (38) seit zehn Jahren in Wiesbaden herausgibt.

Das Profil einer informativen, nicht gleichgeschalteten Publikation, die den Aktivitäten der Arbeiterjugend gebührenden Raum widmete und die die sich entwickelnde APO (Ostermärsche, Anti-Notstandsbewegung) ebenso objektiv darstellte wie sie den demokratischen Verbänden Back-ground-Material über die Tätigkeit der neuen Faschisten gab, dieses Profil ist dahin. Gewerkschaftsjugend und andere Arbeiterjugendverbände fristen heute

ein kümmerliches Dasein in den Rubriken des Informationsdienstes — gottlob nicht in der Realität. Die Nachrichtenpolitik des JW-Dienstes spiegelt die Biederkeit einer heißen Welt wider. Ein Grüngürtel der Bravheit soll die Politik der Regierung abschirmen. Neliba, der linke südhessische Jungsozialist, hat sich zum Wehner-Fan gemausert, der nur noch das Bundesland mit seinen linken Genossen gemein hat. (Aber warum nicht, für Schmitt-Vockenhäuser ist ja auch ein Platz dort.) Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die Kette der langweiligen Produkte des Verlages „Das Junge Wort“ ab und zu unterbrochen würde durch Dokumentationen, die man bisher aus dem Bundesinnenministerium zu erhalten gewohnt war. In übelerster Denunziantenmanier beschäftigt sich eine solche Dokumentation mit der SDAJ, „die von der jugendpolitischen Öffentlichkeit beinahe unbeachtet“ (!), gegründet worden sei. Neliba dichtet der SDAJ nicht nur die Kommunisten als Vater und Mutter, sondern auch das Thälmannsche ZK der

dreißiger Jahre und die westdeutsche FDJ als Ahnen an. „Zufrieden“ hätten die „Initiatoren der neuen Jugendorganisation“ den Verband kommentiert. Na ja... Nun hat sich der JW-Herausgeber etwas neues ausgedacht. Er versucht im Konzert mit Leuten wie Minister Schröder und Junge-Union-Boss Klepsch die Jugendverbände auf folgende Position festzulegen: Die frühere Regelung der Befreiung vom Waffendienst „konnte nicht mehr aufrechterhalten werden“. Wenn Schröder kürzlich dazu aufrief, das „Problem der Kriegsdienstverweigerung“ bzw. der „Umfunktionierung unserer Gesetzgebung“ zu bewältigen, so mochte der JW-Dienst nicht abseits stehen. In der Sonderdokumentation „Politische Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland — Eine Kampagne“ wird gegen die „mißbräuchliche“ Wehrdienstverweigerung zu Felde gezogen und unverblümt der größte Wunsch einiger Militaristen propagiert, die die Wehrdienstverweigerung mit einer verlängerten Dienstpflicht bestrafen möchten:

„Den sich auf ihr Gewissen berufenden Soldaten soll eine erhebliche Opferbereitschaft für diese Haltung abverlangt werden.“ Und kurz und bündig stellt Neliba fest: „Mit der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen haben die von kommunistischer Seite initiierten Aktionen nichts zu tun.“ Diese Leute verweigern nicht aus Gewissensgründen, sondern aus „gewissen Gründen“. Ein Abschnitt über die SDAJ ist überschrieben mit „Verweigerung ist gut — Zersetzen ist besser.“ Kommunisten haben kein Gewissen, wer es noch nicht wußte, kann diese „neue“ Erkenntnis bei Armin Neliba gewinnen. Ziemlich am Schluß dieser den jährlichen Verfassungsschutzbezirken über „Linkradikalismus“ nachempfundenen Dokumentation wird der Wehrbeauftragte Hoogen zitiert: „Die Bundeswehr darf bei dem häufigen Mißbrauch der grundrechtlich anerkannten Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht allein gelassen werden.“ Keine Angst! Der JW-Dienst steht ihr bei! Hans-Jörg Hennecke

Jetzt erschienen:

Weltkreisverlags GmbH,
46 Dortmund, Brüderweg 16

Beschlüsse der Arbeiterjugend

Wichtige Entschließungen der Bundesjugendkonferenzen der Gewerkschaftsjugend, der SDJ — Die Falken, der Jungsozialisten, der Christlichen jungen Arbeitnehmer CAJ, der Naturfreundejugend und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)
ca. 64 Seiten, kart., DM 2,—

Politik für die Jugend

Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Jugend beim Dortmunder Kongreß für ein Aktions- und Wahlbündnis. Erklärung zur Jugendpolitik
ca. 96 Seiten, kart., DM 2,—

Gesetzentwurf der Großen Koalition bringt keine Verbesserungen!

Kritik des vorliegenden Gesetzentwurfs für die Berufsausbildung

Von Dieter Keller, Mitglied des SDAJ-Bundesvorstandes

Von den Bundestagsparteien wurde ohne öffentliche Diskussion, im Geheimen der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes dem Bundestagsausschuß für Arbeit zugeleitet. Haben plötzlich die Konzernherren und ihre Parteien ein Herz für die Arbeiterjugend entdeckt? Nein!

Es sind mehrere Gründe, die den Entwurf veranlaßt haben:

- Die wissenschaftlich—technische Revolution stellt die bisherige Praxis der Berufsausbildung in Frage, weil sonst die Konzernherren ihren Profit nicht mehr aufrechterhalten können.
- Die vielen Proteste und Demonstrationen der Jugend gegen die unzeitgemäße, die Zukunft der Jugend aufs Spiel setzende Berufsausbildung.
- Die moderne Berufsausbildung der DDR, die der Arbeiterjugend bei uns nicht unbekannt geblieben ist.

Offensichtlich soll auch als Nahziel dem bildungshungrigen Bundesbürger jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder Konfession und jeder Bildungsstufe wieder einmal alles versprochen werden, um ihn zu einer Wahlentscheidung im Sinne der Bundestagsparteien zu manipulieren.

Das Hauptproblem für die Arbeiterjugend — ihre volle Mitbestimmung und Mitverantwortung in den Fragen der Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft — löst bis heute kein Gesetz der Bundesregierung und kein Entwurf der Bundestagsparteien.

Was wollen die Gewerkschaften und die Arbeiterjugendorganisationen und was beinhaltet der Gesetzentwurf der Bundesregierung?

1. Fragen der Mitbestimmung in allen Bildungs- und Berufsausbildungsfragen

Faktisch lehnt der Gesetzentwurf die Mitbestimmung der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend ab. Die reaktionäre Regelung und Überwachung der Berufsausbildung durch die Monopole über die Industrie— und Handelskammern und die durch sie stark beeinflussten Handwerks— und Landwirtschaftskammern wird beibehalten. Eine „Mitbestimmung“ wird nur vorgetauscht. Die im Gesetzentwurf angebotene „Mitbestimmung“ gibt den Gewerkschaften und der Arbeiterjugend weder personell noch sachlich irgendwelche Entscheidungsgewalt, da sie im Ausschuß nur mitberaten können und zahlenmäßig in der Minderheit sind. Demokratisch verbrämt, stärkt der Gesetzentwurf in Wirklichkeit die autoritäre Rolle des Staates der Großkonzerne.

2. Forderungen nach einem zeitgemäßen demokratischen Inhalt der Bildung und Erziehung,

nach der Vermittlung eines wissenschaftlichen gesellschaftlichen Weltbildes

Der Gesetzentwurf orientiert nur auf die Vermittlung einer beruflichen Fachbildung, die vorrangig den Profitinteressen der großen Konzerne dienen soll. Die Forderung nach der Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes wird völlig übergangen. Grundsätze für einen demokratischen Inhalt der Bildung und Erziehung fehlen. Konkrete Bildungs— und Erziehungsinhalte werden nicht formuliert. Damit werden die seit Jahren von den Gewerkschaften und der Arbeiterjugend aufgestellten Forderungen völlig übergangen.

3. Zur Stufenausbildung

Die Verfasser des Gesetzentwurfes haben sich bei der Stufenausbildung offensichtlich das reaktionäre Stufenprogramm des Krupp—Konzerns zum Vorbild genommen und wollen es gesetzlich zum allgemeinen Berufsausbildungsprinzip erheben. Damit wird die Mehrheit der Arbeiterjugend zu Hilfsarbeitern gemacht oder bestenfalls den Status eines angeleiteten Arbeiters erlangen. Hier wird ein Arbeitertyp herangebildet, der immer mehr an eine begrenzte Tätigkeit und an einen einzigen Betrieb gekettet wird. Dadurch wird die soziale Sicherheit und die Zukunft der Arbeiterjugend noch mehr gefährdet.

4. Kampf um eine bessere Berufsschul- und Lehrerbildung

Die Forderungen der Berufsschüler, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugendorganisationen, der Berufsschullehrer und vieler Eltern nach einer Änderung und Erweiterung der Berufsschul— und Lehrerbildung werden im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Er beschränkt sich nur auf die praktische Tätigkeit des Auszubildenden in den Betrieben. Das unterstreicht die Tatsache, daß bei der Ausarbeitung des Entwurfs die Konzernvertreter führend waren.

5. Kampf gegen die weiterhin gültigen gesetzlichen Bestimmungen in der Handwerks— und Gewerbeordnung

Der Gesetzentwurf ignoriert die Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterjugend nach einem umfassenden Berufsausbildungsgesetz. Das Handwerk, in dem ein Drittel der Lehrlinge ausgebildet werden, soll nicht gesetzlich neuregelt werden. Der Gesetzentwurf geht nicht auf die Forderungen nach einer gesamten gesetzlichen Neuordnung aller Teile der Berufsausbildung für das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ein. Stattdessen erklärt der Entwurf weiterhin die Gültigkeit der Gewerbeordnung von 1869 und des Handelsgesetzbuches von 1897 in Berufsausbildungsfragen. Lediglich einige besonders reaktionäre,

überlebte Paragraphen werden im Interesse der Anpassung der Berufsausbildung an die Konzernbetriebe außer Kraft gesetzt. Es ist charakteristisch für die rechtliche Lage der Arbeiterjugend, daß die reaktionären kaiserlichen Gesetze aus dem vorigen Jahrhundert nicht völlig außer Kraft gesetzt wurden.

6. Forderung nach beruflicher Förderung aller Arbeiterkinder, insbesondere Förderung von werktätigen Mädchen und Frauen

Der Gesetzentwurf konserviert weiterhin das reaktionäre Bildungsprivileg. Dadurch, daß die Berufsausbildung eine bildungspolitische Sackgasse bleibt, und die Stufenausbildung diesen Zustand verschärft, wird der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterjugend der Weg zu Fach— und Hochschulen weiterhin versperrt. Da eine Förderung der Mädchen und Frauen beim Lernen, bei der Berufswahl, bei der Berufsausbildung und Berufsfortbildung im Gesetzentwurf nicht vorgesehen ist, bleiben sie weiterhin besonders benachteiligt.

Es besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der fehlenden Förderung der Arbeiterjugend, insbesondere der Mädchen und Frauen und ihrer gesamten sozialen und rechtlichen Lage. Das wird sichtbar in dem unhaltbaren Zustand des Jugendarbeits— und Gesundheitsschutzes sowie der Unterbezahlung der Jungarbeiter und der doppelten Ausbeutung der jungen Arbeiterinnen.

Die Arbeiterjugendverbände und Gewerkschaften fordern:

1. Eine den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft entsprechende Berufsausbildung als Teil eines demokratischen, auf den Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Gesellschaft orientierten Bildungssystems.
2. Einen modernen, demokratischen und wissenschaftlichen Inhalt für Bildung und Erziehung, weil es darum geht, daß die Arbeiterjugend nicht nur die Hebel der Maschinen, sondern auch die Hebel der politischen Entscheidungen fachgerecht bedienen kann.
3. Die uneingeschränkte Mitbestimmung der Betriebsräte und der betrieblichen Jugendvertretungen über Fragen, die die rechtliche und soziale Stellung der Lehrlinge und jungen Arbeiter betreffen.
4. Die entscheidende Verbesserung der berufspraktischen Ausbildung in den Unternehmen und die Zurückdrängung des bestimmenden Einflusses der Konzernvertretungen auf die betriebliche Bildung.
5. Die Berufsschul- und Lehrerbildung ist den Erfordernissen einer modernen, demokratischen Gesellschaftspolitik und den wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten des letzten Drittels unseres Jahrhunderts anzupassen.

Wir fordern die Bundestagsparteien auf, unverzüglich mit den Geheimverhandlungen Schluß zu machen und sich der öffentlichen Diskussion zu stellen! Wir fordern die Annahme eines diesen Grundsätzen entsprechenden Berufsausbildungsgesetzes durch den Bundestag noch in dieser Legislaturperiode.

(Fortsetzung zu elan 5/69)

Die Sozialisten und das Militär

Von Wilhelm Schwettmann

XI. Individuelle „Entwaffnung“ ein hinreichendes Programm?

Immer mehr junge Menschen wollen der Hölle des Krieges entrinnen und haben deshalb ihren weiteren Weg mit den guten Vorsätzen des Antimilitarismus gepflastert. Es fragt sich nun, ob das Programm der individuellen Entwaffnung (Wehrdienstverweigerung) tatsächlich ein Weg von der Hölle weg ist.

So sehr wir das Recht des Einzelnen auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen, insbesondere den Schritt des Wehrdienstverweigerers respektieren und unterstützen, stellt sich für uns alle die Frage, ob das Programm der individuellen Entwaffnung für die antimilitaristische Tätigkeit und Aufklärungsarbeit ausreicht. Ob es den jungen Soldaten und Unterführern genügend hilft, ihre eigene Lage zu erkennen und Schritte für die Verbesserung der Masse der Gezogenen zu tun?

Proteste gegen die faulen Stellen der Gesellschaft werden, täglich dem einzelnen Menschen und nicht nur den jungen Menschen aufgezwungen. Spontane individuelle Proteste ergreifen mitunter sehr schnell breite Teile einzelner Gruppen, Angehörige bestimmter Klassen usw. Es liegen genügend unwiderlegbare geschichtliche Erfahrungen vor, um zu erkennen, daß Teile der arbeitenden Massen, die mehr oder weniger unter Protest ihre Interessen vertreten, unter bestimmten Umständen bis zur faschistischen Potenz degradiert werden können, unter anderen Umständen aber auch unvermeidlich sich zu ihrer wirklichen historischen revolutionären Aufgabe erheben.

Wir Sozialisten der BRD wollen, daß der junge Arbeiter und die junge Arbeiterin, der Lehrling, der Schüler oder der Student — die aus vielen Gründen und oft höchst unterschiedlich z.T. spontan zum Protest getrieben werden, zur vollen politischen Reife kommen und jede Degradierung hinter sich lassen.

Darum ist es wohl immer richtig zu fragen, nach dem Sinn und der Perspektive individueller und kollektiver Proteste. Darum gilt für viele junge Menschen, Sozialisten wie Demokraten, dort aktiv zu arbeiten, wo die Masse ihrer Generation, ihrer Klasse ist. Das haben uns Lenin, Liebknecht und Luxemburg gelehrt: Überall dort zu sein und für die Verbesserung der Lage einzustehen, wo sich die Mehrheit bestimmter Gruppen, Schichten und der eigenen Klasse befindet. Wenn man feststellt, daß die Mehrheit der männlichen Jugend der Einberufung folgt, dann ist es Aufgabe des Sozialisten, des Fortgeschrittenen, auch gemeinsam mit seinen Altersgenossen aus anderen Jugendverbänden und den Gewerkschaften dort

konkret dem jungen Kollegen zur Seite zu stehen, im Kampf gegen die besonderen Formen und Mittel des Militarismus und im Ringen um die Verwirklichung und Erweiterung seiner Rechte. Allein gelassen würde die Masse der Soldaten völlig ohne jede Hilfe dem Klassegegner ausgeliefert sein.

XII. Junge Soldaten fragen: Was kann man tun?
Die Herrschenden in der BRD sowie ihre politischen Parteien bereiten offensichtlich im Rahmen ihrer militär-politischen Kampagne einen neuen Vorstoß gegen demokratische und sozialistische Kräfte inner- und außerhalb der Bundeswehr vor. Das zeigen solche Behauptungen, daß „die APO“ zu radikalen Mitteln greife, wie zu Überfällen auf Bundeswehrstützpunkte, daß sie angeblich auffordere zu Gewalttätigkeiten aller Art gegen Einzelposten, Kasernen, Fahrzeuge und anderes Material. Das ist die alte Argumentation des Militarismus. 1933 war es der Reichstagsbrand, den, wie der Nazi-Militarismus behauptete, die Kommunisten entfacht hätten. Es war das Signal für Verfolgungen, die Verhaftung und Folterung Hunderttausender Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten und Jugendlicher. Nun sollen „Überfälle“ durch die APO die Handhabe für den christdemokratischen Militarismus sein, die Notstandsdictatur möglichst schnell zu praktizieren. Das zeigte kürzlich der „Fall Lehbach“, wo man sofort gegen „links“ ermittelte und gegen Mitglieder der SDAJ vorging. Hier zeigt sich erneut die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller antimilitaristischen Kräfte. Es spricht für unsere jungen Arbeiter und Studenten, wie sich bei ihnen die politische Begründung des Antimilitarismus im Jahre 1968/69 entwickelte.

Der Gewerkschaftsjugendkongreß im November 1968 und junge Leute anderer Organisationen verlangten durchweg strikte Reduzierung der Rüstung in der BRD, drängten auf den Bruch der schändlichen Verbindung der Bundesregierung mit den USA-Verbrechen in Vietnam, solidarisierten sich mit dem ant imperialistischen Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes. Deshalb stürzten sich die Reaktionen aller Schattierungen auf die Gewerkschaftsjugend, auf die sozialistischen Kräfte und alle antimilitaristisch eingestellten Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.

Der Kampf gegen Militarismus und Rüstungskapitalismus gehört zu den besten Traditionen unserer Arbeiterbewegung. Daher stellen sich folgende Aufgaben für die antimilitaristische Arbeit:

- die Rolle des Militarismus in unserer Zeit deutlich zu machen;
- die Wahrnehmung der Rechte der Jugend im Kampf gegen Militarismus breiter zu entwickeln.

Eine Hilfe bieten Broschüren von Gewerkschaften, die einen Überblick über bereits bestehende Rechte der Soldaten vermitteln.

Wiederholt haben Soldaten der Bundeswehr in letzter Zeit aber geäußert, daß diese Rechte allein noch nicht ausreichen. Sie brachten folgende Vorschläge in die Diskussion ein:

- Als nächsten Schritt die Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate zu kürzen;
- Die Hälfte der Wehrdienstzeit sollte für alle Wehrpflichtigen der beruflichen Weiterbildung vorbehalten sein;
- Die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Kasernen;
- Die Umwandlung der Bundeswehr in Aufbau

und Zielvorhaben zu einer reinen Verteidigungstruppe;

- Die Befreiung der Bundeswehr von Revanchegeist und Militarismus.

Dazu gehört u.ä.:

- + Dem Verfassungsauftrag gerecht werdend, jeden Völkerhaß, jede Rassendiskriminierung in der Bundeswehr zu unterlassen. Antikommunismus ist Völkerhaß.
- + Die Unterstützung der NPD ist verfassungswidrig;
- + Abschaffung des reaktionären, militaristischen Liedgutes;
- + Die Verherrlichung des Faschismus ist zu bestrafen;
- + Die Gewährleistung des Rechts der Soldaten auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung;
- + Beseitigung der durch Vorschriften des Soldatengesetzes beschränkten Grundrechte und volles Recht auf Demonstrationen, Flugblatt- und Plakataktionen usw.
- Das Recht auf Wahl und Abwahl der Offiziere;
- Keine Militärjustiz, Abschaffung der Truppendienstgerichte, der bestehenden Verordnungen für Disziplinarstrafen;
- Abschaffung der Kerzer (Bunker);
- Bessere Besoldung der Mannschaften und Unteroffiziere;
- Das Amt des Wehrbeauftragten darf nicht länger als demokratisches Feigenblatt der militaristischen Politik genutzt werden. Es muß durch einen Rat der Vertrauensleute der Soldaten und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter ergänzt und zu einem Instrument für die Arbeiter in Uniform gemacht werden.
- Hilfen für bessere Freizeitgestaltung der Gezogenen, ohne Bevormundung.

Kollegen, die ihre Wehrpflichtzeit hinter sich haben, stellen kürzlich auf einem Forum die Frage, ob Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere Jugendverbände nicht einen „Entwurf eines demokratischen Soldatenstatuts“ erarbeiten müßten, um den jungen Kollegen eine umfassende Plattform für ihren Kampf gegen den Militarismus zu geben. Sicher ein berechtigtes Anliegen! Sozialisten sind, wie Lenin entwickelte, nicht gegen den Kampf um Reformen. Nur darf „unser Reformprogramm“ keine Flucht aus der schlechtesten Wirklichkeit des großkapitalistischen Militarismus sein, sondern Kampf gegen ihn. (Lenin, Ges. W. Bd. 23, 1957 Berlin, S. 80).

Berichtigung

In die erste Folge des Artikels „Die Sozialisten und das Militär“ (5/69) haben sich leider einige sinnentstellende Fehler eingeschlichen. Es muß heißen:

- 1) S. 21, letzte Zeile „1,3 Millionen“ statt 13 Millionen.
- 2) S. 24, 2. Spalte, 2. Absatz muß richtig lauten: „Der Arbeiter kann und muß für den besseren Verkauf seiner Ware Arbeitskraft kämpfen, aber deshalb von der Gerechtigkeit der Ausbeutung zu sprechen, wäre glatter Hohn. Es kann und muß für alle möglichen Verbesserungen der jungen Soldaten, der Lage der Jugend insgesamt gekämpft werden, aber deshalb von der Gerechtigkeit der Militarisierung für den Jugendlichen, wo es doch um das Recht des Großkapitals geht, zu sprechen, wäre ebenso Unsinn.“
- 3) S. 24, 2. Spalte, 3. Absatz: „Standort“ statt Standard.

Magazin

Beunruhigung der Ruhigen

Aufgaben für den Wahlkampf

Von Rudolf Winkler

In der Absicht, die Arbeit des Wahlbündnisses ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt) im bevorstehenden Wahlkampf zu unterstützen, soll der Versuch unternommen werden, künstlerische Mittel gestalterischer, szenischer und musikalischer Art in verstärktem Umfang nutzbar zu machen. Es besteht begründete Hoffnung, daß außer den bereits bestehenden Gruppen (Songgruppen, Straßentheater und Kabarets) noch manche Mitarbeiter aus verschiedenen Kunstgattungen interessiert werden können.

Die Tatsache, daß es nicht leicht ist, den Bundesbürger vom Fernseher wegzulocken, läßt nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung durch Versammlungen ansprechbar erscheinen. Auch Flugblätter und Wahlzeitungen können bei der, nicht nur von den politischen Parteien, sondern noch mehr durch allerlei Geschäftsreklame verursachten Papierflut nur wenig Aufmerksamkeit auf sich lenken. Ohne auf diese althergebrachten Mittel und Methoden der politischen Propaganda ganz verzichten zu können zeigt sich aber mehr und mehr die Notwendigkeit mittels beweglicher Musik- und Sprechgruppen auf Straßen und Plätzen Publikum anzulocken. Originell aufgemachte Aufklärungs-

stände, Sondergruppen und szenische Darbietungen erregen Aufmerksamkeit und sind befähigt, „das Publikum aus der rezeptiven Passivität herauszuführen, zum Mitmachen zu bringen, mindestens aber zum Mitdenken“, wie das Dieter Süverkrüp einmal in einem Interview sagte. Die im Rahmen der Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze entstandenen Gruppen und Ensembles sammeln Erfahrungen, wie politische Aufklärung gegen das übermächtige Meinungsmonopol der Macht ausübenden am wirkungsvollsten und umfassendsten zur Geltung gebracht werden kann. Diese Erfahrungen müssen für den Wahlkampf nutzbar gemacht werden.

Die politische Alternative der ADF muß aber möglichst knapp, eindringlich und beweiskräftig formuliert und den Phrasen von Sicherheit und Ordnung der Regierungspar-

teien gegenübergestellt werden. Die an sich begrüßenswerte vielseitige, sich auf alle Gebiete der politischen Aussage erstreckende Produktion der fortschrittlichen Dichter und Liedermacher sollte sich zweckmäßigerweise eine stärkere Konzentration auf einige wenige eingängige Losungen angelegen sein lassen. Es dürfte deshalb vorteilhaft sein, erfahrene Texter, Musiker und Graphiker zu Arbeitsgruppen zusammenzuführen und sie zu veranlassen, Ideen und Vorschläge zu brauchbaren Wandzeitungen, Sprechtexten, Songs und Kurzszenen zu verarbeiten. Die Ergebnisse dieser Arbeit müßten allen einsatzfähigen Gruppen zur Verfügung gestellt werden. In Form einer Loseblattsammlung wäre das einfach und billig zu bewerkstelligen.

Es gibt kaum Jugendgruppen, Clubs, Vereine oder Organisationen zu deren Mitgliedern

nicht der eine oder andere Musikinstrumentalist, Theaterspieler, Rezitator, Maler oder Zeichner gehören würde. Solche Kräfte ausfindig zu machen, sie zur Mitarbeit zu ermuntern und nach Möglichkeit zu Gruppen zusammenzuführen, sollten wir nicht versäumen.

Jeder fühle sich angesprochen und aufgefordert mitzuhelfen und sei es nur durch Mitteilung der Adressen von Einzelpersonen, aktiver Jugendgruppen oder sonstiger Interessierter. Wir werden in jedem Fall versuchen geeignete persönliche Kontakte herzustellen, Anregungen für die praktische Arbeit geben, die Herstellung von brauchbarem Material unterstützen und für die Verbreitung sorgen. (Wer helfen und mitmachen will, melde sich bei: Bundessekretariat Demokratischer Kulturbund Deutschlands 75 Karlsruhe 21, Steubenstr. 4)





„Gast“ im Zuchthaus

Wie Jupp Angenfort „begnadigt“ wurde.

Von Jürgen Pfeiffer

In den Tagen zwischen dem 7. und dem 11. April wird vor der Strafanstalt Remscheid-Lüttringhausen gegen die Inhaftierung Jupp Angenforts demonstriert. Dieser Protest verfehlt seine Wirkung nicht: Kurze Zeit später entläßt man Jupp Angenfort aus der Strafanstalt.

Am 1. Mai spricht er auf einer Veranstaltung über seine



Inhaftierung. Die Solidarität in der Arbeiterbewegung ist „eben keine Phrase, sondern Verpflichtung für jeden Sozialisten“. Jupp schildert, wie die Bundesanwaltschaft durch diese Protestbewegung in Schwierigkeiten geriet: Vor etwa drei Wochen wurde ich zum Anstaltsleiter gerufen. Es ist eine telefonische Anfrage von der Bundesanwaltschaft da; man fragt, ob Sie einverstanden damit sind, begnadigt zu werden. Ich sagte, das

kommt ganz darauf an, von wem. Vom zukünftigen Bundespräsidenten Heinemann: jederzeit. Vom derzeit amtierenden Bundespräsidenten Lübke: nein. Nach einer Rückfrage der Anstaltsleitung lautete die Antwort: Der Herr Angenfort soll bitte nur auf die Frage antworten, ist er einverstanden damit, begnadigt zu werden oder nicht. Ich hab ihm gesagt, auf eine unkonkrete Frage antworte ich nicht, da werde ich meinen Rechtsanwalt bitten, nach Karlsruhe zu fahren. Der Rechtsanwalt fuhr mit folgendem nach Karlsruhe: Eine Begnadigung durch Lübke wird abgelehnt, eine Begnadigung durch Heinemann wird akzeptiert. Die Generalbundesanwaltschaft hat die Möglichkeit, die Strafe zu unterbrechen, das Gesetz gestattet ihr das; Bedingungen für eine Haftunterbrechung werden von mir nicht akzeptiert. Also etwa — polizeilich melden usw.

Die Antwort des Bundesanwaltes Kaul lautete: Ja, sagen Sie mal, ist sich der Herr Angenfort der Konsequenzen bewußt? Denn der Bundespräsident tritt sein Amt ja erst am 1. Juli an? Es wäre ja denkbar, daß Bundespräsident Lübke den Herrn Angenfort gegen seinen Willen amnestiert, gesetzlich sind die Voraussetzungen da. Und kann dann der Herr Angenfort nicht wenigstens im stummen Protest das Zuchthaus verlassen? Er muß sich ja nicht unbedingt auf den nächsten Marktplatz stellen und eine politische Erklärung abgeben. Mein Anwalt meinte dazu: Wie er mich kenne, mache ich keinen stummen Protest, sondern werde auch eine Erklärung abgeben. — Und nun spielte sich folgendes ab: Am vergangenen Freitag wurde ich wieder, diesmal zum Polizeinspektor gerufen und er sagte mir: Sie sind ab sofort amnestiert. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ist aufgehoben, die Polizeiaufsicht ist aufgehoben, Bedingungen werden keine gestellt. Ich hab gesagt, Moment bitte, ich hab eine Frage: Ich habe ganz deutlich erklärt, eine Begnadigung durch Bundespräsident Lübke lehne ich ab. Werde ich gegen meinen Willen amnestiert? Muß ich unterzeichnen, daß ich einverstanden bin mit der Amnestierung? Auf Rückfrage ergab sich, daß ich nicht zu unterschreiben brauchte, ich sei gegen meinen Willen amnestiert und müsse das Zuchthaus verlassen. Ich sei im Augenblick nur noch als Gast in der Strafanstalt!“



Heiße Rhythmen aus Warschau

Sendungen für deutsche Fans

Von *Hans-Joachim Orth*

Einen Jugend-Club — auch für junge Menschen aus der Bundesrepublik — hat Radio Warschau eingerichtet. Jeden Abend um 20 Uhr und um 0.03 Uhr ertönen heiße Rhythmen aus Polen. Die 60minütige

Sendung (die Mitternacht-Show ist jeweils die Wiederholung des Abendprogramms von 20.00 Uhr), wird aber nicht nur mit Beat und anderer heißer Musik unterhalten. Die Sendungen vermitteln in deutscher Sprache auch politische Kernsubstanz, weshalb sie besonders aufschlußreich sind. Zu hören sind die Sendungen u. a. um 20 Uhr auf Mittelwelle (200 m, Frequenz 1502) sowie um Mitternacht ebenfalls auf Mittelwelle (283,3 m, Frequenz 1259). Übrigens hat der Polnische Rundfunk derzeit zu einem Preisausschreiben über Polen aufgerufen. Gewinnern wird auch die Möglichkeit geboten, Polen zu besuchen. Wer an den deutschsprachigen Sendungen des Polnischen Rundfunks interessiert ist oder an dem Preisausschreiben teilnehmen möchte, der schreibe einfach an Polskie Radio, Warszawa, Box 46. ■

Gesamtdeutsch in Berlin

Treffen junger Sozialisten in Berlin

Von *Fritz Wagner (Berlin)*

Der Zentralrat der FDJ hat die Jugend der DDR für die Zeit vom 5. bis 7. Oktober nach Berlin zu einem „Treffen junger Sozialisten“ anlässlich des 20. Jahrestages der DDR eingeladen.

Dieses Treffen soll nicht nur Rückschau auf die Leistungen sein, die junge Sozialisten in den 20 Jahren erbracht haben.

Dieses Treffen soll auch den Weg in die Zukunft weisen; denn die Jugend wird es sein, die die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution bewältigen und damit den sozialen Fortschritt sichern wird.

Berlin ist die Stadt, die für dieses Treffen am geeignetsten ist.

Am 10. Oktober 1904, also vor 65 Jahren, wurde in der heutigen Leninallee der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins, die erste deutsche Arbeiterjugendorganisation, gegründet. Hier forderte Karl Liebknecht die deutsche Jugend auf, durch ihren Kampf gegen den deutschen Militarismus den Ausbruch des 1. Weltkrieges zu verhindern. ■

Mehr als 10 Jugend- und Studentenorganisationen sowie griechische Gastarbeiter und Studenten, die sich in Braunschweig zu einem „Aktionskomitee 21. April“ zusammengeschlossen haben, führten anlässlich des 2. Jahrestages des Militärputsches in Griechenland eine Protestwoche gegen die griechische Militärdiktatur durch.

Dem Aktionskomitee gehören u. a. an: Der ASTA der TH, der ASTA der PH, der SDS, die Vereinigung griechischer Arbeiter und Studenten, die SDAJ, die DKP, die ESG, der TUS, der WUS und der USSB.

Höhepunkte dieser Protestwoche waren — neben mehrtägigen Flugblattverteilungen an Informationsständen, vor Betrieben, Berufs-

und Hochschulen sowie Agitpropvorführungen eines Straßentheaters — eine eindrucksvolle Demonstration und ein öffentliches Forum im Audimax der TU.

Rund 600 Menschen, überwiegend junger Arbeiter, Studenten, Schüler und junge Griechen demonstrierten mit roten Fahnen und Transparenten über zwei Stunden durch die Braunschweiger Innenstadt. Sie prangerten in Transparenten und Sprechchören die faschistischen Praktiken der Militärjunta an, protestierten gegen die Verstöße gegen die Charta der Menschenrechte in Griechenland, zogen Vergleiche mit den Methoden des faschistischen Deutschlands und forderten die Einstellung jeglicher Unterstützung des griechischen Militärregimes durch die Bundesregierung, durch öffentliche Institutionen und bundesdeutsche Touristen.





Kosmetik für Rekruten

Milit-Karneval bei der 12/7

Von Bernd Schönauer

Wie die „innere Führung“ zu praktizieren ist, stellte Hauptmann Auerbach, Kompaniechef der Ausbildungskompanie 12/7 in Hemer/Westfalen, Blücherkaserne klar.

Als der Schütze Achim Körber am 7. 2. 1969 mit staubigen Schuhen zum Appell kam, war er, bevor er die ganze Sache erfaßte, zu 90 DM Geldbuße und zu Nachturlaubssperre für die „restlichen“ zwei Monate Grundausbildung verknackt. Der Gefreite Hans-Walter v. Oppenkowski, der sich die



Sache mit angesehen hatte, demonstrierte am darauffolgenden Tag in der Stadt. In Uniform und mit einem schnell hergestellten Flugblatt klärte er die Bevölkerung nach Dienstschuß über das auf, was in der Blücherkaserne vor sich ging. Auerbach, der davon benachrichtigt wurde, folgte dem Gefreiten und gab ihm den Befehl, mit in die Kaserne zu kommen. Hier ließ er ihn festnehmen. Der Gefreite bekam 18 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung. Außerdem strengte Auerbach ein Strafverfahren gegen ihn wegen „Verächtlichmachung“ und „Verleumdung“ an, bei dem er als Hauptkläger und das Bataillon als Nebenkläger auftrat.

In der Nacht vom 7. zum 8. Februar feierten die Unterführer der 12/7 Karneval. Um drei Uhr nachts wurden fünf Soldaten auf Anweisung Auerbachs aus den Betten geholt, die den Befehl bekamen, die Reste der Feier, Gitarren und Verstärker wegzuräumen. —

Der Schütze Klaus Spangenberg erfreute sich bei Hauptmann Auerbach besonderer Beliebtheit. Spangenberg, der in 1. Instanz als Kriegsdienstverweigerer abgelehnt wurde, bekam das besondere Interesse Auerbachs beim Spindappell zu spüren. Der Hauptmann hielt es für seine demokratische Pflicht, nicht nur den Spind, sondern auch die Privatpapiere zu durchsuchen. Bei dieser Gelegenheit mußte Spangenberg auch ein Bild Martin Luther Kings, das Auerbachs Demokratieverständnis wohl nicht entsprach, entfernen. Und was dem Hauptmann Auerbach in der Behandlung seiner Untergebenen billig war, war den Unteroffizieren nur recht.

Feldwebel Asche hatte das dringende Bedürfnis, seiner Frau, die „Avon“-Vertreterin ist, zu helfen. Da ihm während seines Dienstes nur wenig Zeit blieb, als Vertreter tätig zu werden, holte er dies des Nachts nach.

Die Soldaten des 1. Zuges staunten nicht schlecht, als Feldwebel Asche zwischen 1 und 2 Uhr nachts durch die Stuben marschierte und aus einer Aktentasche Parfüms und Rasierwasser anbot. Viele der Soldaten kauften, um den lästigen Störer loszuwerden. Das dürfte auch nicht weiter verwunderlich sein, bei einem durchschnittlichen Schlafpensum von 5 Stunden. Sie mußten jedoch ihren Schlaf teuer bezahlen. Kein Artikel kostete unter 8,— DM.

Es blieb nicht bei diesen kleinen Aufmerksamkeiten der Vorgesetzten.

Als bei einer Härteübung in Haltern die Schützen Körber, Lutze und Saborowski einen Teil ihres Einsatzpäckchens vergessen hatten, bekamen sie von ihrem Gruppenführer, dem Gefreiten Luke, den Befehl, innerhalb von 20 Minuten von der Feldpostenstellung ins Lager und zurück zu laufen, um Wasser für das Mittagessen zu holen. Nach einer dreiviertel Stunde waren sie wieder da. Die vier Kilometer Sandweg die sie zurücklegen mußten, führten auch in 45 Minuten zur völligen Erschöpfung.

Beim Rückmarsch ins Lager wurde „zufällig“ der Kanister Wasser vergessen, was Gruppenführer Luke veranlaßte, die drei Soldaten zurückzuschicken, mit der Auflage, innerhalb von 20 Minuten zurückzukehren. Um die Zeit einhalten zu können, übernahm Körber Gewehr und Helm des Schützen Lutze, des besten Läufers der drei, der dann allein weiterlief, um den Kanister zu holen.

Luke war jedoch den dreien gefolgt und beobachtete die ganze Geschichte mit dem Fernglas.

Als Strafe mußte die 7. Gruppe nach dem Essen im Eilmarsch in die Feldpostenstellung zurück. Der Schütze Minier brach nach dem Gewaltmarsch zusammen und war erst nach 20 Stunden wieder so weit auf den Beinen, daß er beschränkt einsatzfähig war.

Hauptmann Auerbach kann stolz auf seine Unterführer sein, die den richtigen Ton bei der Behandlung ihrer Untergebenen gefunden haben. Die mit „Sprung auf — marsch, marsch!“ versuchen, die Soldaten so klein zu kriegen, daß sie nicht mehr aufmucken, wenn Hauptmann Auerbach im Kompanieunterricht zum Thema „Innere Führung und Recht“ sagt:

„Wenn jetzt ein Aufstand in der Zone ausbräche, müßte die Bundeswehr helfend eingreifen!“ ■

Quarck droht mit Knast

Justiz versucht, protestierende Jugendliche einzuschüchtern

Von Werner Winter

„Wir lassen uns nicht verbrennen, wir verbrennen unsere Wehrpässe.“ Unter diesem Motto rief die Mörfeldener SDAJ zu einer Protestaktion auf dem Rathausplatz auf. Verbrannt wurden Wehrpaß-Imitationen.

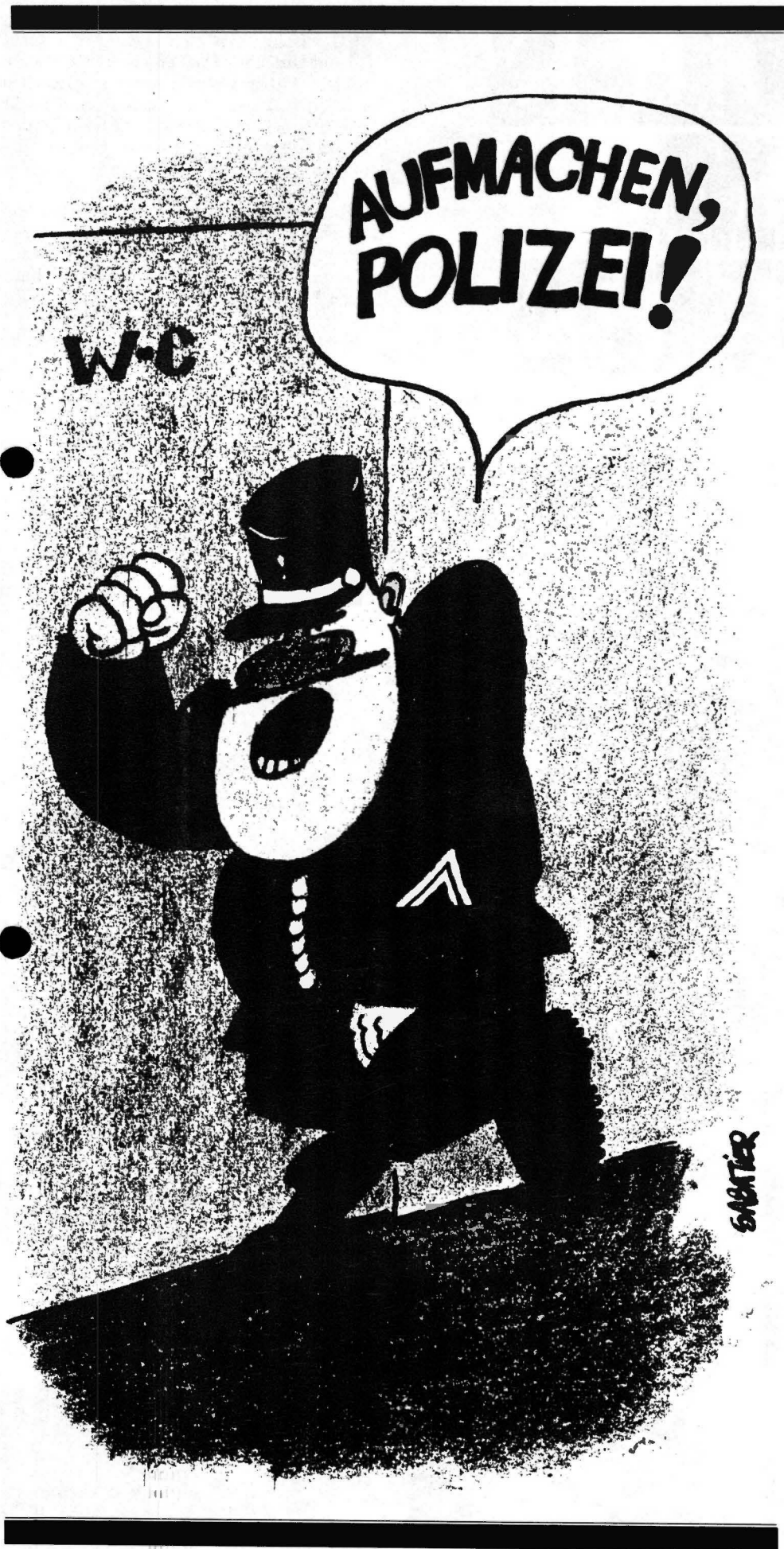
„Die Mächtigen in unserem Staat, das Großkapital und seine Gehilfen, wollen uns für ihre Interessen durch die Mangel drehen. Es sind die gleichen, die auch die beiden Weltkriege verschuldet haben“, hieß es in einem Flugblatt.

Auf selbstgemalten Plakaten war zu lesen: „Wir wollen kein Kanonenfutter sein. Weg mit dem Barras!“

Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Doch jetzt, 3 Monate danach, werden die jungen Demonstranten vor Gericht zitiert. Anklagegrund: „Aufforderung zum Ungehorsam“.

Was die SDAJler nun im Umgang mit Gericht und Polizei erleben, teilten sie der Öffentlichkeit mit.

„Gerichtsassessor Quark drohte uns im Amtsgericht Groß-Gerau, daß wir allein für das Plakat ‚Weg mit dem Barras‘ mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden könnten. Die Strafverfolgung wurde angehängt durch Kriminalobermeister Döhring von der Raunheimer Dienststelle. Es ist interessant, mit welchen Methoden diese Leute arbeiten. Bei der ersten Vernehmung wurden uns Großfotos mit allen Kundgebungsteilnehmern gezeigt. Mit solchen Polizeistaatmethoden sollen breite Kreise der Öffentlichkeit eingeschüchtern werden. Zwanzig Jahre Entpolitisierung und Manipulation, Notstandsgesetze und geplante Vorbeugehaft sind Glieder einer unheilvollen Kette. Muß eine solche Entwicklung nicht unweigerlich wieder in Zwangstaat und Krieg enden. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, gemeinsam gegen diese Strafverfolgung zu protestieren.“ ■



**AUFMACHEN,
POLIZEI!**

W-C

SABOTIER

H

C

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

S

O

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernhelmer
Landstraße 78 a

H

GUERRILLAS NAPALM ZIONISMUS

Die Nah-Ost-Frage ist mit schlechtem Gewissen belastet. Fragen nach Recht und Unrecht verhaken rasch in antisemitischen Fußangeln. Historische Tatsachen werden Makulatur. Wir schreiben das Jahr 1969. Israel ist eine Tatsache vom Jordan bis zum Suez. Die Alternative heißt: Bedingungslos akzeptieren oder verleumdet werden. Der Antisemitismus als israelische Geheimwaffe. Auch mit umgekehrtem Vorzeichen gleicht er seinem faschistoiden Spiegelbild. Er lenkt ab von historischen Zusammenhängen, verschleiert gesellschaftliche Widersprüche, Sartre hat recht: Gäbe es ihn nicht, man müßte ihn erfinden. 1938 schrieb Mahatma Ghandi: „All meine Sympathien gehören den Juden. Aber Sympathie macht nicht blind für das

Von Marcus Scholz



Unser Mitarbeiter besuchte Ägypten, Jordanien, Syrien und den Libanon. Er beantwortet die Frage: Worum geht es im Nahen Osten? Droht Palästina das Schicksal Vietnams?



Recht. Palästina gehört den Arabern, so wie England den Engländern gehört. Das Palästina der biblischen Konzeption hat keine geographische Grundlage mehr. Es lebt im Herzen. Aber selbst wenn die Juden Palästina als ihre geographische Heimat betrachten, dann ist es unrecht, dieses Land unter dem Schatten britischer Kanonen zu betreten. Nichts kann gegen den arabischen Widerstand gesagt werden angesichts der überwältigenden Ungerechtigkeit.“

Geschichte des Unrechts

Hier eine knappe Chronologie des Unrechts. 1917 verspricht die Britische Regierung zionistischen Einwanderern eine Heimstatt in Palästina. Die Briten küm-

mern sich weder darum, daß Palästina zum Osmanischen Reich gehört, noch daß es seit 1300 Jahren von Arabern besiedelt ist. Im Gegenteil. Sie versprechen Palästina auch den Arabern und lassen sie neben den Zionisten für ein unabhängiges Palästina gegen die Türken kämpfen. 1919, im Friedensvertrag von Versailles, wird Palästina zu einem Mandat erklärt. Von Unabhängigkeit ist nicht mehr die Rede. Den Palästinensern wird lediglich garantiert, ihre Mandatsmacht selbst wählen zu dürfen. 1923 enthebt sie England dieser Entscheidung: Palästina wird englisches Mandat. Gegen den Willen der Araber kommen mit den englischen Besatzungstruppen zionistische Einwanderer ins Land. Die zionistische Besiedlung Palästinas beginnt. 25 Jahre später

entsteht Israel, „the golden“. Es verdankt seine Existenz einem Akt kolonialer Willkür.

Das Unrecht der ersten Stunde pflanzt sich fort. 1945 verlangt die „Jüdische Agentur“ von der Britischen Regierung, Palästina ungeteilt und ohne Gebietsverluste zu einem jüdischen Staat zu erklären. Zu diesem Zeitpunkt beträgt der Anteil jüdischer Emigranten an der Gesamtbevölkerung 31 Prozent. 1947 will die UNO Palästina aufteilen, Halbe-halbe. Die Araber protestieren: Ihre Bevölkerung ist noch immer doppelt so groß wie die jüdische, die zudem nur 10 Prozent des Landes besitzt. Die Araber bestehen auf Selbstbestimmung. Die Zionisten drohen. Die UNO sucht Kompromisse. Zu spät. Beide Parteien greifen zu den



Waffen. Die Israelis erweisen sich als überlegen und gehen zur Offensive über. Am 14. 5. 48 proklamieren sie ihren Staat. Am nächsten Tag verlassen die Engländer Palästina. Im ganzen Land wird erbittert gekämpft. Hunderttausende von Arabern fliehen über die Grenzen. Truppen der Arabischen Liga greifen ein. Die UNO erzwingt einen Waffenstillstand. Ihr Bevollmächtigter Graf Bernadotte fordert die Rücknahme der arabischen Flüchtlinge. Einen Tag später wird er von Israelis erschossen. Wieder wird im ganzen Land gekämpft. Als Israel im Frühjahr 1949 mit den angrenzenden arabischen Ländern ein Waffenstillstandsabkommen ratifiziert, kontrolliert es 4/5 des palästinensischen Territoriums. Die Zahl der vertriebenen Palästinenser beläuft sich auf 750 000.

Antizionismus: gegen Imperialismus

Am 11. Mai 49 wird Israel in die UNO aufgenommen unter der Bedingung, den Teilungsplan von 47 zu respektieren und die Vertriebenen wieder aufzunehmen. Israel tut weder das eine, noch das andere. Im Gegenteil. Bis zum Blitzkrieg 67 wird es wegen fortgesetzter Aggressionen fünfmal vom Sicherheitsrat und sechsmal von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verurteilt. Von Verurteilungen arabischer Länder im gleichen Zeitraum ist nichts bekannt. Das sind Fakten, die den jüdischen Denker Menuhin zu der Erklärung veranlassen: „Antizionismus hat nichts zu tun mit Antisemitismus. Meine Religion ist das prophetische Judentum, nicht das Napalm-Judentum“. Wer „die Israelis“ sagt, denkt ebenso unpolitisch wie der, der „die Deutschen“ sagt. In Israel, wie in allen kapitalistischen Staaten, beherrscht eine wirtschaftlich mächtige Minderheit die Mehrheit des Volkes. Sie ist im Besitz der Produktionsmittel wie der Massenmeinen. Sie zwingt dem Volk ihren Willen auf, indem sie ihre eigenen Interessen als die der Allgemeinheit ausgibt.

Ein Problem der Dritten Welt

Das Nah-Ost-Problem ist ein Problem der 3. Welt. Israel gehört geographisch zur afro-asiatischen Hemisphäre. Gehört zu den zwei Milliarden Menschen, die unterentwickelt gehalten werden, um die Galgenfrist des Kapitalismus zu verlängern. Analphabetismus, Hunger, wirtschaftliche Rückständigkeit, Geburtenüberschuß, veraltete Herrschaftsstrukturen, ein Pro-Kopf-Einkommen unter 800 DM jährlich, das sind die Kennzeichen von „Entwicklungsländern“. Auf Israel sind sie nicht anwendbar. Wohl aber auf die Mehrheit der arabischen Staaten, vor allem auf Ägypten, das mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 Menschen und einem Pro-Kopf-Einkommen von 100 DM jährlich am untersten Rand des Existenzminimums dahinvegetiert. Das israelische Pro-Kopf-Einkommen beträgt 1.680 DM. Israel besitzt eine moderne Industrie, verwendet die modernsten Produktionsmethoden, und gehört zu den Satten dieser Erde, zu Euro-Amerika. Und



das nicht zufällig. Die Engländer wußten, warum sie zionistischen Einwanderern unter dem Schatten ihrer Kanonen Palästina zur Heimstatt gaben. Ein Brief Chaim Weizmanns an Churchill aus dem Jahre 1922 spricht von Israel als einem künftigen Faktor in der Auseinandersetzung mit der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Das war weitsichtig gedacht. Kein Vierteljahrhundert später, als nach dem II. Weltkrieg die Zeit des offenen Kolonialismus endgültig zu Ende gegangen war, fand im Nahen Osten die Wachablösung statt. An die Stelle der anglo-französischen „Schutzmächte“ trat Israel. Eine israelische Minderheit protestierte. Sie wollte ihr Land in den afro-asiatischen Block eingliedern. Der Protest blieb wirkungslos. Die herrschende Klasse Israels wollte nicht auf die Privilegien und den Lebensstandard verzichten, die eine Allianz mit dem Imperialismus bot. Eine Hand wusch von da an die andere. Gestützt vom fremden Kapital wurde Israel zum Stützpunkt fremder Interessen im Nahen Osten. Es unterstützte Salazars Kampf gegen ein unabhängiges Mozambique und Angola, wie Frankreichs vergeblichen Versuch, die algerische Befreiungsfront zu zerschlagen. Und 1956 trat es offen mit den alten Kolonialherren des Vorderen Orients zur Offensive an. Zu einer Offensive, die dem Blitzkrieg von 67 wie ein Ei dem anderen ähnelte. Nur war damals nicht von einer arabischen Bedrohung die Rede. Israels Aggression wurde verurteilt. 11 Jahre später hatte Israel gelernt. Diesmal war es „bedroht“. Und dieses Mal war ihm, trotz genau derselben Aggression, die Sympathie der westlichen Welt sicher. Kein Wunder. Schließlich verteidigte Israel im Nahen Osten die heiligsten Interessen des Kapitalismus: Seine Ölinteressen, seine Kapitalinvestitionen, seine Auslandsmärkte, seine Rohstoffpreise.

Es geht ums Öl

Wer Palästina sagt oder Israel, der sollte nicht vergessen, daß der Vordere Orient über das größte Erdölvorkommen der Welt „verfügt“. Wer um Wüstengebiete kämpft, wie Israel um Sinai, kämpft um Öl. Wer von Unabhängigkeit spricht und Freiheit, meint das Öl. Nur ein geringer Prozentsatz des arabischen Öls ist in arabischer Hand. Und der westliche Imperialismus legt Wert

darauf, daß es so bleibt. Die arabischen Marionettenregierungen, denen die USA ihre schmarotzende Existenz sichert, ebenfalls. Sie sind zufrieden. Die unterernährte Bevölkerung der unterentwickelten arabischen Welt ist es nicht. Ihr Ölreichtum, von ihnen selbst ausgebeutet, könnte von Heute auf Morgen dem rückständigen Arabien den Sprung ins 20. Jahrhundert ermöglichen. Das, was heute Syrien vorexerziert, der Irak und Algerien, könnte morgen Schule machen in der gesamten Arabischen Welt. Das fürchten die Imperialisten. Das erhofft die Arabische Befreiungsbewegung. Aber weder die eine, noch die andere Gruppierung spricht davon. Im Nahen Osten wird nicht die Zukunft erwähnt, wenn um die Gegenwart gekämpft wird, die Palästina heißt und die Zukunft ist.

Kampf für die Befreiung

„Eine Befreiungsbewegung ohne Volk ein militärisches Abenteuer“, sagte mir ein Al-Fateh-Kämpfer in Amman. „Vor vier Jahren waren wir noch Abenteurer. Seit dem Junikrieg haben wir das Volk hinter uns“. Fast zwei Millionen Palästinenser leben außerhalb ihrer Heimat. Sie haben alles verloren. Sie können nichts mehr verlieren, nur noch gewinnen. Mehr und mehr von ihnen sind bereit zu kämpfen. Sie bilden den Kader der Arabischen Befreiungsfront, die aufgebrochen ist zu einem langen Marsch, um die Arabische Welt, ihre Heimat, für sich zu gewinnen, nicht nur die Wüste und die Sklavenlöhne, die Elendshütten und eine Handvoll Reis am Tag, sondern ihre Bodenschätze, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit, ihre Freiheit. Die Vertriebenen aus Palästina sind die ersten, die vom Imperialismus aufgeschreckt, begriffen haben, daß die weisen Artikel in der Charta der Vereinten Nationen von den Habenichtsen nur mit der Waffe in Hand erkämpft werden können.

Noch vor einem Vierteljahrhundert wußten sie wenig, so wenig wie heute der Fellache am ägyptischen Nil, von der Ursache ihres Elends. Wie er, und seine Vorfahren seit Jahrtausenden, vegetierten sie dahin. Wozu sollten sie kämpfen? Sie hatten sich ebenso fatalistisch in ihr Schicksal ergeben, wie ihre Brüder in Saudi-Arabien, in Kuwait, in Lybien, Marokko, Tunesien und im Sudan. Der Imperialismus hat sie brutal aus ihrem trügerischen Schlaf gerissen. Und heute leisten sie Widerstand, kämpfen sie, finden ihr Selbstbewußtsein wieder. Und mit ihnen, den Fedayin, den Opferbereiten, schreckt die Arabische Welt aus ihrem Schlaf. Die Herrschenden sind alarmiert, suchen nach Kompromissen. Aber Al-Fateh will keine Kompromisse. Es will ein Palästina, in dem alle Menschen, die dort zu Hause sind, Juden wie Araber, selbst über ihre Zukunft bestimmen. Palästina befreien, heißt für sie, die Israelis vom Zionismus befreien. Heißt mehr als das, heißt, die Arabische Welt vom Imperialismus befreien.

Die westliche Presse hat recht, sie als „Terroristen“ zu diffamieren. ■

DO IT YOURSELF

Bisher behelfen sich die Mitglieder damit, daß sie Platten und Tonbänder samt Apparat selbst mitbrachten. Die Nachteile liegen auf der Hand: Transportschwierigkeiten, Unpünktlichkeit, die Anschlüsse passen nicht, oder der Plattenspieler ist so winzig, daß er schon vom bloßen Ansehen auseinanderfällt. Geht etwas kaputt, gibt es meistens Ärger. Alles in allem eine umständliche und unereuiche Angelegenheit. Auf welche Weise man sich eine richtige Diskothek aufbaut, die nur den Bruchteil einer gekauften Anlage kostet, soll hier aufgezeigt werden. Zuerst einmal lauscht man im Bekanntenkreis herum, wo Radios und Plattenspieler ausgerangiert und kostenlos abgegeben werden — z. B. die Sollten trotz aller Bemühungen — das es Erklärung an die Eltern, das Radio, das es 10 Jahre ohne Ärger getan hat, sei veraltet und werde bestimmt keinen Mucks mehr von sich geben (vorher irgendeinen Draht durchkneifen oder eine Röhre herausnehmen) — keine Geräte aufzutreiben sein, gibt es immer noch An- und Verkaufsgeschäfte, die ältere Geräte preiswert abgeben (Preis herunterhandeln).

Nach der Besorgung einiger Apparate errichten die Essener in einer Ecke des Heimraumes eine Art Theke aus soliden Holzbalcken und Brettern von etwa 2 m Länge und 1 m Breite, auf der alles Benötigte untergebracht werden konnte. Preßholzplatten bekaufen sie für ca. 9 DM pro Quadratmeter bei einem Schreiner. Einfacher ist es, wenn man eine alte Komode oder das Unterteil eines Küchenschrankes ergattern kann. Diese werden dann einfach mit der Vorderseite mit Wand gestellt und die frühere Rückseite mit Plakaten beklebt oder mit Dekorationsstoff bespannt. Das Ganze muß natürlich fest und sicher aufgestellt sein, einmal, um dem Diskjockey Schutz vor der wütenden Menge zu gewährleisten, wenn er Mist spielt, zweitens um zu verhindern, daß jeder kleine Stoß den Tellerarm über die Platte hopsen läßt. Bei den meisten Koffergeräten kann man das Chassis mit Teller und Tonarm aus dem Gehäuse ausbauen. Man sägt in die Theke entsprechende Löcher und baut das Chassis fest ein. Das Radio wird als Verstärker gebraucht, da fast alle Typen einen Eingang für Plattenspieler und Tonband (gekennzeichnet durch: Tonabnehmer, TA, Q usw.) haben. Normalerweise sind die Anschlußbuchsen und Stecker geordnet. Ist das bei älteren Modellen nicht der Fall, holt man sich die passenden Verbindungsstücke im Fachgeschäft. Es ist klar, daß hier nicht jede Einzelheit der Art und Weise des Anschlusses beschrieben werden kann. Jedoch werden in jeder Gruppe einige Leute sein, die sich nicht ganz jungfräulich und unerfahren auf diesem Gebiet an die Arbeit wagen. Andernfalls empfehle ich, ein neues Mitglied aus der Elektrobranche anzuwerben.

Nun gibt es aber auch ältere Leute, die einsehen, daß sich ihre Söhne und Töchter bei Musik und Schwoof erholen möchten. Sind sie auch voll Unverständnis dafür, daß das am Besten bei einem Geräuschpegel geschieht, der ohne weiteres mit dem eines Preßlufthammers konkurrieren kann, so sind sie doch bei entsprechender psychologischer Bearbeitung bereit, eine kleine Spende für notwendige Anschaffungen herauszurücken. So geschehen bei den Essener Genossen. Als Ergebnis können sie einen Verstärker vorweisen, der ein normales Radio an Lautstärke und Tonqualität natürlich übertrifft.

Auch in den Hochburgen aktiver politischer Jugendarbeit verbringen die Jugendlichen nicht anders als in Discotheken und Jugendheimen einen Großteil ihrer Freizeit mit Musik und Tanz, da ganz selbstverständlich in der Gruppenarbeit ein gesundes Mittelmaß zwischen politischer Betätigung und der Unterhaltung gesucht werden muß.

Bestes Beispiel ist die SDAJ in Essen, die ein neues Heim bezog, das inmitten von Arbeitersiedlungen und Fabrikanlagen liegt. Klar, daß Lehrlinge und Schüler über keinen sehr großen Taschengeldetat verfügen, so daß man regelmäßig beobachten konnte, wie bei schönem Wetter ab 17 Uhr an den Straßenecken mit Hilfe von Transisterradios „Freiluft-Diskotheken“ errichtet wurden. Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß bei der SDAJ etwas los ist. Im neuen Heim braucht man sich über Mangel an Besuchern nicht zu beklagen. Jeden Samstag ist dort Tanz. Gleichzeitig aber wird durch Arbeiterlieder, Songs, Kurzdiskussionen und Hinweise auf das politische Programm gezeigt, daß Amusement nicht das A und O für den jungen Menschen ist und auch nicht sein darf.

Wo man tanzen will, muß auch Musik sein. Woher aber Plattenspieler, Tonband und Lautsprecher nehmen, wenn das Geld gerade für die Miete reicht? Selbst bei bescheidenen Ansprüchen muß man heute für einen Plattenspieler mit Verstärker mindestens 400 DM bezahlen und häufig reicht dann die Lautstärkeleistung kaum aus, einen größeren Raum bei entsprechender Geräuschkulisse zu „be-schallen“. Abgesehen davon sind diese Geräte bei stärkerer Beanspruchung leicht anfällig und reparaturbedürftig.

Mindestens zwei Lautsprecher sollten in einem Raum aufgestellt werden, da es wenig schön klingt, wenn ein einziger mit großer Lautstärke spielt. Die erforderlichen Lautsprecher kann man aus unbrauchbar gewordenen Radios entnehmen (nur solche mit Dauermagneten, d. h. mit nur 2 Anschlüssen) und in Boxen aus Preßholzplatten (15-20 mm), die innen mit Schaumstoff oder etwas Watte ausgefüllt sind, einbauen. Vor dem Anschluß der Lautsprecher an den Verstärker verbindet man die Anschlußkabel kurzzeitig mit den Polen einer 4 Volt-Batterie. Dabei ist darauf zu achten, daß die Membranen aller Lautsprecher gleichzeitig heraus- oder hineinschwingen. Tun sie das nicht — schwingt also eine heraus, die andere hinein —, verschlechtern sich Tonqualität und Lautstärke. Durch Vertauschen der Kabel erreicht man eine einheitliche Schwingungsrichtung: dann erst kann man den Verstärker anschließen. Noch ein abschließendes Wort zur Pflege der Anlage: Wenn der dringende Wunsch besteht, Geräte, Nadeln und Platten schnellstens zu ruinieren, sollte man möglichst viele Leute an der Anlage herumspielen, Schalplatten offen liegen und verstauben lassen. Andernfalls ist es angebracht, ein oder zwei Mann als Verantwortliche (gleichzeitig Diskjockeys) für die Diskothek zu bestimmen, damit sie auch mit Sicherheit dann funktioniert, wenn sie gebraucht wird.

DIE DISKO THEKE

Reinhard Vedder

„Unsere Brigade wurde schon zweimal mit dem Titel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘ ausgezeichnet“, berichtet Brigadeführer Joachim Meißner. 28mal wurde die Brigade im innerbetrieblichen Leistungswettbewerb Bereichssieger. „Der beste Beweis, daß wir unsere Leistungen nicht auf Kosten des Menschen vollbringen ist wohl die Tatsache, daß wir seit 1966 unfallfrei arbeiten.“ Im Rahmen ihrer Ausbildung kommen auch Lehrlinge zur Brigade. Sie werden ansonsten in der Lehrwerkstatt ausgebildet.

Rennmaschinen aus der Lehrwerkstatt

Das MZ-Lehrwerk ist vom Betrieb getrennt. Hier werden Schlosser, Zerspaner (Zusammenfassung der früheren Berufe Dreher, Fräser und Schleifer), Werkzeugmacher und Elektriker u.a. ausgebildet. Die Ausbildung ist intensiv. Ohne Schwierigkeiten konnte die Lehrzeit für Zerspaner und Schlosser auf 2 Jahre, für Werkzeugmacher und Elektriker auf 2 1/2 Jahre begrenzt werden.

In der ersten Hälfte der Lehrzeit wird Grundwissen vermittelt, hinterher Spezialwissen in der Produktion. Die Ausbildung vollzieht sich in einem 3-Wochen-Turnus: 2 Wochen in der Lehrwerkstatt, 1 Woche in der Berufsschule. Ausbildungsfächer in der Berufsschule: Mathematik, Physik (Mechanik), Chemie (Werkstoffkunde), Deutsch, Russisch, Staatsbürgerkunde, Sport, Technisches Zeichnen. Grundsätzlich bezieht sich der Berufsschulunterricht auf das, was im selben Turnus in der Lehrwerkstatt auf dem Ausbildungsprogramm steht.

Eine besondere Attraktion hat die Lehrwerkstatt zu bieten. Auf einem eigens angefertigten Band

stellen Lehrlinge unter eigener Verantwortung die MZ-Rennmaschinen her.

In der Bandpause zeige ich diesen Lehrlingen ein Flugblatt der SDAJ gegen die hundertjährige Oma Gewerbeordnung, gegen Lehrlingsausbeutung.

Sie schütteln den Kopf. Für DDR-Lehrlinge ist das eine Konfrontation mit einer fremden Welt. Einer der Lehrlinge ist Wolfgang Haase (19). Zwei Wochen zuvor wurde er in Leipzig auf der Konferenz der besten Lehrlinge der DDR ausgezeichnet. Sein Notendurchschnitt: praktisch 1,75, theoretisch 1,34! Er müßte als Zerspaner zwei Jahre lernen. Wegen seiner überdurchschnittlichen hervorragenden Leistungen wird er aber schon im Sommer – nach einem Jahr Lehrzeit – Facharbeiter. Das bedeutet für ihn, daß er dann sofort den vollen Facharbeiterlohn erhält. Lohnabstufungen zwischen jungen und älteren Arbeitern gibt es in der DDR nicht. „Als Lehrlinge werden wir vom ersten Lehrtag an am konkreten Objekt ausgebildet. Da gibt es keinerlei Hilfsarbeiten, kein Einkaufen usw. Wir haben einen betrieblichen Ausbildungsplan, der sich haargenau an den staatlichen Lehrplan hält. Außerdem steht bei uns für jeden Lehrling in der Produktion ein Lehrfacharbeiter zur Verfügung, der ihn anleitet. Lehrfacharbeiter kann nicht irgendwer sein, er muß von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Berufsschule bestätigt werden.“

Etwa die Hälfte der MZ-Lehrlinge beendet wegen guter Leistungen ihre Lehre vorzeitig. Die gewonnene Zeit liegt zwischen drei und zwölf Monaten. Meist sind es drei Monate. Wie intensiv die Ausbildung ist, läßt sich an der Durchfallquote bei Abschlußprüfungen ermesen. Sie lag im Vorjahr bei 1,1 %.

Europameisterschaftslauf für Geländemaschinen 1969 in Zschopau. Mit besonderem Stolz beobachten MZ-Lehrlinge „Ihre“ Maschinen, die in der Lehrwerkstatt vom Band liefen.



Ein Fall für die Konfliktkommission

Zschopau ist Kleinstadt. Attraktiver für junge Menschen ist zweifellos die nahe Bezirkshauptstadt Karl-Marx-Stadt. Daraus ergeben sich Probleme für die FDJ am Ort. Der Jugendverband ist bestrebt, Freizeit- und Bildungseinrichtungen verstärkt zu schaffen. Konfliktlos geht es auch in einer sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht zu.

Im Bereich III des Motorradwerks tagt die Konfliktkommission. Diese Kommissionen stellen einen Teil der sozialistischen Gerichtsbarkeit dar. Sie verhandeln Gesetzesübertretungen, die – weil weniger schwerwiegend – von ordentlichen Gerichten überwiesen wurden. Die Konfliktkommission setzt sich im Betrieb aus gewählten Vertrauensleuten zusammen. Im Bereich III geht es heute um einen 32-jährigen Kollegen. Er hat wegen Verletzung der Unterhaltspflicht im Gefängnis gesessen. Eine Reststrafe von 2 Monaten wurde ihm zur Bewährung ausgesprochen. Seither arbeitet er wieder bei MZ. Doch absolut nicht zur Zufriedenheit seiner Kollegen. Von den letzten 38 Arbeitstagen hat er 17 Tage unentschuldig gefehlt. Grund genug für eine fristlose Entlassung. Doch hier wird Geduld fast im Übermaß praktiziert.

„Wir haben Dir schon nach Deinen letzten Fehlschichten gesagt, daß uns das nicht gleichgültig läßt. Daß wir damit nicht einverstanden sind. Du hast uns in aller Form versprochen, daß mit Fehlschichten jetzt Schluß ist. Wir haben Dir vertraut. Jetzt hast Du aber schon wieder drei Schichten ohne Entschuldigung versäumt. Trotzdem haben wir in der Brigade beschlossen, Dir noch eine letzte Chance zu geben. Wenn jetzt allerdings noch eine einzige Fehlschicht vorkommt, werden wir als Brigade bei der Staatsanwaltschaft beantragen, die Bewährung aufzuheben und nach Verbüßung Deiner Reststrafe auf Arbeitserziehung zu erkennen.“

Deine Brigade erteilt Dir hiermit einen Verweis. Der Verweis wird ins Brigadebuch eingetragen. Bei gutem Verhalten Deinerseits kann er in einem halben Jahr gelöscht werden.“

Konsequent wird die Meinung der Brigadekollegen vorgetragen. Der Beschuldigte erklärt sich bereit, eine Verpflichtung zu unterschreiben, ordentliche Arbeit zu leisten und die Arbeitszeit regelmäßig einzuhalten.

Die Konfliktkommission bestätigt die Meinung der Brigade, die damit rechtskräftig wird.

Auf Wiedersehen in Berlin

„Bei uns dreht sich jetzt alles um den 20. Jahrestag unserer Republik“, hatte mir Jördis, die FDJ-Sekretärin, schon zu Beginn meines Aufenthalts gesagt. In zwei Wochen konnte ich miterleben, wie diese jungen Menschen leben, welche Probleme sie haben. Ich konnte ihre Leistungen verfolgen, wie den Kampf der Jugendbrigade „Wilhelm Pieck“ um die höchste Auszeichnung der DDR für ein Arbeitsprodukt: das Q (Qualität).

Oder die Anstrengungen von Arbeitern und Angestellten des Werkes, mit ihrem Arbeitertheater bei den Arbeiterfestspielen in Karl-Marx-Stadt erfolgreich zu sein.

Es hat Spaß gemacht, mit diesen Menschen zu leben, ihre Probleme zumindest für einen kurzen Zeitraum zu teilen.

Mit Stolz präsentieren gerade die Jungen ihren sozialistischen Staat.

Von diesen Menschen zu gehen, fällt schwer. Aber gern erinnere ich mich an unser Abschiedswort: „Wir sehen uns wieder. Beim Treffen junger Sozialisten im Oktober in Berlin!“

würden. Das ging so weit, daß ein Gaullist schreiben konnte: „Die Herren Sauvageot und Cohn-Bendit waren so wirksam für die erzielte Mehrheit, daß man sich wundern muß, wieso Herr Wilson nicht darauf bestanden hat, den Rothaarigen von Nanterre seine Talente in Großbritannien anwenden zu lassen.“

Die Wahlen vom Juni 1968 waren Wahlen der Angst. Der Streik hatte de Gaulle einen furchtbaren Schlag versetzt; die Barrikaden haben ihn gerettet: Frankreich entsandte eine überwältigende gaullistische Mehrheit ins Parlament!

Nach dem Streik

Nach seinem Sieg zeigte sich de Gaulle als der „erste Revolutionär Frankreichs“. Er sprach Reformen... Aber er versuchte den Arbeitern das wieder wegzunehmen, was sie sich im Mai erkämpft haben. Sechs Monate nach dem Mai sagte ein junger Arbeiter der De Wendel-Werke in Lothringen: „Vor den Streiks vom Juni arbeiteten wir sieben Tage hintereinander und ruhten einen Tag. Jetzt haben wir zwei Ruhetage hintereinander und unsere Löhne sind um 12 % gestiegen. Ich verdiene also 520,— im Monat für 42 Stunden wöchentlich. Aber die Fabrik von Jammes, wo ich arbeite, ist im Begriff zu schließen. Man wird mich nicht entlassen, aber man wird mich hinunterstufen. Mein

Lohn wird um 100 Frs. niedriger sein. Andererseits sind die Preise gestiegen: Ich gebe mehr aus als vor sechs Monaten, um das gleiche zu kaufen. In wenigen Monaten werde ich den ganzen Gewinn meiner Lohnerhöhung verloren haben.“

Und das sagte ein junger Arbeiter der Citroen-Werke in Paris: „Seit den Streiks haben wir das Recht, die Gewerkschaftspresse im Betrieb zu verkaufen und auszuhängen, aber der Chef versucht uns einzuschüchtern. Am 11. Dezember haben wir gestreikt, um zu verhindern, daß gegen einen Funktionär der CGT vorgegangen wird, der beschuldigt wurde, einen Auszug unterschrieben zu haben, in welchem er gegen die Erhöhung der Akkorde protestiert hat.“ Im Februar und im März 1969 war Generalstreik, um eine Aufwertung der Löhne im Verhältnis zu den gestiegenen Preisen zu fordern. Den Arbeitern und Studenten schlossen sich gleich die Händler und Handwerker an, welche mit Steuern überlastet sind. So entstand wieder die Volksbewegung, die im Juni vorübergehend geschlagen wurde, um die Errungenschaften des Streiks, die durch de Gaulle und die Monopole gefährdet waren, zu erhalten und zu erweitern.

April 69: de Gaulle gestürzt

Während der ökonomischen und sozialen Kämpfe, die dem Referendum vorangingen, haben diejenigen Arbeiter, die noch nicht von der grundsätzlichen Schädlich-

keit der gaullistischen Macht überzeugt waren, ihre letzten Illusionen verloren.

Im Mai 68 hatten sie geglaubt, daß de Gaulle sich bessern könnte. Im April 69 haben sie begriffen, daß de Gaulle ein für allemal der Vertreter der Unternehmer ist. Sie haben begriffen, daß, solange er an der Macht bleibt, keine ökonomisch-soziale Maßnahme zugunsten der Arbeiter endgültig errungen werden kann.

Das Referendum hat diese wachsende Unzufriedenheit und diese Bewußtseinsbildung bewiesen.

Diesmal ist die Erpressung mit dem Chaos und der sozialen Unordnung mißglückt. Die Linksradiكالen, isoliert, waren nicht in der Lage, Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren. Den Gaullisten selbst, welche an verschiedenen Orten kommunistische Funktionäre angegriffen und verletzt haben, ist es nicht gelungen, eine Atmosphäre der Unruhe zu schaffen. Ihre Provokationen haben sich gegen sie selbst gekehrt. Am Tage nach einem Überfall mit dem Messer auf einen Funktionär von St. Denis konnte der kommunistische Abgeordnete dieser Stadt ein Meeting mit über 1.000 Personen abhalten.

Der Abgang de Gaulles ist die normale Folgeerscheinung des Mai und Juni 1968. Er ist der Sieg der Linkskräfte und der Arbeitermassen, welche die immense Mehrheit des NEIN in die Urnen gebracht haben. In manchen Arbeitergemeinden der Pariser Vororte stimmten 75 % mit NEIN.

URLAUB FÜR JUNGE LEUTE

SDAJ

DDR
Jugendcamp
Wilhelmsthal

DM 88,50

(ohne Kosten für Anreise)

Termine:
6. 7. — 19. 7. 1969
20. 7. — 2. 8. 1969

Nähere Auskünfte erteilt

Sozialistische
Deutsche Arbeiterjugend
Bundesvorstand

43 Essen, Bersonstraße 11
Telefon 23 23 27

Junge Talente

für Songgruppen
Straßentheater
Kabarett
Agitationsensemble

werden zu jeder Zeit und an allen Orten gesucht.

Die „Aktion Demokratischer Fortschritt“, ADF braucht jeden der rähig und guten Willens ist. Wir vermitteln geeigneten „Anschluß“.

Bitte melden mit Angabe, ob Maler, Zeichner oder Textschreiber, ob Sänger oder Sprecher, ob Gitarre, Klavier, Ziehharmonika, Trommel, Pauke, Flöte oder Trompetenspieler, ob Elektriker oder Kraftfahrer, bei

Bundesvorstand

Demokratischer Kulturbund Deutschlands

75 Karlsruhe—21, Steubenstraße 4

Hunger

Die Probleme der „Dritten Welt“, der „Entwicklungsländer“, mit den Schlagworten „Hunger“ und „Bevölkerungsexplosion“ nur unzureichend und zum Teil mit verschleiender Absicht gekennzeichnet, beschäftigen interessanterweise erst seit kurzer Zeit die öffentliche Diskussion: seit der Zeit nämlich, da sich nationale Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonialländern entwickelten und diese im sozialistischen System eine Alternative zum kapitalistischen System zu sehen begannen. Als sie also dazu übergingen, die Ausbeutung durch die kapitalistischen Länder zu bekämpfen, als sie damit zur Gefahr für die Herrschenden und die Profitinteressen der kapitalistischen Welt wurden.

Seit dieser Zeit vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Staatsmänner der westlichen Welt mit salbungsvoller Stimme von der Notwendigkeit der Bekämpfung des Hungers und von der Notwendigkeit von „Entwicklungshilfe“ reden. Und es werden Rezepte entwickelt, Berechnungen aufgestellt über die realen Möglichkeiten, das Problem zu lösen. Ökonomen und Wissenschaftler mit unterschiedlichster Interessenvertretung arbeiten daran, und so reichen auch die Vorschläge von der Minderung des Bevölkerungswachstums durch die Verteilung der Anti-Baby-Pille bis zur Streichung der Mittel für Rüstungslasten und ihre Verwendung für Entwicklungshilfe. Letzteres wäre zweifellos das weitaus Vernünftigste. Professor Baade ist einer der konsequentesten Befürworter dieses Weges. (siehe elan 4 und 5/69).

Der moralische Appell, der Appell an die Vernunft wird großgeschrieben. Er findet praktische Fortsetzung: kirchliche Jugendorganisationen rufen zum Marsch gegen den Hunger in der Welt auf, die Kirchen sammeln „Brot für die Welt“, und der noch amtierende Bundespräsident Heinrich Lübke spricht in schlichtem Deutsch davon, daß die in Wohlstand Lebenden den Armen und Unwissenden der unterentwickelten Länder mit ein paar Groschen helfen müßten.

Sie sterben für Profite

Derweil geben die Herrschenden der kapitalistischen Welt weiterhin 160 Milliarden Dollar für die Rüstung und 4 Milliarden für die Entwicklungshilfe aus (Zahlen von 1967). Derweil führen die USA mit bundesdeutscher Unterstützung weiter ihren Vernichtungskrieg gegen das vietnamesische Volk, sterben in Nigeria weiterhin Menschen für kapitalistische Profitinteressen, hat Israel weiterhin den Spezialauftrag, die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung einer nationalen Industrie, für die Überwindung des Analphabetentums durch umfassende Agrar- und Wirtschaftsreformen in den arabischen Staaten mit militärischen Aktionen zu stören.

Aus der Praxis ergibt sich: rein theoretische, lediglich mit Appellen an die Vernunft und an die Moral der Herrschenden versehene Rezepte sind sinnlos. Sie wirken als humanitäres Feigenblatt der auf Profitinteressen begründeten Macht- und Ausbeutungspolitik der kapitalistischen Staaten. Sie degradieren die ehemaligen Kolonialvölker zu dummen und armen Almosenempfängern. Sie können lediglich die Möglichkeiten darstellen, die es gäbe, wenn die Herrschenden ehrlich zur Hilfe bereit wären. Solange diese moralischen Appelle aber nicht mit der Erkenntnis und der Aufforderung verbunden werden, daß diese Möglichkeiten nur durch den Kampf vor allem der Arbeiterklasse aller Länder und gegen die Profitinteressen der Wirtschaftsgewaltigen und ihrer Regierungen durchgesetzt werden müssen, bleiben sie wirkungslos. Der Hunger von Bevölkerungsmassen hat die Kolonialpolitik als Ursache, also eine politische Ursache. Er ist deshalb auch nur politisch zu bekämpfen.

Die westlichen Regierungen könnten helfen, läge es in ihrem Profitinteresse. Aber der Widerspruch zwischen dem, was die Entwicklungsländer tatsächlich brauchen und dem, was der Kapitalismus will, wird an einigen konkreten Beispielen deutlich:

Zuerst: Agrarreform

Im Aufgabenkatalog der Entwicklungsländer hätte an erster Stelle zu stehen eine umfassende, radikale Agrarreform. Die Grundbesitzer müßten von ihrem Boden, den sie zum großen Teil brachliegenlassen, enteignet werden. Das Land müßte denen gegeben werden, die es bebauen. Die Landwirtschaft müßte als versorgungswichtiger Wirtschaftszweig entwickelt werden. Das bedingt, daß die Bauern nicht mehr rückständig, das heißt mit Holzpflug und Hacke zu arbeiten hätten, sondern Maschinen zur Verfügung gestellt bekommen. Sie müßten Anleitung erhalten, wie die Fruchtbarkeit des Bodens durch Einsatz von Düngemitteln, von Bewässerung, durch intensive Bearbeitung verbessert werden kann. Vor allem die jüngeren Bauern müßten zu Spezialisten herangezogen werden. Die Kinder der Landbevölkerung müßten aus dem Arbeitsprozeß, in dem sie heute als billige Arbeitskräfte stehen, herausgezogen werden und Schulbildung erhalten.

Die Agrarreform bedeutet eine gesellschaftliche Umschichtung. Ein Teil der heute in den Entwicklungsländern wirtschaftliche und damit politische Macht Ausübenden, würde enteignet, machtlos. Eine Hauptstütze für den Einfluß der USA würde ausfallen. Die erhöhte Nahrungsmittelproduktion würde die USA der Möglichkeit berauben, Nahrungsmittel — vor allem Weizen — unter unwürdigen Bedingun-

gen exportieren. Damit würde auch die Praxis wegfallen, die Nahrungsmittellieferungen mit politischen Bedingungen zu koppeln und gleichzeitig Rohstoffe billigst gegen den Weizen „einzutauschen“. Eine ungeheure Profitquelle wäre versiegt.

Zweitens: Industrialisierung

Die Agrarreform würde notwendig machen den Aufbau einer Industrie, die die Produktionsmittel für die Landwirtschaft liefert. Eine eigene chemische Industrie für die Herstellung von Kunstdünger, Werke für die Produktion von Traktoren und anderen Landmaschinen wären vordringlich für die Entwicklung der Landwirtschaft. Diese Industrie müßte in nationalem Besitz sein, um ungehindert den Interessen des Landes, der Entwicklung seiner Wirtschaft dienen zu können. Sie dient gleichzeitig der Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals zugunsten der eigenen Volkswirtschaft. Diese nationale Industrie widerspricht den Exportinteressen der kapitalistischen Länder. Bestenfalls gestehen diese Länder zu, Werke unter eigener Regie im Entwicklungsland zu errichten: Zwar bezahlen sie Steuern (minimal), der Profit gehört jedoch ausländischen Aktionären.

Notwendig wäre der Aufbau von Schwerindustrien zur Verwertung der eigenen Rohstoffe und zur Ausstattung mit Maschinen etc. für den Aufbau einer Konsumgüterindustrie, die gleichfalls die eigenen Rohstoffe verwerten kann.

Hier verschärft sich der Interessenwiderspruch: Die kapitalistische Industrie könnte nicht mehr über billigste Rohstoffquellen verfügen, die ihr erst einen Sonderprofit gewährleisten. Mit zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit wächst auch die politische Unabhängigkeit eines Landes.

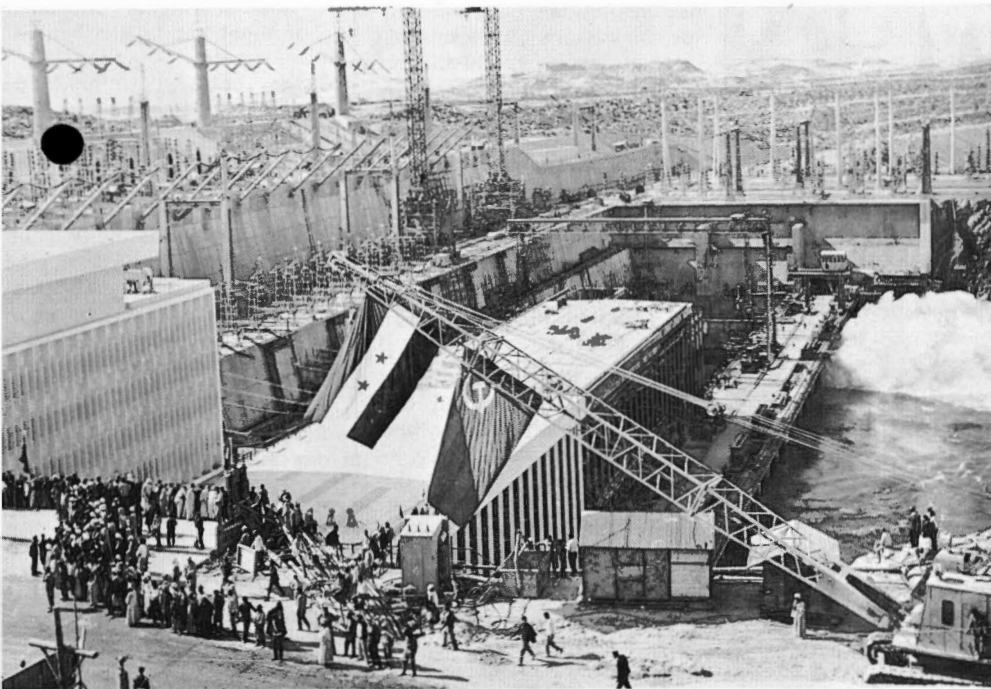
Der Aufbau einer nationalen Industrie setzt voraus und bringt gleichzeitig mit sich die zunehmende Bildung und Ausbildung der Bevölkerung. Analphabeten können keine komplizierten Maschinen bedienen, können nicht geistig schöpferisch arbeiten.

Er bringt außerdem eine notwendige Umschichtung der Bevölkerung mit sich: immer mehr jetzt noch beschäftigungslose Landbevölkerung wird zur Industriearbeiterschaft. Natürlich ist der Aufbau der Industrie nur über einen relativ langen Zeitraum zu bewältigen. Notwendig ist deshalb auch als Ergänzung der Aufbau einer Heim- und Kleinindustrie mit relativ einfachen Verarbeitungsmethoden. Dieser Zweig kann heute schon bei den Menschen die Grundfertigkeiten entwickeln, die sie morgen in der Großindustrie brauchen.

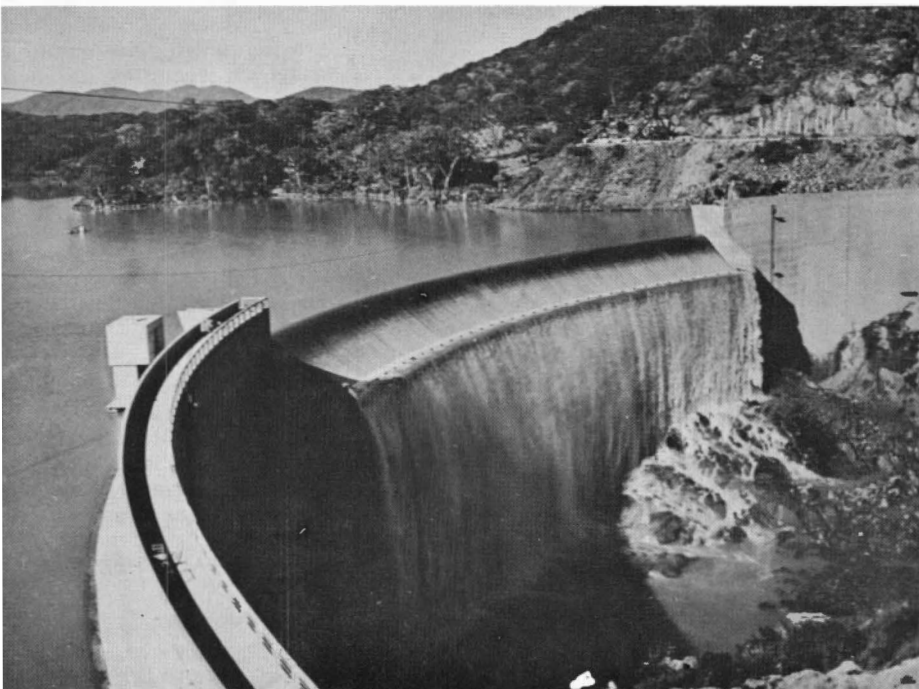
Diese Maßnahmen zusammen lösen auch das Problem der Überbevölkerung: es besteht ja nicht in erster Linie darin, daß zuviel Men-

Ein Bericht von Hermann Sittner

Dritter Teil: Wie muß der Kampf gegen den Hunger geführt werden



Die Entwicklungsländer brauchen Kredite mit langer Laufzeit, sie brauchen Schwerpunktanlagen wie den Assuan-Staudamm in Ägypten...
... und Kraftwerke, die unmittelbar in nationalen Besitz übergehen.



schen vorhanden wären, sondern darin, daß zuviele von ihnen keine Arbeitsplätze haben, nicht produzieren können, deshalb keine Konsumkraft darstellen, sie deshalb nichts zu essen erhalten. Es gibt also nicht zu viele Menschen, sondern zu wenig Arbeitsplätze, und wenn man schon von einer „überschüssigen“ Gruppe Menschen spricht, dann kann wohl nur jene gemeint sein, die selbst nicht arbeitet, sich aber auf Kosten aller übrigen bereichert.

Hilfe ohne Bedingungen

Selbstverständlich ist der Aufbau einer nationalen Volkswirtschaft mit allen ihren Zweigen von den Entwicklungsländern aus eigener Kraft nicht oder nur sehr langsam und schwer zu verwirklichen. Diese Staaten brauchen Hilfe. Welche „Hilfe“ sie nicht brauchen, ist geklärt: Kapitalhilfe und Industriean siedlung unter kapitalistischen Profitbedingungen hemmen ihre Entwicklung. Sie brauchen Kredite mit langer Laufzeit zu niedrigsten Zinsen, sie brauchen Schwerpunktanlagen wie den Assuan-Staudamm in Ägypten und Stahlwerke wie in Indien, die unmittelbar in nationalen Besitz übergehen. Sie brauchen Spezialisten und Ausbilder für die Heranziehung eigener Facharbeiter, Konstrukteure, Ingenieure und Wissenschaftler. Diese Hilfe haben die Entwicklungsländer bisher nur von den sozialistischen Ländern erhalten.

Wer heute bei uns gegen den Hunger in der Welt zu Felde zieht, sollte neben allen achtenswerten Spenden-Sammlungen unter der Bevölkerung beachten: Die Regierungen der EWG-Länder geben heute pro Jahr Milliarden Mark für die Vernichtung landwirtschaftlicher „Überschüsse“ aus, weil sie „auf den Weltmarkt nicht absetzbar“ seien. Es sollte gefragt werden, ob diese Milliarden nicht verwendet werden könnten, die Nahrungsmittelüberschüsse an die Entwicklungsländer zu geben. Aber darüberhinaus bleibt bestehen: Entwicklungshilfe unter kapitalistischen Bedingungen nützt den Völkern nichts. Sie führt lediglich dazu, die Dividenden der Konzerne steigen und die politische Abhängigkeit der jungen Staaten bestehen zu lassen. Echte Entwicklungshilfe muß gegen die Interessen des herrschenden Großkapitals durchgesetzt werden. Daran haben die Sozialisten und die Mehrheit der arbeitenden Menschen ein unmittelbares Interesse. Je mehr es gelingt, die Entwicklungsländer vom politischen Einfluß der kapitalistischen Staaten zu befreien, desto weniger Machtpositionen hat der Imperialismus in der Welt, desto mehr wird das Gewicht zugunsten der arbeitenden Menschen in allen Ländern verschoben.

Es darf nicht mehr passieren, was Franz Josef Strauß jetzt erst gefordert hat: die Entwicklungshilfe für Kambodscha zu sperren, weil dieser Staat die DDR anerkennt hat. ■

Oma - wir kommen

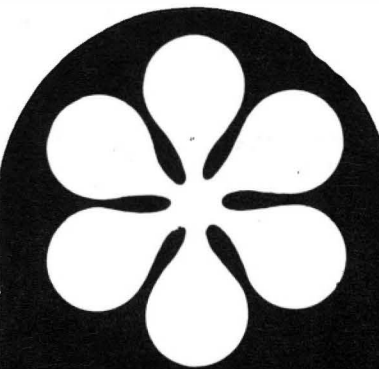
Für den 7. Juni haben verschiedene Arbeiterjugendverbände zur Demonstration gegen die hundertjährige Oma Gewerbeordnung in Bonn aufgerufen.

Es ist eine Schande und eine Provokation, daß die autoritären kaiserlichen Gesetze von 1869 heute noch Gültigkeit besitzen und von den Unternehmern bald in Bonn gefeiert werden! Und wo bleibt das uns Lehrlingen seit 1949 versprochene Berufsausbildungsgesetz? Jetzt will man noch vor den Wahlen ein so wichtiges Gesetz ohne unsere Mitwirkung schnell durchpeitschen?!

Ich bin zwar erst 21, aber meine Erfahrungen zeigen, daß ohne Kampf nichts von den Unternehmern zu holen ist.
MICHAEL JOPPEK, Esslingen

Vor kurzem schien es, als hätten die Bundestagsparteien ihr Herz für die Jugend entdeckt. Inzwischen munktelt man in Bonn, daß die Parteien der Großen Koalition, CDU/CSU und SPD, noch in dieser Legislaturperiode ein Berufsausbildungsgesetz verabschieden wollen. Das Beraten dieser Entwürfe hinter schalldichten Türen ist ein Tritt ins Kreuz der Arbeiterjugend und beweist, daß alle entscheidenden Forderungen der Arbeiterjugend, nämlich Mitbestimmung und Mitentscheidung über ihre eigene Zukunft, schnell in den Papierkorb geworfen wurden.

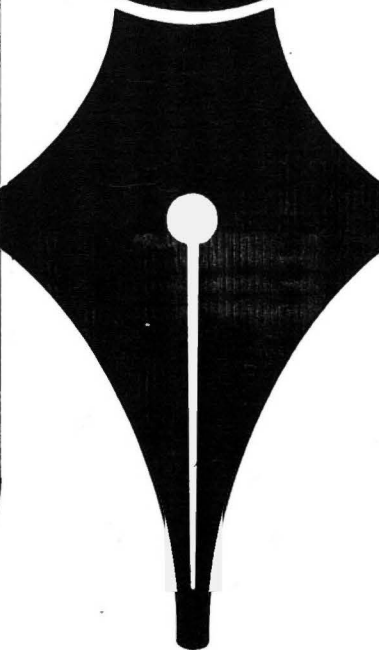
Ich bin der Auffassung, bevor ein solches Gesetz verabschiedet wird, diesen Gesetzentwurf den Arbeiterjugendorganisationen, insbesondere der DGB-Gewerkschaftsjugend zur Beratung und zur Meinungsbildung vorgelegt werden muß. Ein auf die schnelle Tour im Bundestag durchgebrachtes Gesetz, ohne daß die



POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

**Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.**



Arbeiterjugend dazu ihre Meinung gesagt hat, bedeutet lediglich ein taktisches Wahlmanöver der herrschenden Parteien.

ARTUR MOSES, St. Ingbert,
Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses

Am 13. Juni wollen die Bundestagsparteien ohne öffentliche Diskussion ein Berufsausbildungsgesetz verabschieden. Diesen Gesetzentwurf, der hinter dem Rücken der Jugend und der gesamten Öffentlichkeit ausgearbeitet wurde, hat die SDAJ am 9. Mai veröffentlicht. Die Bundestagsparteien setzen sich mit ihrem Entwurf über alle wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften und Jugendverbände hinweg.

Der Bundesvorstand der SDAJ hat auf seiner heutigen Sitzung diese Praktiken der Bundestagsparteien erneut scharf verurteilt und gefordert, daß die Vorstellungen der Gewerkschaften und Jugendverbände zur Berufsausbildung in einem Gesetz enthalten sein müssen.

Insbesondere fordert die SDAJ in Übereinstimmung mit anderen Jugendverbänden und den Gewerkschaften ein einheitliches, demokratisches Berufsausbildungsgesetz, das den Gewerkschaften und den Vertretern der arbeitenden Jugend in allen Bereichen das Mitbestimmungsrecht garantiert, die Abschaffung des reaktionären Kammernsystems vorsieht und eine moderne Berufsausbildung sichert.

Der Bundesvorstand der SDAJ begrüßt die Absicht der Gewerkschaftsjugend, am 7. Juni 1969 einen Sternmarsch in Bonn durchzuführen. Die SDAJ die bereits vor einigen Wochen eine Großaktion zum 21. Juni vorgeschlagen hatte, wendet sich heute mit einem Aufruf an die Lehrlinge und arbeitende Jugend der Bundesrepublik, im Interesse einer gemeinsamen Aktion der Arbeiterjugend am 7. Juni in Bonn den Forderungen der Ju-

gend mit einer machtvollen Demonstration Nachdruck zu verleihen.

SDAJ-Bundesvorstand, Essen

In der Öffentlichkeit werden von den Unternehmern heute über den Betrieb folgende Thesen vertreten und verbreitet.

1. Wir leben heute nicht mehr in einer kapitalistischen Gesellschaft.
2. Die sozialen Unterschiede sind bereits eingeebnet.
3. Heute ist der Wohlstand zwar noch nicht ganz gerecht verteilt, aber es bestehen keine krassen Einkommensunterschiede mehr.
4. Nach dieser Auffassung sind die Arbeiter ebenfalls keine einheitliche Klasse mehr. Menschen ohne gesicherte Existenz gibt es heute nicht mehr, sondern die Arbeiter halten sich für verbürgerlicht und fühlen sich dem Mittelstand zugehörig.

Hier sprechen die folgenden Argumente dagegen:

Die Stellung des Arbeiters im Betrieb ist auch heute noch abhängig und fremdbestimmt. Er besitzt keine betriebliche Autorität (Geltung). Seine Arbeit und sein Verhalten im Betrieb wird von Vorgesetzten und Maschinen bestimmt und kontrolliert. Innerhalb der betrieblichen Prestigeordnung (Ansehen) stehen die Arbeiter unten; ihre Position bringt am wenigsten Ansehen mit.

Die Möglichkeiten für den innerbetrieblichen Aufstieg sind für die Arbeiter heute sehr gering.

In der Regel haben die Industriearbeiter mit 25 Jahren ihre Leistungsspitze erreicht, die sie für höchstens zwei Jahrzehnte halten können.

Daraus kann man folgendes feststellen: Die Ausbildungsmöglichkeiten der Arbeiterkinder sind heute aus persönlichen und sachlichen Gründen wesentlich geringer, als bei Kindern von anderen sozialen Gruppen.

GUNTER TAUSCHE, Weil

Gegen Anti-kommunismus

Mit dem Leserbrief von Rainer Schädlich (elan 4/69) setzt sich Manfred Wolff auseinander.

Antikommunismus hat sich schon immer zum Schaden des arbeitenden und studierenden Volkes ausgewirkt. Antikommunismus spricht auch aus dem Leserbrief des Rainer Schädlich. Für ihn sind die DKP und ADF verbürgerlichte Parteien, weil sie, wie die Kommunistischen Parteien anderer westlicher Länder, auf friedlichem, parlamentarischem Wege zum Sozialismus gelangen wollen. Die erfolgreichen Aktionen der SDAJ und anderer fortschrittlicher Jugendorganisationen dienen seiner Ansicht nach nur der Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Sogar die Mitbestimmung, man höre und staune, bringt die Arbeitnehmer und Studenten angeblich nicht einen Schritt dem Sozialismus näher.

Die militanten Aktionen der Maoisten und politischen Wirtsköpfe im SDS, fügen durch ihr Verhalten allen demokratischen Kräften in der BRD großen Schaden zu. Hoffentlich nutzen sie in der Zukunft die vielfältigen politischen Aktionen der fortschrittlichen Parteien und Organisationen, statt wie in der Vergangenheit sie zu behindern. Dies isoliert sie nur von der Bevölkerung und unterstützt damit die Position der herrschenden Klasse. Im Aktions- und Wahlbündnis (ADF) sehe ich die z. Z. besten Ansätze zur Einigung der demokratischen Kräfte. Im gemeinsamen Kampf für Erhaltung und Ausbau der demokratischen Grundrechte, im Kampf um Mitbestimmung wird es gelingen, das sozialistische Ziel zu erreichen. Die Mitbestimmung ist das stärkste Mittel zur Zurückdrängung der Monopole.

MANFRED WOLFF, Meckelfeld

Mehr Beat

Anregungen zum Song-Magazin des elan äußert unsere Leserin Barbara Weismantel

Die Hit-Parade im Song-Magazin finde ich recht gut, aber ich bin der Auffassung, daß hier nicht nur Meinungen über Protest-Songs, sondern auch Beiträge über Beat zur Geltung kommen sollten. Ich bin nämlich auch der Auffassung, daß sicher neben Politik auch viele Jugendliche gerne etwas über den Beat erfahren möchten. elan ist zwar nicht „Bravo“, das sehe ich ein, aber trotzdem sollte auch manchmal etwas über den Beat im Song-Magazin untergebracht sein.

BARBARA WEISMANTEL, Jugenheim

Braune Gefahr

Diskussion mit sowjetischen Gästen über Neonazismus.

Am 1. Mai weilten bei uns in Duisburg Genossen aus der UdSSR. Sie waren zuvor bei den Jungsozialisten und diskutierten u. a. auch über die NPD. Zur Überraschung der Gäste gingen die Jungsozialisten davon aus, daß die NPD keine Gefahr sei. Wir haben mit den Gästen über das gleiche Thema gesprochen, sind aber grundsätzlich anderer Meinung. Wir halten die NPD für die schlimmste Gefahr für unser Volk.

UDO WINKES, Duisburg

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

.....
(Unterschrift)

.....
(Anschrift)

Weltkreisverlags
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Jagow versichert (fast) alles –
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

PLÄNE Peng SERIE



PENG 3 ist da!

Autoren und Interpreten der dritten Platte der pläne-PENG-Serie sind die „Conrads“, eine Agitpropgruppe aus Düsseldorf. Ihr Programm ist für die Straße: Sie singen bei Demonstrationen auf Straßen, Plätzen und vor Fabrikatoren von einem ausgedienten und umgebauten Polizeifahrzeug herab. Ihre Schallplatte enthält traditionelle Lieder der Arbeiterbewegung und selbstverfaßte Songs.

Die Conrads

Auf, auf zum Kampf!!

Lieder für die Straße
(Auf, auf zum Kampf Streiklied der Fliesenleger Träume nicht Für Vietnam Dein Standpunkt)

17-cm-Single
Bestell-Nr. Peng 3
DM 5.—

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. O. - M. Z. M.
34-GÖTTINGEN, Postfach 601

EGAN MUSIC

GET BACK/BEATLES — Apple
Dieser Vorläufer der fast vollendet
neuen Beatles-LP ist eine
Überraschung in dreifacher Hin-
sicht: Erstens erscheint er einen
Monat früher als geplant, zweitens
präsentiert er als Neuentdeckung
den Organisten Billy Preston,
und drittens tönt die Aufnahme in
einem ungewohnten, gleichwohl
beeindruckenden Hillbilly-Stil. Also
wieder etwas neues, und vor allem:
Wieder ein Millionen-Hit.

AQUARIUS/5th DIMENSION —
Liberty
Neuer Spitzenreiter der US-Hit-

lich, mit lungenschwacher Lead-
stimme.

PINBALL WIZARD/WHO

— Polydor —
Nach langer Abwesenheit halten
Pete Townshend, Roger Daltrey,
Keith Moon und John Entwistle
wieder Einzug in die englische
Hitparade, — bezeichnenderweise
nicht mit vergleichsweise
gemäßigten Nummern wie
„Dogs“ oder „Magic Bus“, sondern
mit ihrem stärksten und härtesten
Stück seit „My Generation“. „Wehe,
wenn sie losgelassen“, sagte schon
Schiller und meinte wohl The Who.

JOSE FELICIANO gibt, wie seine
bisherigen Platten — etwa
„Light My Fire“ — zeigen, gän-
gigen Pop-Titeln durch seinen
elektrisierenden Soul-Gesang
und sein äußerst fingerfertiges
Gitarrenspiel ein völlig neues
Gesicht. Das gilt auch für seine
zweite LP
SOULED (RCA Victor LSP 4045
Stereo), die elf verblüffende
Neuinterpretationen altbekannter
Kompositionen bringt: Songs
von Bob Dylan („I'll Be Your
Baby Tonight“), Holland-Dozier-
Holland („My World Is Empty
Without You“) und John Sebastian
 („Younger Generation“).

nen Gitarrensoli, z. B. in „I'm So
Glad“), zur Hälfte Studio-Pro-
duktionen, die sich durch ge-
schickte Arrangements und pfif-
fige Texte auszeichnen (z. B.
„What A Bringdown“).
(19 DM)

BRIAN AUGER & THE TRINITY
wollen Musik auf der Grenzlinie
zwischen Pop und Jazz machen,
beides miteinander vereinigen.
Ihre LP

DEFINITELY WHAT! (Polydor
184 182 Stereo) zeigt in acht
prickelnden, mild-psychodeli-
schen Aufnahmen den Erfolg
dieser Bemühung. Mit Stücken
wie „Far Horizon“, „If You Live“
oder ihrer Version von „A Fay
In The Life“ brauchen **BRIAN
AUGER** (elektrische Orgel),
DAVE AMBROSE (Baß) und
CLIVE THACKER (Schlagzeug)
keinen Vergleich mit Gruppen
wie The Nice zu fürchten.

JULIE DRISCOLLs rassig-rauhe
Stimme fügt sich, wie das Album
OPEN (Polydor 184 130 Stereo)
beweist, nahtlos in die Musik
von **BRIAN AUGER & THE TRINITY**
ein. Wer braucht einen
Kommentar zu Songs wie „Sea-
son Of The Witch“ oder „Tramp“?
(je 19 DM)

Die Musik des US-Films „The
Graduate“ ist zu hören auf der
LP

DIE REIFEPRÜFUNG (CBS S
70 042 Stereo).
SIMON & GARFUNKEL sind ver-
treten mit dem zarten, lyrischen
„Scarborough Fair“, mit dem
allseits bekannten „Sounds Of
Silence“, mit dem originellen
„The Big Bright Green Pleasure
Machine“ und dem Motiv ihres
Bestsellers „Mrs. Robinson“. Ansonsten hört man nur irgend-
welche blecherne Orchester-
klänge.

HIT PARADE

**1. ICH SINGE EIN LIED FÜR
DICH**

Heintje (Ariola)

2. GAMES PEOPLE PLAY

Joe South (Capitol)

3. PRIMABALLERINA

Siw Malmquist (Metronome)

4. GOODBYE

Mary Hopkin (Apple)

5. BENE, BENE, BENE

Rita Pavone (Polydor)

**6. LASS DOCH DEN
SONNENSCHEN**

Renate Kern (Polydor)

7. CRIMSON AND CLOVER

Tommy James + the Shondells
(Vogue)

8. PROUD MARY

Creedence Clearwater Revival
(Bellaphon)

9. HEY

Peggy March (RCA)

10. GET BACK

Beatles (Odeon)



INFORMATION

parade, ein Titel aus dem auf-
sehenerregenden Strip-Musical
„Hair“. Die englische Version
von Paul Jones verschwand in
der Versenkung; die Interpreta-
tion der „Besten Stimmen der
Pop-Welt“, die sich schon mit
„Up Up And Away“ und „Stoned
Soul Picnic“ Lorbeeren erwar-
ben, ließ sich hingegen nicht
überhören.

**TIME OF THE SEASON/
ZOMBIES** — CBS —

Vor einem Jahre in England er-
schienen und durchgefallen, er-
reichte die Aufnahme kürzlich
die Spitze der US-Hitparade.
Das ist ein unerhört eindringli-
cher Sound, unheimlich ge-
dämpft und beinahe psychode-

DRIVE YOU MAD/GUN — CBS —
Man weiß schon nach den ersten
Takten der Platte, daß sie von
derselben Gruppe gemacht ist
wie „Race With The Devil“. Die
Melodie schraubt sich zwar nicht
so rasch ins Ohr, aber allerlei
elektronische Klangartistik ent-
schädigt dafür voll- und ganz.

**YOU'VE MADE ME SO VERY
HAPPY / BLOOD, SWEAT &
TEARS** — CBS —

Als Undergroundgruppe sind sie
bekannt geworden, mit progres-
siven Tönen machten sie Exper-
ten auf sich aufmerksam, nun
sind sie zur kommerziellen Mu-
sik übergewechselt: Text und
Arrangement zeigen sich kon-
ventionell.

Sämtliche Schnitte sind in **FELI-
CIANOs** versoultter Version noch
reizvoller als das jeweilige Ori-
ginal. (19 DM)

THE CREAM ist tot, es lebe **THE
CREAM!** Zwar sagen die drei
Blueskünstler, daß ihre Bestlei-
stungen nie auf Platte gepreßt
worden seien, aber ihr letztes
Album

GOODBYE (Polydor 184 203
Stereo) ist ein Schwanenge-
sang, der selbst anspruchsvoll-
ste Hörer zufriedenstellen wird.
Dieser Meilenstein der Popmu-
sik (leider gleichzeitig der Grab-
stein der Gruppe) präsentiert
sechs Aufnahmen, zur Hälfte
Live-Leistungen (hier brilliert
vor allem Eric Clapton mit sei-

Carsten Linde



SONG MAGAZIN



Von **ERNST BUSCH**, dem Sänger revolutionärer Lieder der Arbeiterbewegung sind in der Bundesrepublik nur wenige Schallplatten erhältlich. Busch's Interpretationen revolutionärer Lieder und Kabarettsongs gehören zum Besten, was in Deutschland zu hören ist. Bertold Brecht: Legenden, Lieder und Balladen 1914—1934 (44 028, 21,— DM) heißen hervorragende Aufnahmen der VEB Deutsche Schallplatten Berlin, die von der Deutschen Gramophon vertrieben werden. Ernst Buschs überragende Interpretationen der von Hanns Eisler vertonten frühen Brecht-Lieder (u. a. Die Ballade von der Hanna Cash; Das Lied vom SA-Mann, Die Ballade vom Baum und den Ästen) gehören zu den besten der vielen LPs mit Brecht-Songs und Rezitationen.

Der Gitarrist **SIEGFRIED SCHWAB** bespielte mit einer Jazz-Begleitgruppe eine Langspielplatte mit dem Titel „Remember Django Reinhardt“ (Metronome MLP 15 308, 19,— DM). Leider reichen die Eigenkompositionen von Schwab und Ehlers bei weitem nicht an das Vorbild heran. Ihnen fehlt das rhythmisch-melodische Feuer der Django-Reinhardt-Stücke, das auf eindrucksvolle Weise das Schnuckenack-Reinhardt-Quintett (Da Camera 95 015) wiedergibt. Siegfried Schwabs LP bleibt im Vergleich zu anderen Gitarren-LP-Neuerscheinungen anspruchslos.

Lieder, Chansons, Unverblühtes von und mit **ERIK VARGAS** veröffentlichte die Reihe „Da Camera-Song“ unter dem Titel **ICH, SCHMETTERLING** (SM 95014, 19,— DM). Es handelt sich um skurrile Einfälle, erschreckliche, teils moratenhafte Texte, aus denen eine scharfe Beobachtungsgabe und hintergründiger Humor sprechen. Titel u. a.: Song vom Wegdegang einer höheren Tochter; Omas letzte Ölung; Gartenzwerge — arbeitslos; Verdampfte Genüsse oder O heiliger Pferde-Apfel). Durch die Mitwirkung von Hanns-Dieter Hüsch, Siegfried Schwab (g) und Klaus Wunderlich (o) entstand eine heiter-satirische hörensweite LP.

Ein Ärgernis ist die LP „Unerhörte Chansons von Fritz Grasshoff“, gesungen von **ILLO SCHIEDER** (MPS 15 108, ST, 19,— DM). Die Stimme der Schieder legt die plumphen Anzüglichkeiten der Texte auf penetrante Weise frei, ohne Nuancierungen und ohne den Witz und das Temperament der Helen Vita zu erreichen (der die Platte wesentlich besser gelungen wäre). Selbst für hartnäckige Grasshoff-Fans lohnt sich die Anschaffung der LP nicht — sie haben weitaus mehr von der Sonderausgabe der beiden Grasshoff-Bände „Unverblühtes Lieder- und Lästerbuch“ (198 Seiten) und „Klassische Halunkenpostille“ (208 Seiten), die zum Preis von zusammen nur 16 DM im Piepenheuer & Witsch-Verlag erschienen sind. Beide Bücher sind mit zahlreichen Grasshoff-Illustrationen versehen. Eine Fundgrube für jeden, der Grasshoff-Texte zu Chansons vertonen möchte.

Erotische Volkslieder aus fünf Jahrhunderten sammelten Klaus Budzinski und Reinhard Schatter und gaben sie als Anthologie „**Liederliche Lieder**“ (Scherz Verlag, München, 446 Seiten, 24,— DM) heraus. Die Herausgeber schreiben im Vorwort des Buches: „... die liebliche Liebe als un-sublimierter Ausdruck sinnlicher

Lust finden in unseren herkömmlichen Volksliedersammlungen nicht statt. Allenfalls werden Andeutungen angedeutet... hier nun setzten mehrere Sammler und Forscher an und förderten zutage, was Jahrhunderte hindurch unregistriert im Volksmund geblieben oder, handschriftlich und auf fliegenden Blättern fixiert, ängstlich in Bibliotheken gehütet worden war und schließlich doch nicht „verdrängt“ werden konnte, so sehr auch die moralische Inquisition die Offenlegung eines wesentlichen Bestandteils der Volksseele „im Namen des Volkes“ zu verhindern sich ereiferte — bis auf den heutigen Tag.“ Die sinnlich-derben, liederlichen Lieder, die in diesem Buch zusammengestellt sind, beweisen eines sehr deutlich: daß das Volk „nicht tümlich“ ist, wie Bert Brecht schon sagte.

THE **BUTTERFIELD BLUES BAND** spielt in neuer Besetzung auf ihrer LP „**IN MY OWN DREAM**“ (Elektra EKS 74 025) im mitreißenden, rhythmisch betonten „Contemporary Sound“. Die sieben Titel der LP begeistern ohne Ausnahme, vor allem durch die intensiven — teilweise lyrischen, teilweise orgiastisch endenden — Soli. Die Butterfield Blues Band verdient mit dieser Scheibe mehr Beachtung als ihr bisher zuteil wurde.

JUDY **COLLINS** ist auf der Suche nach neuen Liedern fort von der Countryside der Folklore in die blühenden Blumenfelder der Flower-People geraten. Die Arrangements der von ihr auf der LP „Wildflowers“ (Elektra EKS 74 012, 19,—DM) interpretierten Songs von Leonhard Cohen, Joni Mitchell, Jacques Brel und — man höre und staune: von Judy Collins selbst — dürften aber auch Blumenkindern zu romantisch-verträumt-idyllischfeldwaldwiesenblütenblumenmäßig erscheinen. So viel Geigen- und Flötenklang zu ihrer klaren überzeugenden Stimme ist kaum zu ertragen, obwohl manche der Texte bemerkens-

werte Zeilen beinhalten (etwa der schon ätler Folk-Hit „Both Sides Now“ und „Priests“).

Das **LITERARISCH-POLITISCHE KABARETT** der zwanziger Jahre gestaltete sich nach der Novemberrevolution genauso widersprüchlich wie diese Revolution selbst. Zwischen 1919 — 1923 waren es neben Kurt Tucholsky vor allem Walter Mehring und Alfred Henschke, genannt **KLABUND**, die in den Kabarets von Berlin den Krieg immer wieder anprangerten und gleichzeitig die Revolution und die bürgerlich-demokratischen Freiheiten begrüßten. Klabund hinterließ bei seinem frühen Tode 17 Gedichtbände, 10 Romane und 8 Dramen. Eine Auswahl aus Klabunds literarischem Schaffen wurde 1968 im Kiepenheuer & Witsch-Verlag von Marianne Kesting unter dem Titel „**KLABUND — DER HIMMLISCHE VAGANT**“ (620 Seiten, 28 DM) herausgegeben. Daß sich Brecht und Klabund gegenseitig beeinflusst haben und auch von der Thematik (und gelegentlich Duktus) her die gleiche Vorliebe teilen, zitiert Marianne Kesting in dem lesenswerten Vorwort. Der Leser dieses empfehlenswerten Buches wird viele Parallelen entdecken beim Lesen der Romane, Erzählungen, Schauspiele, Gedichte und Nachdichtungen. Klabunds rauschhafte, romantisierende Sprache der Prosa weicht in den Chansons und Brettliedern einer realistischen Diktion (z. B. Ballade des Vergessens). Durch manche der Schriften und durch seine Gedichte wird der Bezug zur politischen Wirklichkeit der Weimarer Republik wesentlich erleichtert.

F **RANK WEDEKIND**, der sich als Brettlsänger, Zirkussekretär, Reklamechef, Schauspieler und Regisseur betätigte, war um die Jahrhundertwende ein entschlossener „Bürgerschreck“. Seine provozierenden Dramen wurden von den Zensurbehörden verfolgt. Wedekind — selbst in sexueller Beziehung eher ver-

klemmt als frei — forderte die Befreiung von Sexus und Eros. Er propagierte die sexuelle Aufklärung, um der Jugend zu zeigen, „daß es in der Natur überhaupt gar keine unanständigen Vorgänge gibt, sondern nur nützliche und schädliche, vernünftige und unvernünftige.“ Seine Werke stellten darüber hinaus die bürgerliche Gesellschaft in Frage und machte dabei die Emanzipation der Frau von einer allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation abhängig. Klaus Völker beschreibt Wedekinds Dramen in der Reihe „Friedrich Dramatiker des Welttheaters“ (Band 7, Wedekind, 106 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Friedrich Verlag Vebber) und kommt bei einer kritischen Betrachtung zu dem Schluß, daß bisher Wedekinds Dramen in der BRD nie werkgerecht inszeniert wurden. **ARTUR KUTSCHER** schrieb schon 1922 — 1931 eine dreibändige Monographie über Leben und Werk des Dichters, die bis heute die vollständigste ihrer Art geblieben ist. Zum hundertsten Geburtstag des Dichters (1964) wurde diese Monographie neu bearbeitet und als Sonderausgabe (380 Seiten, 12,80 DM) vom List Verlag München veröffentlicht. Ein Tip: Mehr Wedekind lesen!

K **LAUS BUDZINSKI** schrieb 1966 eine Kritik des Kabarets in der Ära Adenauer unter dem Titel „Die öffentlichen Spaßmacher“ (List Taschenbücher 301, 2,80 DM). Er wertete die Programme der Kabarets des Kom(m)ödchen, die Amnestierten, die Insulaner, die Stachelschweine, die Kleine Freiheit, die Schmiere, arche nova, die kleinen Fische, die Zwiebel, Münchner Lach- und Schießgesellschaft und das Bügelbrett. Budzinski folgert: Das Kabarett muß persönlicher werden! Eine Forderung die heute für den Großteil des Kabarets immer noch gilt. Eine lesenswerte Analyse und ein Stück Kabarettgeschichte, geistreich geschrieben — zu einem vernünftigen Preis.



**Evamaria
Sonntag**



**Sabine
Künsemüller**

FUNNY GIRL

Das ist die melodramatische Geschichte eines amerikanischen Revuegirls, das trotz seines dem Schönheitsideal nicht entsprechenden Äußeren eben durch Komik und Eigenwilligkeit Karriere macht — Fanny Price wandelt sich für das Publikum zum Funny Girl, zum Star.

Das Muster des Stoffes ist abgedroschen: „American Way of Life“, der propagierte typisch amerikanische Weg, ein glückliches, das heißt erfolgreiches Leben zu führen. Auch die Vorstellung von dem Preis, der für den Ruhm zu zahlen ist — verkorkstes, unglückliches Privatleben — ist nicht neu: Künstler müssen so sein, anders als die andern.

Doch hier einige Einzelheiten: einsetzend mit der resignierten Rückschau des Stars gerade zu dem Zeitpunkt, als er sich auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn befindet, lassen sich Merkmale der Macht des Films erkennen. Fanny setzt sich in den Zuschauerraum, der im Dunkeln liegt, gewinnt Distanz von der „Bühne ihres Lebens“, melancholisch, theatralisch, stimmungsschwanger. Der Film-Zuschauer wird effektiv eingestimmt, und zwar so, daß er weiß: das wird böse enden! Die Situationen und Umstände des Aufstiegs sind charakteristisch in der Überzeichnung. Nicht allein, daß Fanny aus einer Pinte in Brooklyn, also aus den Slums kommt, nein, sie muß obendrein noch Jüdin sein. So ist der Außenseiter perfekt, scheint es — denn dazu kommt noch ihre Häßlichkeit. Das heißt: die Chancen für einen Aufstieg werden hinter Null zurückgedreht, damit er, wenn er auftritt, umso kometenhafter anmutet. Wie im Beruf, weiß Fanny auch privat, was sie will: sie kämpft ständig. Nur erreicht sie das schillernde Ziel, den schönen, charmanten, aber unbeständigen, glückspielenden Mann zwar, doch ohne ihn halten zu können. Er versagt vor der Karriere-Frau. „Der Schluß ist süßlich-herb: die Liebenden trennen sich, Funny Girl mit Tränen in den Augen, zum erstenmal ganz in Schwarz, singt melancholisch „My Man“ (Klaus Hellwig, Filmkritik 4/69) — das Publikum schnäuzt sich gerührt.

Singt . . . und damit kommen wir zu dem erfreulicheren Aspekt dieses „Schinkens“. Die Rolle der Fanny verkörpert Barbra

Streisand, die leider bisher in Europa nur bei Fans bekannte fantastische Sängerin und Show-Künstlerin, bei der das, was sie singt, unwesentlich wird, das Wie bezaubert. Abgesehen von einer umfangreichen, modulationsfähigen, warm-strahlenden Stimme bringt sie zu ihrem Beruf eine großartige schauspielerische Begabung mit. Sie verkauft sich gekonnt — ohne es zu unterlassen, selbst diesen Verkauf zu ironisieren: eine intelligente Frau, voller Temperament. Damit rettet sie den Film. Sie bringt Schwung, Bewegung in das Ganze, „indem sie sich und ihre Rolle durch Selbstpersiflage erträglich macht“ (Hellwig). Ihr Partner Omar Sharif bleibt das, was er z. B. auch in „Doktor Schiwago“ war: ein in all seiner Geschlecktheit „schöner“ Mann, der viele Frauenherzen höher schlagen läßt. Mehr nicht. Das heißt, er ist überflüssig bis zur Peinlichkeit.

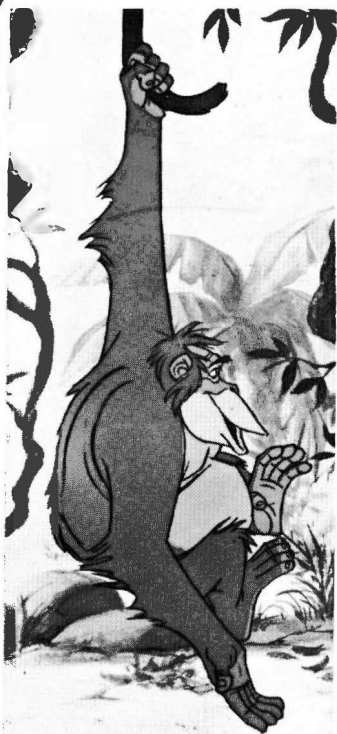
Die Kameraführung und Regie ist konventionell, perfekt, nicht aufregend. Anzukreiden ist William Wyler, dem Regisseur, die Übernahme eines allzu langen Drehbuchs; oder sollte er aus Freude an effektvollen Revue-Szenen dieses ausgewalzt haben?

Zum Schluß eine Empfehlung: man sollte den Film ansehen — Barbra Streisands wegen!

USA 1968; Regie: William Wyler; Buch: Isobel Lennart n. d. Musical von Jule Styne u. Bob Merrill; Kamera: Harry Stradling; Darsteller: Barbra Streisand, Omar Sharif, Kay Medford; Verleih: Columbia

DAS DSCHUNGEL- BUCH

Walt Disney greift in seinem letzten Film, dessen Fertigstellung er nicht mehr erlebte, Rudyard Kiplings gleichnamige Geschichte auf, die von einem Jungen erzählt, der im Urwald ausgesetzt, von den Tieren gerettet und angenommen wird und schließlich wieder zu den Menschen zurückkehrt. — Er löste die sehr differenzierte literarische Vorlage in eine Typisierung der einzelnen Tiere auf und glaubt, schon komisch zu sein, wenn er sie menschliches Verhalten imitieren läßt: Baloo, der Bär, praktiziert eine Art Dolce Vita, während Bagheera, der schwarze Panther und große Beschützer des Jungen Mowgli, Ernst und Pflichtbewußtsein repräsentiert. Shere Khan, der Tiger, ist hochnäsiger und böser, während die Schlange Kaa hinterlistig ist und (sicher nur aus Zufall) sächsisch zischelt. Neben den sonst recht zweifelhaften „musikalischen Höhepunkten“ sollte man gerechterweise noch anmerken, daß einige witzige Dialoge vorkommen, daß das Dschungelbuch ein Trickfilm ist, der technisch perfekt gemacht ist, daß es aber schwerfällt, über die verkitschte Atmosphäre des American Way of Life wegzusehen und diesen Film zu genießen.



LEICHEN PFLASTERN SEINEN WEG

Mit diesem nur verfälschenden deutschen Titel läuft Sergio Corbuccis Italo-Western *IL GRANDE SILENCIO* (Das große Schweigen) in der BRD an. Ein Film, der von Kennern des Western und Regisseurs begeistert als Meisterleistung gefeiert wird, und ein aufmerksames, seh- und denkgewohntes Publikum erfordert.

Hervorstechendstes Merkmal ist der unerwartete, schockierende und von der Aussageabsicht her dennoch konsequente Handlungsverlauf. Erwartungen werden nicht erfüllt, weil es irgendwo alles nicht mehr stimmt — deswegen auch als Anti-Western deutbar. Weiterhin auffällig ist eine Häufung von sadistischen Einzelheiten — gezeigt wird grundsätzlich alles, man ist nicht zimperlich, so daß mildtätige Deutungen von vornherein unmöglich gemacht werden. Der Regisseur schlägt die Tür zu, die ein Hineinversetzen in den Helden, wie in seinem Film *DJANGO*, noch aus moralischen Gründen als Ausweg offenließ. Der Held, das heißt der einzig Überlebende, hat überhaupt keine Spur von Gutherzigkeit in seiner schwarzen Seele: er ist der absolut Böse ... und der einzig mögliche Sieger. Die Lust, die der Zuschauer an diesem Sieg spürt, läßt sich nicht mehr entschuldigen. Er ist Teilnehmer an der Orgie der Grausamkeit.

Nur die Besinnung auf das, was der Film aussagt, kann aus der totalen Verfallenheit unter die Manipulations-Mechanismen und an den Konsum (selbst von Grausamkeiten) befreien. Nämlich die Tatsache, daß es in unserer Welt bereits alltäglich und wie natürlich erscheint, die Unmenschlichkeit des Terrors mitanzusehen, und zwar ruhig, schweigend. (Eine Deutung des Titels als Programm!)

Drei Hauptfiguren werden gegeneinander losgelassen: Loco,

der Kopfgeldjäger, der im Einklang mit dem Gesetz Menschen, die aus der Gesellschaft ausgestoßen wurden, jagt, tötet und daran verdient. (= der gänzlich Böse) „Silence“, der aufgrund der ihm von Räubern zerschnittenen Stimmbänder stumm ist. (= der einsame Rächer der Ausgestoßenen). Er ist von gleicher Unerbittlichkeit in seiner Jagd auf Loco — nur eben auf der anderen Seite und fair. Die einzig menschlichen Züge in einer inhumanen Welt trägt der Sheriff. Doch gerade er ist in seiner verbissenen Sucht, eine überholte Ordnung wiederherzustellen, Sammelpunkt für allen Spott. Denn er begreift es nicht, daß alle Regeln in diesem Kampf um das Weiterexistieren ohne Geltung sind. Um diese Regeln schert sich Loco keinen Deut — und er bringt darum seine beiden Gegner um. Er vertritt die Regel des Todes: sauber in seiner Eisigkeit. (*Il grande silenzio* spielt auf eisig-weißer Schneedecke!)

Doch wie sieht Corbucci, der Regisseur, seinen Film? In einem Interview, das er Mario Devina gab (s. Film 5/69, S. 26/27), erklärt er:

„Wir leben heute in einer Welt der Gewalttätigkeit... Ich will damit sagen, daß die ... Realität uns mit den Mittelungsmedien ... mit Gewalttätigkeit und Sadismus in Berührung bringt, die weitaus extremer sind, als ich es je darstellen kann...“ Und befragt nach dem moralischen Alibi für seine Filme antwortet er:

„... das irrite und vom Menschen schlecht praktizierte Gesetz kann auch inhuman, grausam und erbarmungslos sein...“ Das Verbrechen besteht indirekt im Gesetz. Mit der Widmung des Films an Luther King, Che Guevara, Bob Kennedy und andere Ermordete will Corbucci auf das unnötige Opfer von Idealisten hinweisen, die „in lebendigem Zustand nützlicher gewesen wäre(n)“.


Der Sadismus ist kein Selbstzweck in diesem Film, sondern Kritik: „Die Situation des Menschen von 1969 ist eine Situation des totalen Terrors“. Die Lust des Zuschauers deutet er als unschädliche Befreiung von Aggressivität, hervorgerufen durch die Situation von 1969: der Film zeigt auf, warnt und befreit.

Er ist der Anfang einer Schwarzen Serie der Siebziger Jahre — und abgesehen davon ein fantastisch gemachter Anfang.

Italien/Frankreich 1968; Regie: Sergio Corbucci. Drehbuch: Victoriano Petrelli, Mario Amendola, Bruno Corbucci, Sergio Corbucci; Kamera: Silvano Ipoliti; Darsteller: Jean Louis Trintignant, Klaus Kinski, Frank Wolff, Luigi, Mario Brega, Vonetta McGee, Marisa Merlini; Verleih: Centfox

JAGDSZENEN AUS NIEDER- BAYERN

„Niederbayern“ kann überall liegen, denn die Problematik der Jagdszenen von Peter Fleischmann läßt sich reduzieren auf die ganz allgemeine, täglich erfahrbare Situation des Außenseiters in der Gesellschaft. Abram, der Außenseiter auf den mit Mistgabeln und Hacken Jagd macht, ist homosexuell. Im Dorf wird er als Mechaniker und zurückhaltender Junge durchaus geschätzt. Aber weil man ihm im Grunde genommen nichts vorwerfen kann, nimmt man sein Anderssein zum Anlaß, ihn zu verfolgen, in die Verzweiflung, zum Mord zu treiben. Daß sein Opfer ausgerechnet das Mädchen ist, das ihn in seiner Außenseiterrolle gefährdet, ist einleuchtend: Abram hat am Ende die Rolle, die ihm schmutzige Phantasie und Dummheit aufdrängen wollten, angenommen und erfüllt so die Erwartungen der Gesellschaft. — Wie gesagt: die Geschichte könnte heute, hier und überall spielen. Fraglich ist nur, ob sich nicht diese Mechanismen der Gesellschaft, des „gesunden Volksempfindens“ schon jetzt gegen andere richten: gegen Demonstranten, politisch wie moralisch Andersdenkende, gegen alle, die mit den Interessen dieser Gesellschaft in Konflikt geraten.



**BEFEHL VON GENERAL
GRASHEY: MASKEN
DER INNEREN FÜHRUNG
SOFORT ABLEGEN! END-
LICH HAT UNSERE
BUNDESWEHR WIEDER
EIN ANSTÄNDIGES
GESICHT!**

Grasheys Rezept: Da die Innere Führung und damit das großzügige Disziplinar- und Beschwerderecht anfangs doch nur eine „Konzession an die SPD“ gewesen sei, um die Sozialdemokraten für die Wiederbewaffnung zu gewinnen, müsse die Bundeswehr „diese Maske nun endlich ablegen, die wir uns damals vorgehalten haben“.

(DER SPIEGEL; NR. 15; '69)